

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

Abohmentopreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 600.— Mf. bei Selbstabholung 540.— Mf. — Preis der Einzelnummer 25.— Mf. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24596
Postkonto Nr. 58477 : : : Postkonto Nr. 58477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 18898. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 24596

Insiderpreise: Die 10 geblattete Kolonialzeile oder deren Raum 80 — Mf., bei Plakatvorrichtung 100.— Mf.; Familiennotizen, die 10 geblattete Zeile 40.— Mf.
Reklame-Kolonialzeile 40). — Mf. Telefon für die Insider-Abteilung 22721
Schluß der Insider-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Ausräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Reichs- und Gemeindesfinanzen.

Am Mittwoch war den Vertretern der Reichsgemeindeverbände: Deutscher Städtetag, Reichsstädtebund und Landgemeindeverband, Gelegenheit gegeben worden, dem Reichstag die Forderungen der Gemeinden in bezug auf die Steuerpolitik vorzutragen und die trostlose Finanzlage darzulegen. Gleich vorweg kann bemerkt werden, daß die Veranstaltung ihren Zweck verfehlt hat; die Wortführer der Gemeinden brachten es über allgemeine Redensarten nicht hinaus, und zu einem Meinungsaustausch mit dem Reichstag selbst ist es überhaupt nicht gekommen; in kurzer Zeit war die Sitzung zu Ende und hinterließ keine Spur einer Einwirkung auf das Parlament. Es haben dann zwar noch Besprechungen der Gemeindevertreter mit den einzelnen Fraktionen, nach Parteien getrennt, stattgefunden, was aber dort herauskommen wird, wird man erst sehen, wenn die Stellung der Parteien bei der Beratung des Landessteuergesetzes bekannt wird. Die ganze Veranstaltung war völlig überflüssig, wenn man nichts weiter wollte, als ein paar Vertretern Gelegenheit geben, allgemeine Redensarten zu machen. Was die völlig im Fahrwasser bürgerlicher Steuer- und Finanzpolitik segelnden Reichsgemeindeorganisationen aber wollen, und wie sie die Gemeinden vor dem Finanzaufgang retten wollen, das geht aus den Vorschlägen hervor, die der Deutsche Städtetag in Form von Antragsschriften zum Landessteuergesetz und zum Umsatzsteuergesetz beim Reichstag eingereicht hat und gegen die sich die Arbeiterschaft, soweit es sich besonders um das Umsatzsteuergesetz handelt, mit aller Entschiedenheit wenden muß. Sowohl die bürgerlichen Vertreter der Gemeinden ernsthaft daran glauben, daß die Gemeindesfinanzen durch die Vorschläge, in Ordnung gebracht werden können, sind sie darauf hinzuweisen, daß sie sich damit schwer im Irrtum befinden. Das Reich hat den Gemeinden die Steuernahme genommen und ihnen dafür Surrogate zugewiesen, um sich selbst zu retten. Wollte es den Gemeinden helfen, dann müßte es ihnen den größten Teil der Mittel aufzuhören, die es selbst braucht, um sich nur über Wasser zu halten. Der Finanzbedarf des Reiches wächst aber ebenfalls noch progreßiv gleicherweise mit dem der Gemeinden und Länder, indem die Einnahmen weit dahinter zurückbleiben, wodurch die Kluft zwischen Bedarf und Einnahme immer mehr vergrößert wird. Alle Finanzunstücks vermögen diese Kluft nicht mehr zu verschleiern, sie ist so offenkundig und so groß, daß man nicht nur in den Gemeinden allgemein, sondern auch in dem Begleitschreiben des Deutschen Städteages zu den Steuervorschlägen an den Reichstag ganz offen vom Zusammenbruch der gesamten Gemeinden in kürzester Zeit redet, wenn die nötige Hilfe nicht bald kommt. Die Sucht, neue Steuerquellen ausfindig zu machen, führt zu den abenteuerlichsten Plänen, die aber bis jetzt so wenig ertragreich waren, daß man endlich einzusehen beginnt, daß auf diesem Weg wesentliche Einnahmen für die Gemeinden nicht zu schaffen sind. Der Deutsche Städtetag hat sich denn auch mit seinen Forderungen auf die Einkommensteuer und auf die Umsatzsteuer beschränkt. Was er hier fordert, ist nur teilweise zu unterstützen, so die Forderung, daß der Gemeindeanteil an dem Einkommensteuerertrag wesentlich erhöht wird; bedenktlich ist dagegen schon die Forderung des schematischen Zuschlagsrechts. Damit würde nur erreicht, daß Arbeitergemeinden hohe Einkommensteuerzuschläge erheben müßten, um die sozialen Gemeindelasten aufzubringen, während Gemeinden mit vorwiegend besitzender Bevölkerung niedrige Zuschläge notwendig hätten, weil die Ausgaben für soziale Zwecke in solchen Gemeinden äußerst gering sind. Um einen Ausgleich zwischen diesen Lasten in den Gemeinden herbeizuführen, ist eben die Steuererhebung über das Reich notwendig. Um aber die Selbstverwaltung der Gemeinden wiederherzustellen, müßte eine andere als die schematische Steuerzuweisung nach dem Aufbringen der Steuern erfolgen. Die Gemeinden müßten die Zuweisung nach dem von der Gemeindevertretung festgelegten Bedarf bekommen, oder wenn es doch zu dem Zuschlagsrecht der Gemeinden kommen sollte, so müßte ein Ausgleich dieser Zuschläge über das ganze Land erfolgen. Dieser letztere Weg ist indes wenig empfehlenswert, wie die Handhabung des Ausgleichsmodells in Sachsen recht deutlich zeigt. Für einzelne Gemeinden, besonders aber für die Großstädte, scheint das Zuschlagsrecht zur Reichseinkommensteuer das Mittel zu sein, um ihnen die Einnahmen nach dem wechselnden Bedarf zu sichern. Bis das Reichseinkommensteuersystem die bewegliche Gestalt gewonnen hat, die es haben muß, um den Bedürfnissen von Reich, Ländern und Gemeinden zu genügen, wird noch lange an ihm herumgedoktert werden müssen; unter bürgerlicher Regie wird es wohl überhaupt nicht dahinkommen. Die Arbeiterschaft wird alle Anstrengungen machen müssen, die Rathäuser zu erobern, damit von dort aus das Steuersystem grundlegend beeinflußt werden kann.

Die Eingabe verwirrt den Anteil der Länder und Gemeinden nachdem Landessteuergesetz mit 80 Prozent und auch den Vorschlag des Finanzpolitischen Ausschusses mit 75 Prozent als noch zu gering, sie sagt ausdrücklich: den Gemeinden sei es unmöglich, die reellen 25 Prozent mit ihren ungeheuren Belastungen aus eigener Kraft zu tragen. Auch die einzelnen sachlichen Bestimmungen bedürfen der Aenderung. Vor allem darf die Auschaltung nicht bloß auf Beamte und Angestellte, sondern sie müsse auch — wenigstens für die nichtwerbenden

Bertranensvotum für Poincaré.

512 gegen 76 Stimmen. — Die Besetzungspläne ausgegeben.

W.T.S. Paris, 16. Dezember. Die Kammer hat die Debatte über die Interpellationen über die auswärtige Politik um 1½ Uhr nachts beendet und der Regierung mit 512 gegen 76 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Paris, 15. Dezember. In der Kammer gab heute Ministerpräsident Poincaré die angekündigte Erklärung über die Londoner Verhandlungen ab. Es führte aus, die Londoner Verhandlungen seien in einer friedlichen Atmosphäre vor sich gegangen; auf seiner Seite habe es Hintergedanken gegeben. Der gegen Frankreich in so ungerechter Weise vorgebrachte und verbreitete Vorwurf des Imperialismus werde in britischen Regierungskreisen niemals widerhallen. Die Londoner Verhandlungen seien nur bis zum 2. Januar hinausgezogen worden; sie würden vor dem Zahlungstermin vom 15. Januar wieder beginnen, an dem das Moratorium ablaufe. Er habe in London einfach die Ideen entwirkt, die er auch in der Kammer vorgetragen habe; er habe seine Haltung in keinem Punkte zu ändern brauchen. Es habe sich darum gehandelt, den Zahlungsplan von 1921 umzustehen, die deutschen Schulden herabzusetzen und ein Motorium von vier oder fünf Jahren zu erlangen, und zwar, ohne eine der von den Alliierten entworfene Reformen anzunehmen, namentlich, was die Einführung der Steuern, die Stabilisierung der Mark usw. anbetreffe. Die These der Heraushebung der deutschen Schuld sei ja auch die These vieler Finanzleute. Über Frankreich, das hauptsächlich interessiert sei, werde Ende dieses Jahres für Deutschland 100 Milliarden verlangt haben. Frankreich könne also nicht auf seine Forderungen verzichten. Die Kriegsschulden der verschiedenen Nationen untereinander erreichten einen Gesamtbetrag von 72 Milliarden Goldmark. Gewiß gebe es nicht den geringsten Vergleich zwischen diesen Schulden und der deutschen Schuld. (Lebhafte Beifall.)

Die Alliierten hätten hoffen dürfen, daß die Kriegskosten, die sie untereinander geteilt hätten, zu Lasten Deutschlands gestellt würden.

In Artikel 231 des Friedensvertrages erklärte sich Deutschland den Alliierten gegenüber als verantwortlich für alle Verluste und Schäden, die der Krieg verursacht habe.

In Artikel 232 erkannten die Alliierten an, daß die Hilfsquellen Deutschlands ihm nicht gestatteten, alle Verluste und Schulden zu reparieren, erklärten aber, daß Deutschland und seine Verbündeten die an Personen und Sachen verursachten Schäden reparieren müßten.

Die Alliierten müßten also den Gedanken an volle Entschädigung aufgeben; aber sie hätten der Wiedergutmachung der verursachten Schäden die Priorität vor den Kriegsschulden zuerkannt.

Die Alliierten könnten also unter sich die Zahlung der Kriegsschulden nicht verlangen, bevor Deutschland nicht die Kriegsschulden repariert habe.

Wenn die Alliierten strenger behandelt würden als der für den Krieg verantwortliche Befragte, so wäre das eine Ungerechtigkeit,

die am wenigsten zu dulden wäre. (Lebhafte Beifall.) Frankreich habe seinerseits seine Kriegsschulden zu verleugnen, aber es könne weder die Juve noch de facto bezahlen, bevor es selbst Bezahlungen von Deutschland erhalten habe.

Bei seiner Londoner Reise im August sei er auf die Note Vassous gestoßen. Diesmal habe er Fortschritte erzielt. Es sei die Möglichkeit ins Auge gesetzt worden, eine Sonderregelung zu treffen, ohne auf die Entscheidung der Vereinigten Staaten zu warten. Man könne angeholt die Verhandlungen an eine europäische Regelung denken, ohne daß Frankreich etwas von dem opfern müßte, was Deutschland ihm schulde.

Zu der deutschen Note sagte Poincaré: Diese Note war nur ein Schenkbild von Vorschlägen, mit denen Deutschland nicht nur sich selbst, sondern auch Europa retten wollte. Die erste der Absichten, die in dem Antrittsbericht erwähnt wurde, war dazu bestimmt, daß deutsche Geld aus dem Ausland zurückzuholen. Auf diese Weise erkennt die deutsche Regierung an, daß viele Deutsche Vermögen in Auslandswerten befinnen, aber sie wollte gleichzeitig die standhaften Gewinne ihrer Großindustrien schonen. Die Höhe der beabsichtigten Absetzung war völlig unzureichend. Aus diesem Grunde habe Poincaré die plakate Zurückstellung der deutschen Note verlangt. Herr Bergmann hätte nicht einmal Erklärungen abgeben brauchen, er hätte ja doch niemals nachweisen können, daß die Vorschläge eine brauchbare Grundlage abgeben.

Frankreich habe niemals den Gedanken gehabt und werde ihn niemals haben, militärische Expeditionen durchzuführen; es würde auch Deutschland keine Strafaktionen auferlegen.

Über es wolle in dem Maße bezahlt sein, in dem es möglich sei. Frankreich liege daran, gemeinsam mit den Alliierten vorzugehen; sollte es aber isoliert vorgehen müssen, so würde das Frankreich nur auf eigenes Konto übernehmen, für die alliierten Ingenieure und Soldaten einen Platz reservieren und die Kontrolle seiner Freunde über seine Maßnahmen verlangen.

Frankreich würde in diesem Falle weder von militärischem Heiste noch von territorialen Erobерungsabsichten geleitet sein. Über die Frage und über eine andere hätten die Verhandlungen in London sich sehr ruhig und herzlich vollzogen. Er sei überzeugt, daß die Entscheidung cordiale bei den am 2. Januar beginnenden Verhandlungen keine Einbuße erleiden werde, da er wie Bonar Law denke, daß es nämlich vorzuziehen sei, zu einer gemeinsamen Lösung zu gelangen. Poincaré wies dann die deutschen Vorschläge noch einmal als unannehmbar zurück und entschuldigte sich schließlich bei der Kammer, daß er nicht mehr sagen könne. Er sei zur Zurückhaltung verpflichtet, für die ihm gestern Bonar Law ein Beispiel gegeben habe. Wenn die Kammer aber glaube, daß die augenblickliche Regierung weniger geeignet sei als eine andere, so möge sie es sagen. (Viele Stimmen: Nein!)

Hierauf sprach Daudet (Royalist) der die Ruhebefehlung verlangte und die von Clemenceau dagegen geführten Bedenken verwies. Als er den Namen Briands nannte, erhob sich dieser, um zu erklären, er freue sich, daß Poincaré die Solidarität der Alliierten aufrechterhalten wolle, und sage ihm seine Unterstützung zu. Hier-

Betriebe der Städte — auf die Arbeiter ausgedehnt werden.“ Darin liegt zweifellos ein berechtigter Kern, denn Lohn- und Gehaltserhöhungen — das zeigt sich auch dem Blödern — werden bestimmt durch die Wirtschaftspolitik des Reiches. Da ist es denn auch nicht mehr wie recht und billig, daß das Reich auch die Kosten für die Folgen seiner eignen Politik trägt, die wiederum bestimmt wird vom Kapital und dem Agrarunterstand. Diese Kreise sind es, die die Preise für die Bedarfsartikel und die Lebensmittel festsetzen, das Reich sagt Ja und Amen dazu, trägt für die Reichsanstalten die Kosten dieser Politik und überläßt Länder und Gemeinden ihrem Schicksal, die, weil sie ihren Untergang jetzt vor Augen sehen, sich zu wehren beginnen und sich hilfesuchend an das Reich wenden, oder es verweist sie auf den Weg indirekter Steuern, soweit sie von ihm nicht schon selbst in Anspruch genommen sind, oder immer mehr werden. Das Hauptgebiet der indirekten Steuern ist das Umsatzsteuergesetz, das neben der Einkommensteuer den meisten Ertrag liefert. Hier sehen nun die Gemeindeverbände mit ihrer zweiten Forderung ein, von deren Erfüllung sie den Hauptteil der Errichtung erhoffen.

„Was eine wirkliche Hilfe bringen kann, ist allein die Erhöhung der Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer,“ so heißt es wörtlich in dem mehrerwähnten Schreiben des Deutschen Städteages an den Reichstag. Sodann wird, um das Reich für diese Forderung geneigt zu machen, vorgeschlagen, die Umsatzsteuer nicht bloß auf 2%, sondern auf 3% Prozent und den Gemeindeanteil von 20 Prozent auf 33% Prozent zu erhöhen. In diesem Vorschlag zeigt sich die bösartige, volksfeindliche Finanz- und Steuerpolitik der bürgerlichen Gemeindevertreter aufs allerdeutlichste. Diese schlimmste und drückendste aller indirekten Steuern — weil sie oft sechs und noch mehrere Male erhoben wird — soll erhöht werden und diese Forderung wird mit allem Nachdruck von Gemeindevertretern erhoben. Da ist es doch wohl an der Zeit, den Gemeindevertretern, die keinen anderen Ausweg aus dem Finanzelend wissen, ein anderes Betätigungsfeld zuzuweisen.

Hieran zeigt sich aber auch, wie sehr steuerpolitische Fragen, politische Machtfragen sind und wie bürgerliche Vertreter, obwohl sie genau wissen, wie drückend und für das Geschäftsbüro schädigend diese Umsatzsteuer ist, noch für ihre Verstärkung eintreten. Es ist nur zu natürlich, daß diese Steuer auf die Verbraucher abgewälzt wird und daß immer eingesetzt werden kann, eine plötzliche Erhöhung kommt nicht den Verbrauchern in der Form von Preisernhöhung, sondern nur der Geschäftswelt in Form eines Geschäftes zugute. Darin liegt aber gerade ihr besonderer Nachteil gegenüber der Einkommensteuer, die viel beweglicher gestaltet werden kann.

Von einer Erhöhung der Reichseinkommensteuer sagen die bürgerlichen Gemeindevertreter kein Wort, wodurch der Anteil der Gemeinden und Länder sich doch auch automatisch erhöht, im Gegenteil: Die Herren sind jetzt gerade dabei, die Einkommensteuer abzubauen. In dieser verschiedenen Haltung zur direkten und indirekten Steuer kommt die unveränderlich rückständige und volksfeindliche Haltung der bürgerlichen Steuerpolitiker zum Ausdruck.

Um dem Reich den Bedarf an Mitteln für die Gemeinden vor Augen zu führen, gibt die Eingabe folgende Zahlen an. Der durch Steuern und Reichszuweisungen zu deckende Bedarf der Gemeinden beträgt für 1922 303,5 Milliarden, ihm stehen nun folgende Einnahmen gegenüber: Eigene Steuern 38,5, Zuweisungen an Reichssteuern 72,45 und Bevölkerungszuschüsse durch das Reich 60 Milliarden Mf., macht einen Gesamtbetrag von 170,95 Milliarden, mithin bleiben 132,55 Milliarden Mark ungedeckt, und dies nur für das laufende Jahr, wobei noch besonders bemerkt werden muß, daß dieser Berechnung, soweit es sich um Bevölkerung usw. handelt, nur die Zeit bis Oktober zugrunde gelegt werden kann. Dabei sind noch viele Beträge außer Anfall geblieben. Das Landesteuergesetz bringt den Gemeinden also auch nicht annähernd die Mittel für die Deckung laufender Ausgaben, es ist also von vornherein Stillschweigen, das schon überholt ist, ehe es Gesetzeskraft erlangt. Trotz alledem behaupten die bürgerlichen Politiker, nur sie seien zur Gesetzgebung und Staats- und Gemeindepolitik berufen. Wahrlich an diesen Früchten kann man erkennen, wie berufen sie sind.

Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 6560 Mf.

auf wurde ein Antrag auf Verlängerung der Reparationsdebatte mit 288 gegen 230 Stimmen abgelehnt.

Nachdem Ubg. Léon (Romm.) gesprochen hatte, führte Tardieu aus, Poincaré habe die strategischen Abkommen von Doullens und Briand kritisiert; aber er sei ihnen beigetreten. Die Deutschen hätten in Genf einen Vertrag mit den Russen den Vertrag von Rapallo abschließen können. Tardieu erinnerte an die Rôle Poincarés in Sarre-Duc, in der er gesagt habe, er verweigere Deutschland jedes Moratorium ohne produktive Pfänder. Die Finanzkasse sei vor allen Dingen ein politisches Problem. Die Neuhebung Poincarés habe in Amerika eine unangenehme Wirkung erzielt. Ein herausragender Amerikaner habe ihm gesagt, wenn Frankreich so spreche, dann veranlasse es die Wähler der Parteien, von ihnen zu verlangen, daß Amerika seinen Rechtsanspruch geltend mache. Clemenceau habe Frankreich einen großen Dienst erwiesen. Es wäre schon ein Gewinn, hätte er nur die Neugier Amerikas auf außenpolitischen Gebiete wachgerufen, gleichwie in welchem Sinne. Tardieu verlangte von der Regierung, daß sie, bevor sie diese oder jene Maßnahme treffe, deren Ergebnis und Rückschlüsse prüfe und sich klar mache, daß eine militärische Operation ohne vorherige Verständigung mit den Alliierten nicht von Dauer sein könnte und nicht einen Monat vorher angekündigt werden dürfe. Was die kolonialen Maßnahmen anlässe, so wären sie zuerst in den besetzten Gebieten am Platze, die mehr als 7 Millionen Deutsche zählen. Tardieu warf der französischen Politik vor, sie lasse sich durch den Termin des 15. Januar hypnotisieren, als ob an diesem Tage das Moratorium nördig wäre. Möge man doch den Reichskanzler Cuno beim Worte nehmen und die im Zahlungssatz vorliegenden 500 Millionen Goldmark missen der 20%igen Abgabe von ihm verzögern. In den drei Ruhrhäfen ließen sich sehr wohl Abgabendateien erheben. Tardieu sprach dann von innerpolitischen Fragen, worauf die Sitzung bis 10 Uhr abends verlegt wurde. In der Nachtkugung erhielt Ubg. George das Wort.

Auf dem Wege zur Verständigung.

Vertrauenvotum für Poincaré. Die französische Kammer hat ihm eine neue Verlängerung seiner Lebensfrist gewährt. Das um den Preis einer völligen Aufgabe seiner Besetzungspläne. Wie schon den Prosesseuren gegenüber, als er kaum von London zurückgekehrt war, erklärte Poincaré nun auch auf der Tribüne der Kammer, er habe nie den Gedanken einer territorialen Besetzungnahme oder eines militärischen Unternehmens gehabt. Düsseldorf und Ruhrort sind heute noch militärisch besetzt und obwohl alle Vorausestellungen für diese Aktion gefallen sind, bleiben beide Städte fest in der Hand der französisch-belgischen Militärs. Vor wenigen Wochen noch war die Besetzung des Ruhrgebietes, die gewaltsame Ergreifung der Pfänder, der Kernpunkt aller programmativen Forderungen Poincarés. Der Verwirklichung dieser Pläne diente der große Rat im Elysee, und zweitens hat Poincaré diese Sanktionspläne auch bei den Besprechungen in London in den Vordergrund gestellt.

Der Leiter der französischen Politik hat in London eine zweifelsohne Niederlage erlitten. Alle seine Sanktionspläne wurden abgelehnt, nicht nur von Bonar Law und Thieulon, sondern auch von Mussolini. Bonar Law hat in seiner letzten Rede im englischen Unterhaus weiterhin mit aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß auf den Bahnlinien, die Poincaré in Vorschlag brachte, eine Beseitigung der europäischen Lage nicht herbeizuführen sei. Die englische Regierung versuchte, Poincaré die Möglichkeit zu verschaffen, trotzdem vor der französischen Oeffentlichkeit bestehen zu können. Diefem Zweck diente die Umstellung des englischen Kabinetts in der Frage der alliierten Schulden. Dazu flammerte sich Poincaré auch bei seinen Erklärungen vor der Kammer, ohne daß man insbesondere angesichts der Interpretation Bonar Laws bei seiner letzten Rede auch große Hoffnungen zu knüpfen berechtigt war. Wenn trotzdem die Kammer dem schon fast gesunkenen so starken Vertragsvotum erzielte, dann ist das darauf zurückzuführen, daß bis in die weitesten Kreise des rechten Flügels der französischen Parteiengruppe angehörende von London ein vollständiger Umschwung, eine vollkommene Umorientierung stattgefunden hat. Wenn Poincaré auf seine Besetzungspläne verzichtet, dann sprach er nur die nunmehr gewonnene Überzeugung der maßgebenden politischen Kreise Frankreichs aus, die erneut durch das Ergebnis von London, nun auch ihrerseits dem Zwang der ökonomischen und politischen Entwicklung entsprachen.

Zwar will Poincaré auf die Pfänder noch nicht verzichten, aber er ist in seinen Absichten sowohl zurückgegangen, daß zweitens der Weg für eine Verständigung offen ist. Wahrscheinlich währen wir der Lösung des Reparationsproblems bereits bedeutend näher gekommen, wenn die leichten Vorschläge der deutschen Regierung konkret gestaltet gewesen wären. Die französische Regierung und auch die übrigen Alliierten verlangen Garantien für die Durchführung der von Deutschland gemachten Vorschläge. Dr. Cuno hat den Entzug der Zölle an. Waren die Angebote der deutschen Regierung bereits in die weitesten Kreise des rechten Flügels der französischen Parteiengruppe angehört von London ein vollständiger Umschwung, eine vollkommene Umorientierung stattgefunden hat. Wenn Poincaré auf seine Besetzungspläne verzichtet, dann sprach er nur die nunmehr gewonnene Überzeugung der maßgebenden politischen Kreise Frankreichs aus, die erneut durch das Ergebnis von London, nun auch ihrerseits dem Zwang der ökonomischen und politischen Entwicklung entsprachen.

Die französische Regierung hat in den letzten Jahren getrieben haben und die getragen war von dem ernsten Willen der deutschen Arbeiterklasse, die Verständigung herbeizuführen. Wäre das Kabinett Wirth den unentwegten Forderungen der Helferlich, Hergt und Konsorten gefolgt, dann wäre Poincaré wahrscheinlich heute bereits im Besitz des Ruhrgebietes, und das deutsche Wirtschaftsleben hätte seine wichtigste Nahrungsquelle verloren.

Ergänzungsvorschläge der deutschen Regierung.

Berlin, 18. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Das Kabinett wird sich heute erneut mit der Reparationsfrage beschäftigen. Es ist ziemlich sicher, daß die Regierung Ergänzungsvorschläge zu ihrem ersten Plan machen wird. Bekannte Großindustrielle aus dem Rheinland sind nach Berlin berufen worden, um ihr lachverständiges Urteil abzugeben. Un den Reichsverband deutscher Industrie ist durch die Regierung noch nicht offiziell herangetreten worden.

Berlin. Staatssekretär a. D. Bergmann erstattete gestern nachmittag in einer Chefbesprechung Bericht über seine Londoner Verhandlungen. Nach den Mitteilungen Bergmanns soll die durch die deutschen Vorschläge auf der Londoner Konferenz entstandene Lage nicht ganz so ungünstig sein, wie man zunächst annehmen gezeigt war.

Die Frage der internationalen Anleihe in Amerika.

London, 15. Dezember. Reuter meldet aus Washington: Infolge der Erklärungen Bonar Laws im Unterhaus ist in Regierungskreisen von neuem über die Frage einer internationalen Anleihe an Deutschland gesprochen worden. Einige Regierungsmitglieder waren der Ansicht, daß eine derartige Anleihe Deutschland aus der gegenwärtigen Krise retten könnte. Es wird gemeldet, daß 1½ Milliarden Dollars als notwendig für diesen Schritt bezeichnet werden; es werde aber klar ausgesprochen, daß die Regierung nicht an der Finanzierung dieser Anleihe teilnehmen könne, obgleich einige Persönlichkeiten erklärten, daß das Gedanke im Prinzip gefunden sei. Bezuglich der Frage der interalliierten Schulden werde Stillschweigen beobachtet, da, wie nachdrücklich erklärt werde, diese Frage von den Parteien abhängig sei.

London, 15. Dezember. Wie der Washingtoner Korrespondent der New York World berichtet, glaubt man allgemein, obwohl die amts-

liche Beschließung noch besteht, daß der Besuch Morgans bei Hugues am letzten Mittwoch die Möglichkeit einer großen internationale Kriegszeit an Deutschland unter der Voraussetzung, daß Frankreich die endgültige Regelung der Reparationsfrage zustimmt, zum Gegenstand gehabt hat. Der Korrespondent fügt hinzu, die Höhe der Anleihe werde in Verhandlungen mit anderthalb Milliarden Dollar angegeben. Der New York Herald beschreibt die Zahl und bemerkt, die amerikanische Regierung und die amerikanischen Bankiers nähmen direktes Interesse daran.

London, 15. Dezember. Reuter meldet aus New York: Auf dem Jahreskongress der Gouverneure der Vereinigten Staaten in White Sulphur Springs trat einer der Gouverneure dafür ein, daß die Vereinigten Staaten die Kredite an fremde Regierungen mit stabiler Reparationsform erhöhen sollten, um dadurch den Wohlstand amerikanischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu vermehren. Er erklärte, daß, bevor derartige Kredite gegeben würden, man sich erst vergewissern müsse, ob die Nation, die um Kredite ersucht hat, ihr Heer auf den normalen Friedensstand herabgesetzt hat.

Botschafter Harvey nach Amerika berufen.

London, 16. Dezember. (WTB.) Die Berufung des hiesigen amerikanischen Botschafters Harvey nach den Vereinigten Staaten wird als eine Verstärkung der Anstrengungen beurteilt, daß Amerika beabsichtige zu intervenieren, in der Hoffnung, eine Regelung der Reparationsfrage zu erreichen.

Die Reparationsdebatte im englischen Unterhaus.

Die Stellung der Arbeiterpartei.

London, 15. Dezember. Ramsay MacDonald führte aus: Die Reparationen müssen unverzüglich festgesetzt werden und nach Feststellung könnten die Mittel zu ihrer Bezahlung festgesetzt werden. Regeln legt, sagt jetzt fest und dann schafft einen Plan, der Deutschland instand setzt, ihn anzunehmen. Ein Fehler ist im Jahre 1919 gemacht worden, als der Oberste Rat nicht einsah, daß die richtige Politik gewesen wäre, Deutschland zu einer starten Regierung zu verhelfen. Es müsse eingeschritten werden, daß es keine Reparationen geben könne, bevor Deutschland begonnen habe, Handel zu treiben. Die industriellen Möglichkeiten Deutschlands seien riesengroß, trotzdem aber müsse Deutschland sorgfältig behandelt werden, da es konkurrenzlos in den Markt stützen würde, wie dies bei Österreich der Fall gewesen sei. Reparationen seien ein Glück sowohl für die, die sie bezahlen, als auch für die, die sie empfangen. Das Schuldenproblem dürfe nicht allzusehr mit dem Problem der deutschen Reparationen vermischt werden. Weder Frankreich noch Italien könnten Schulden bezahlen. Das einzige Land, das noch Hilfe lassen könnte, sei Amerika. Zur Frage der Beseitigung des Ruhrgebiets erklärte MacDonald, es sei eine wohlbekannte Tatsache, daß militärische Drohungen mehr gelten hätten, den Monarchismus in Deutschland wieder zu beleben, als irgend etwas anderes.

Es würde nicht schaden, wenn Frankreich ersahre, daß bei der großen Mehrheit des englischen Volkes der härteste Unwill gegen jeden Vorschlag militärischer Bürgschaften in der Gestalt der Beseitigung des Ruhrgebiets herrsche.

Jedes Übereinkommen müsse durch den guten Willen Deutschlands ausgefüllt werden und nicht unter dem Druck einer Kontrolle. Man wolle Aussicht, aber keine Kontrolle.

Sir Robert Buxton forderte die Regierung auf, bis zur äußersten Grenze des Mittels zu gehen, um Frankreich zu verhindern, eine unabhängige Aktion zu unternehmen. Die englische Regierung sollte bis zur höchsten Grenze der englischen Finanzen gehen, um Deutschland Sicherheit zu geben.

Morrell (Arbeiterpartei) erklärte, das Rheinland sei behandelt worden wie eine eroberte Provinz und die französische militärische Politik gehe darauf aus, es von Deutschland zu trennen.

Lloyd George erklärte sich von der Rede Bonar Laws befriedigt und sprach seine freudige Übereinstimmung mit der Politik, die der Premierminister dem Hause dargelegt habe, aus.

Verlängerung des englischen Parlaments.

London, 15. Dezember. (WTB.) Das Parlament ist heute in die Weihnachtsferien gegangen. Eine Botschaft des Königs besagt u. a.: Ich vertraue, daß eine bestreitende Lösung des orientalischen Falles binnen kurzer Zeit erreicht werden wird. Die großen Schwierigkeiten des Problems der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa können nur bezwungen werden durch das gebündigte, ernste Zusammenarbeiten der nächstbeteiligten Nationen. In der Botschaft heißt es, die Landwirtschaft mache eine Periode ernster Depression durch; die Minister hoffen aber, daß sie Mittel finden würden, um die Schwierigkeiten bei den Bauern und den Arbeitern zu erleichtern.

Günstige Aussichten in Lausanne.

Lausanne, 15. Dezember. Der Unterstaufschluß für den Minderheitskongress ist in die Beratung der allgemeinen Grundsätze des Minderheitsproblems eingetreten und davon ausgegangen, daß Jomet Pascha sich bereit erklärt hat, die allgemeinen Regeln für den Minderheitskongress in den europäischen Verträgen als Grundlage für den Minderheitskongress in der Türkei anzuerkennen. Daraufhin haben die alliierten Regierungen vorgeschlagen, daß das Projekt folgende Fragen umfassen soll: Amnestie, Garantien für die Sicherheit der Minderheiten, Garantie hinsichtlich der Rasse und Religion, das Recht zur freien Auswanderung, Beseitigung vom Militärbericht, Garantien für das Bildungswesen, das Versammlungsrecht, kirchliche Organisationen und Mitwirkung des Völkerbundes bei der Durchführung der verschiedenen Klauseln, besonders bei dem Kapitel der Frage der nationalen Heimstätte für die Armenier. Die türkischen Vertreter schienen zunächst über den Umfang des Programms beeindruckt, erklärten sich dann aber einverstanden, daß die Alliierten auf dieser Grundlage das Projekt ausarbeiten, das dann im Unterstaufschluß zur Behandlung gelangen würde. Venizelos, der an der Sitzung teilnahm, forderte, daß die Amnestie so großzügig wie möglich durchgeführt werde und beharrte besonders nachdrücklich auf dem Grundsatz der Beseitigung vom Militärbericht für alle Christen, wobei er darauf hinsah, daß in Griechenland, obgleich dort die allgemeine Dienstplicht besteht, Ausnahmen zugunsten der Mohammedaner zugelassen würden.

Ismet Pascha sah den türkischen Standpunkt folgendermaßen zusammen:

1. Die Türkei ist bereit, nach dem Friedensschluß sich dem Völkerbund anzuschließen.

2. Sie erkennt die Rechte der nicht-mohammedanischen Minderheiten auf Grund der von verschiedenen europäischen Staaten erklärten Grundsätze an.

3. Sie wird eine Amnestie erlassen.

Lord Curzon drückte in seiner Antwort seine Genugtuung über den versöhnlichen Ton der türkischen Erklärung aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß den in die Türkei zurückkehrenden Armeniern annehmbare Lebensbedingungen zugesichert werden würden und daß die türkische Delegation sich nicht den Erklärungen des Unterstaufschlusses über die Frage einer nationalen Heimstätte widersetzen werde. Die größte Bedeutung legte er den Erklärungen Ismet Paschas über den Völkerbund bei, die die weiteren Verhandlungen in Lausanne bedeutend erleichtern würden. Er hofft nun mehr, daß der Friedensvertrag bald; vielleicht schon in vier Wochen abgeschlossen werden könne.

Vattimo und Garoni schlossen sich den Ausführungen Lord Curzons an. Venizelos gab hierauf die gleichen Grundlagen über den Bevölkerungsaustausch bekannt.

1. Der Austausch soll sich freiwillig, ohne jeden Zwang vollziehen.

2. Den Griechen, die osmanische Untertanen sind und aus Anatolien flüchten müssen, sowie den Griechen in Anatolien soll die Heimkehr gestattet werden.

3. Auch die Griechen in Konstantinopel sollen darüber entscheiden können, ob sie auswandern oder in Konstantinopel bleiben wollen.

4. Die Muslime in Griechenland sollen entsprechend behandelt werden.

5. Ein besonderes Abkommen soll über den Austausch der Kriegsgefangenen und der Zivilgefangenen abgeschlossen werden.

Lausanne, 15. Dezember. Im Unterstaufschluß für die juristischen Fragen der Kapitulationen schlugen die Alliierten vor:

1. daß durch legitime internationale Jurisprudenz z. B. durch den internationalen Strafgerichtshof im Haag Richter angewiesen werden sollten, als Beamte des internationalen Staates gemeinsam mit türkischen Richtern die Gerichtsbarkeit für Anatolien zu organisieren;

2. daß diese Richter gemeinsam mit türkischen Richtern das türkische Strafgesetz in neuzeitlichem Sinne ausarbeiten sollten.

Die Türken verhielten sich diesen Anregungen gegenüber nicht ablehnend, waren aber bestimmt, keine Abmachungen aus Ankara ab.

Lausanne, 15. Dezember. Die englische Abordnung überreichte gestern der türkischen Abordnung eine ausführliche Denkschrift über die Mossulfrage. Die Engländer erkannten darin an, daß die Mehrheit der Bevölkerung türkisch ist, weisen aber darauf hin, daß die Kurden nicht unter türkische Herrschaft geraten wollen. Die Deutschen führen ferner zahlreiche technische Gründe für ein Bleibeben Mossuls bei England an, vor allem strategischer Art, da das Gebiet zu nahe am Irak und an Bagdad gelegen sei. Auf türkischer Seite wird erklärt, daß die englischen Argumente in seiner Weise stichhaltig sind. Man sieht jedoch in ihnen einen Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen.

Lausanne, 15. Dezember. Die Konferenz wird, entgegen anders lautenden Meldungen, ihre Arbeiten voraussichtlich nur für die Weihnachtsferien unterbrechen und sofort nach den Feiertagen wieder zusammenrufen.

Um den Achtkundentag!

Die Arbeitszeitgesetz im vorläufigen Reichswirtschaftsrat.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat trat am Mittwoch in die Beratung der Gewerke für die Arbeitszeit gewerblicher Arbeitnehmer und über die Arbeitszeit der Angestellten ein. Der sozialpolitische Ausschuß hat sich eingehend mit den einschlägigen Fragen beschäftigt. Nach seinem Gutachten, das er mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt hat, wird im allgemeinen 48-Stunden-Wochenarbeitszeit der Bauern festgesetzt. Überarbeit kann, wenn eine vertragliche Vereinbarung nicht auskommt, von der zuständigen Schlittungsbehörde bestimmt werden. In Behörden kann das Reichsarbeitersministerium ein Schiedsgericht einleben. In der Generaldebatte erklärte Max Cohen, er sei ein grundloscher Gegner des Achtkundentags in der bisherigen Form. Schließlich sei im Augenblick die vom Ausschuß gefundene Lösung die beste. Die Verlängerung der Arbeitszeit sei zwar nicht das einzige Mittel zur Hebung der Produktion, aber zweitens das Mittel, das am schnellsten wirkt.

Dr. Habersbrunner (Arbeitgeber der Industrie) tritt für eine Vermehrung der Produktion ein. Wenn auch durch Verbesserung der Maschinen und durch größere Intensität in der Arbeitsleistung eine Hebung der Produktion erreicht werde, so könne doch das Mittel einer Verlängerung der Arbeitszeit zur Zeit nicht entbehrt werden. Das Gesetz müsse jedoch so elastisch ausgestaltet werden, daß es sich den Bedürfnissen der Wirtschaft anpassen kann.

Hartung (freie Berufe) meint, die Gewerkschaften sollten dafür sorgen, daß nicht alle diese Fragen durch gesetzliche Bestimmungen geregelt und damit ihrer Einwirkung entzogen werden. Die Gewerkschaften hätten sonst keine Eigenschaftsberechtigung mehr.

Beckmann (Arbeitnehmervertreter des Handels) verweist auf die Notwendigkeit, die Vorlage schon aus außenpolitischen Gründen möglichst schnell zu verabschieden. Er schlägt sie auf höchstens 20 Prozent. Nach seiner Ansicht kommt es überlegens weniger auf die Arbeitsdauer als vielmehr auf die Intensität und Geschicklichkeit an.

Urbach (Arbeitnehmervertreter des Industrie) verweist die Arbeitszeit, den Achtkundentag zu befehligen. Er bestreitet aber auch, daß die Zentralarbeitsgemeinschaft den Achtkundentag schematisch durchzuführen beabsichtigt. Erstens durchführen ließe, wie ja auch die nach Erfahrung bei abständlichen Arbeitstagen teilweise eingetretene Produktionsförderung bereits wieder ausgeglichen sei. Vielleicht sei die Produktion sogar gegenüber der Vorriegszeit gestiegen.

Siemens (Arbeitgeber der Industrie) bestreitet nicht, daß es Betriebe gebe, die ebenso gut produzieren, wie früher. Die Familiendproduktion ist aber zurückgeblieben. Er schätzt sie auf höchstens 20 Prozent. Nach seiner Ansicht kommt es überlegens weniger auf die Arbeitsdauer als auf die Intensität und Geschicklichkeit an.

Urbach (Arbeitnehmervertreter im Handwerk) verweist die Arbeitszeit, den Achtkundentag zu befehligen. Er bestreitet aber auch, daß die Zentralarbeitsgemeinschaft den Achtkundentag schematisch durchzuführen beabsichtigt. Das liegt gar nicht im Sinne der Gewerkschaften, die vielmehr für Verständigung in jedem einzelnen Hause und für Errichtung von Schlittungsbehörden einstreben.

Dr. Röhr (Arbeitnehmervertreter der Eisenbahn) willigt, daß die Ausnahmen zum Achtkundentag im Sinne freier Vereinbarungen getroffen werden. Tatsächlich seien darüber Arbeitgeber und Arbeitnehmer einig.

Jedoch (Arbeitnehmer des Handels) verlangt Zustimmung zu den Vorschlägen des sozialpolitischen Ausschusses. Schließlich beschwerte Thielk (Vertreter des selbstständigen Handwerks), daß der Ausschuss den Willen des Handwerks nicht das nötige Verständnis entgegengebracht habe. Das Handwerk könne einer schematischen Regelung nicht zustimmen.

Damit schloß die Aussprache. Die Einzelbesprechung wird auf Donnerstag angelegt.

Der bisherige stellvertretende Vorsitzende des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, Genosse Wolf Cohen, hat sein Amt aus Gesundheitsgründen niedergelegt. Sein Nachfolger ist der Vorsitzende des ADGB, Genosse Theodor Leipart.

Schmerzen der nationalistischen Abendpost.

In dem Prozeß gegen die Harden-Attentäter ist eben vom Berliner Schwurgericht wieder ein Urteil gefällt worden, das deutlich zeigt, daß unsere Richter weit davon entfernt sind, im Geiste republikanischer Staatsgeistesrichtung zu handeln. Das Urteil wird selbst von bürgerlichen Blättern als ein Fehlurteil bezeichnet. Die sozialdemokratische Reichstagsfaktion hat deshalb eine Anfrage an die Regierung gerichtet, ob sie dieses und ähnliche Urteile für vereinbar mit der Rechtslage hält. In den deutschnationalen Blättern dagegen, die hinterher stets behaupten, die Attentäter und alle nationalistischen Ausbreitungen zu verurteilen, wird über die Härte der gegen die Staatsverbrecher gefällten Urteile gesetzert. Die Abendpost, das nationalistische Leipziger Herzfurth-Blatt, schüttet wieder einmal ohne alle Rücksicht ihr Herz aus über unsre Justiz, die „sich zur Magd der Politik“ geworblt habe, woshalb es kein Wunder sei, wenn einstellig Wagner, die aus dem Feindeslager von rechts stammen, die ganze Schärfe des Gesetzes zu spüren bekommen, während sich die anderen (gemeint sind die Kommunisten) der göttlichen Freiheit erfreuen.

Das saubere Blatt widmet in seinem Scherze einem ganzen Seitenfotof die Behandlung des Kappverbrechers Ehrhardt im Untersuchungsgespräch. Nachdem man Ehrhardt glücklich in die Gewalt bekommen, behandle man ihn wie einen Verbrecher. „Eine hatte Prise ist ja ein Laster, den Genuss einer Tasse Kaffee wie überhaupt die Selbstbefriedigung versagt man ihm, indem man sein bisherig Hab und Gut beschlagnahmt. Den halbblinden Spaziergang, eine Erholung, die jedem Gefangenen zusteht, verweigert man ihm mit einer Begründung, die sehr bezeichnend für den Geist im neuen Deutschland ist. Hat Korvettenkapitän Ehrhardt eine solche Behandlung verdient?“ Das Herzfurth-Blatt macht allen Ernstes seinen Lesern weiß, daß sich Ehrhardt um das Vaterland verdient gemacht habe. Ehrhardt ist ein Kappverbrecher und es muß erwartet werden, daß gegen ihn das richtige Urteil gefunden werden wird. Noch überraschender als seine Teilnahme am Kapp-Putsch sind die nationalistischen Treiber des Ehrhardts in Bayern und die Gründung jener Organisationen, auf die alle die verbrecherischen Morde und Attentäte zurückgehen. Auch deswegen wird sich hoffentlich der Gründer der Organisation C noch vor Gericht zu verantworten haben. Einstweilen muß er sich gefallen lassen, daß die Untersuchungshaft gegen ihn so angewandt wird, wie gegen jeden anderen politischen Schwerverbrecher, die aber gleichwohl nicht so inhuman gehandhabt wird, wie es die nationalistische Abendpost behauptet. Die Krofdolstränen aber, die das saubere Blatt über seinen Helden vergießt, kennzeichnen seine Gesinnungsverwandlung mit den Verbrechern gegen die Republik und ihrer Verfassung. Und das muß tiefer gehängt werden.

Der Wucher der Agrarier und die Wertsteigerung des landwirtschaftlichen Besitzes.

SPD. Wie in der Kriegszeit, so singen die Agrarier auch heute unentwegt das Lied von der Not der Landwirtschaft. Um dem Kampf gegen die angebliche Belastung der Landwirtschaft durch Steuern mehr Stärke zu verschaffen, versuchen sie jetzt die Landarbeiter vor ihren Wagen zu spannen. So wurden den Landarbeiter eines Gutes im ostpreußischen Kreise Wehlau ein Rundschreiben zur Untersuchung vorgelegt, das eine Sammlung abgeleiteter jungerlicher Schlagworte gegen die Getreideumlage darstellt und den Stempel der Unternehmertum an der Sirene trägt. Auf diesen plumpen Schwindel wird ebenso wenig ein ausgelöschter Landarbeiter hereinfallen, wie sich heutzutage irgend jemand von der Not der Landwirtschaft überzeugen läßt. Denn jedermann weiß, daß gerade die Landarbeiter ihre Sachwerte intakt erhalten, ja sogar vermehrt haben, und daß sie für ihre Produkte im freien Handel Preise nehmen, die in gar keinem Verhältnis stehen zu dem Einkommen eines Arbeiters, Angestellten oder Beamten. Welche Rückwirkungen die Wucherpresse der Landwirtschaft auf die Wertsteigerung des landwirtschaftlichen Besitzes selbst ausüben, dafür ist ein bezeichnendes Beispiel der folgende Brief:

Wenn Sie, resp. Ihr Mitläufer, 250 000 Dollar, Zahlung New York, leisten kann, will mein Verkäufer wegen seines alten 1800 Morgen großen Gutes in Masurien, an Chaussee mit a. a. Gebäude (s. St. 88 Werde, 16 Hoblen, 2 Kuhfußfeide, 80 Althe, 12 Sterlen, 70 Stück Jungvieh, 120 Schweine, 150 Schafe — alles bei Besichtigung zu vergleichen) mit Ihnen in Verhandlung treten. Meine Nachwesgebühr, 2 Prozent leisten des Käufers, bei Abschluß, gleichviel ob Dollar- oder Markwährung, muß mit zugesichert werden.“

Hierbei handelt es sich um ein ostpreußisches Gut bei Neidenburg, das einem Königsberger Butterhändler gehört. Rechnet man die Summe von 250 000 Dollar zum jetzigen Kurse in Mark um, so ergibt sich die runde Summe von 2 Milliarden Papiermark, wozu dann noch rund 40 Millionen an Nachweisgebühren hinzukommen. Für den Morgen dieses Gutes, das in durchaus nicht hervorragender Gegend steht, wäre also weit über eine Million zu zahlen. Allein zur Verzinsung des angelegten Kapitals hätte der Käufer bei einem Zinsloch von 8 Prozent, wie er jetzt üblich ist, im Jahre rund 18 Millionen Mark aus dem Gut herauszuwirtschaften. Da neben diesem Betrage auch noch die Kosten für die Unterhaltung des Gutes und für die Familie des Büchters herauszuholen wären, so müßten die Preise, um eine Rentabilität des Gutes zu erzielen, weiter ins Ungeheure hochgeschraubt werden. Wie sehen also auch an diesem Palle, daß die hohen Preise für Agrarprodukte den Preis für den Grundbesitz ungeheuer in die Höhe treiben, wodurch wieder eine neue Steigerung der Preise herbeigeführt wird. Der Leidtragende dabei ist und bleibt die konsumierende Bevölkerung, den Vorteil genießt die Landwirtschaft.

Die Preisdhiktatur der Kartelle und Syndikate.

SPD. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag mit dem unerträglichen Missbrauch, den die immer mächtiger werdenden Kartelle und Syndikate mit ihrer wirtschaftlichen Macht treiben. Genosse Krähn zeigte an der Hand zahlreicher Tatsachen, daß wir durch die Kartelle in eine immer unerträglicher werdende Zwangswirtschaft geraten seien. Eine brutale Preisdictatur habe eingesetzt, die nur noch übertraten werde durch die unverschämten Bezugssbedingungen, die man dem Wochner vorschreibe. Jeder Wettbewerb sei durch diesen Missbrauch der Kartelle unterbunden. Wer sich nicht füge, werde wirtschaftlich niedergeschlagen. Wollendes Motto der Kartelle sei heute nicht mehr die Steigerung der Produktion, sondern die Steigerung des Profits. Die Kartelle seien dadurch zu einem Faktor zur Erstarrung der Produktion geworden. Betriebe, die sich im freien Wettbewerb durchsetzen wollten, würden mit Hilfe des Treuhabats rücksichtlos ausgerottet. Das Oberlandesgericht in Dresden habe jetzt durch ein Urteil entschieden, daß dieser Treuhabatt gegen die guten Sitten verstöhe. Durch die bei vielen Kartellen vorgeschriebene Mindest- oder Zwangsklausulation, die sich meistens auf die Untertanen der technisch und kaufmännisch am schlechtesten geleiteten Betriebe aufzubauen, werde für alle gutgeleiteten Betriebe eine unerhörte Nebenpreissteigerung herbeigeführt, die nichts andres als Preiswucher sei. Ein unerhörter Missbrauch der Kartellgewalt sei auch der Ausschluß vieler Kaufleute von der direkten Belieferung durch die Erzeuger. Detaillisten dürfen nicht vom Erzeuger beziehen, sondern nur vom Großhändler; obgleich es Spezialgeschäfte gebe, die weit größere Umsätze hätten wie viele Großfirmen. Besonders schändlich sei der Boykott der Genossenschaften durch die Kartelle. Das ganze Volk werde ein Opfer der Privatmonopole, und die Regierung habe bisher vollkommen versagt. Das gebe ja nicht mehr weiter. Redner beantragte bei der Regierung die Schaffung eines Kartellgesetzes. Der Mitreferent Abg. Schlack (Zentr.) schloß sich diesen Ausführungen in vollem Umfange an.

Ein Vertreter des Reichswirtschaftsausschusses und der deutschnationale Syndikus der Schwerindustrie, Dr. Neichardt, suchten die ganze Kartellägigkeit auf das Gebiet der Harmlosigkeit hinzuverziehen. Man sollte es nur ließen wie es sei; die Industrie über Schuhzucht und werde auch Missbraüche bekämpfen. Der Ausschluß lehnte sich in seiner Mehrheit nicht davon ab, die Regierung gegen den Missbrauch der Kartellgewalt vorzutreiben. Mit großer Mehrheit stimmte man den Anträgen der Referenten zu.

Was sagt die Regierung zu dieser Justiz?

SPD. Die Sozialdemokratische Reichsregierung hat folgende Interpellation eingebrahlt:

Am 14. Dezember 1922 hat das Schwurgericht Berlin III die beiden des Mordversuchs an Maximilian Harden, Engelsbogen, Buchhändler Grenz und Lieutenant a. D. Weichardt, verurteilt: Grenz wegen Weihrauch zur Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe von 4 Jahren 9 Monaten, Weichardt wegen Weihrauch zur Körperverletzung unter Zuhilfenahme mildender Umstände zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren 9 Monaten. Zahlreiche Urteile höherer Art sind in dem Buche von Gumbel, „Vier Jahre Nord“, aufgeführt. Gest kürzlich, am 2. Dezember 1922, hat das Schwurgericht in Halle a. S. von zwei ehemaligen Reichswehrangehörigen, die zwei Arbeiter menschlich erschossen hatten, den einen freigesprochen, den andern wegen Totschlags unter Zuhilfenahme mildender Umstände zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Sind der Regierung diese Urteile bekannt? Hält sie diese Urteile für vereinbar mit der Rechtslage? Wie beurteilt sie deren innen- und außenpolitische Wirkung? Welche Maßnahmen gedenkt sie zur Wiederherstellung der Rechtschaffenheit in Deutschland gegenüber offenbarten und organisierten Mörfern zu ergreifen? Welche Folgerungen gedenkt sie aus solchen Urteilen für die Justizreform zu ziehen?

„Schuh der Republik“ in Bayern.

München, 15. Dezember. Bei der ersten Verhandlung, die in Bayern auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Reichsgesetzes zum Schuh der Republik geführt wurde, wurde der verantwortliche Redakteur des Miesbacher Anzeigers, Martin Weger, von der Anklage, durch einen Artikel am 27. Juni und durch ein in einer späteren Nummer veröffentlichtes Gedicht die Reichsfarben beschimpft zu haben, nach Anhörung von Sachverständigen auf Grund des Spruchs der Geschworenen freigesprochen.

Von der hanischen Justiz dürfte kaum jemand ein anderes Urteil erwartet haben. Aus der kurzen Melbung ist zwar nichts Näheres über den Inhalt des Miesbacher Schimpfartikels zu erkennen. Die unstilligen Schimpfereien des Miesbacher Blattes sind indessen so „gerichtshistorisch“, daß man über ihnen kraftscharakter kleinen Augenbleib im Zweifel leben kann. Außerdem kommt noch hinzu, daß der Artikel, der unter Anklage stand, in einer politisch außerordentlich bewegten Zeit — drei Tage nach der Ermordung Rathenaus — erschienen ist. Wenn das hanische Gericht trotzdem zu einem Freispruch gekommen ist, so wird damit nur erneut bestätigt, daß die hanische Justiz den fortgesetzten Angriffen auf die deutsche Republik nicht nur nicht entgegengesetzt, sondern sie vielmehr unterstützt.

180000 Mark Roggenumlagepreis!!

Das Bierpflundbrot 600 Mark!

SPD. In der Vorlage über die Preisfestsetzung des dritten Schießels der Getreideumlage, die dem Reichskabinett zugegangen ist, hat der Reichsnährungsminister nach seinen Angaben verfügt, daß der Interessen des Verbraucher, gleichzeitig aber auch den Interessen der Erzeuger gerecht zu werden. Man muß sagen, daß dieser Versuch nicht geglückt ist und die Interessen der Erzeuger wesentlich mehr Verlustsitzung gefunden haben als die des Verbraucher. Der Getreidepreis (Roggen) für die Umlage, der bisher pro Tonne rund 20 000 Mark betrug, wird sich nach der Regierungsvorlage, wahrscheinlich flüchtig auf 170 000 bis 180 000 Mark stellen. Das würde bedeuten, daß das Bierpflund-Markenbrot ab 1. Januar ungefähr 400 Mark kosten dürfte.

Wir werden zu dieser Angelegenheit noch Stellung nehmen, sobald die Vorlage im Reichskabinett verabschiedet ist.

Eine selle Ente der Deutschen Tageszeitung.

Das Presseamt Thüringen teilt mit: „Im Abendblatt der in Berlin erscheinenden deutschnationalen Deutschen Tageszeitung vom 13. d. W. findet sich eine Melbung aus Weimar, die besagt, daß in Thüringen ergangene Verbot des Jungdeutschen Ordens sei vom Thüringer Ministerium des Innern am 5. Dezember aufgehoben worden. Diese Nachricht ist restlos unwahr. Der Jungdeutsche Orden ist in Thüringen verboten und bleibt verboten. Es handelt sich augenscheinlich um eine Verweichung mit der erfolgten Aufhebung des Verbots einer anderen Organisation, des Jungsturms. Die Aufhebung dieses letzteren Verbots ist erfolgt, nachdem zuvor auch die ländliche Staatsregierung ihr Jungsturm-Verbot wieder aufgehoben hatte. Laut Mitteilung der für den Erloß und die Aufhebung von Verbots zuständigen Stelle haben sich die gegenüber dem Jungsturm zunächst gelegten Befürchtungen nicht als begründet erwiesen.“

Aus Anlaß der falschen Behauptung der Deutschen Tageszeitung haben die kommunistischen Zeitungen einen fürchterlichen Lärm gemacht und die thüringische Regierung der Unterstützung nationalsozialistischer Bestrebungen beschuldigt. Die Kommunisten haben sich zwar wieder einmal venitisch aufgezeigt, aber ihr Agitationsbedürfnis hat doch eine gewisse Beständigkeit gefunden.

Verbot deutschödlicher Organisationen in Thüringen.

Das Thüringische Ministerium des Innern hat auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik den „Deutschen Volksbund“ und die „Deutschsoziale Partei“ für Thüringen verboten. Zugleich wurde auch ein Verbot des von dem bekannten Antisemiten Kunze herausgegebenen „Deutschen Wochenblattes“ ausgesprochen, da dieses als das Organ der „Deutschsozialen Partei“ ermittelt wurde. Unerträglich schwer belastendes Material wurde gefunden, aus dem klar und unzweideutig hervorgeht, daß die beiden neuerrichteten in Thüringen verbotenen Organisationen lediglich als eine Fortsetzung des bereits verbotenen „Deutschwöchentlichen Schuh- und Truhbundes“ und der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ angesehen werden müssen.

Schlüß des Weltfriedenskongresses.

Haag, 15. Dezember. Nach Annahme der vier durch die Unterabschlüsse vorgelegten Resolutionen sowie der Sonderresolutionen über die Belebung der Rheinlande ist der Weltfriedenskongress heute nachmittag mit einer Ansprache des Präsidenten Thomas geschlossen worden. Die ohne Debatte angenommene Resolution des Unterausschusses für Erziehung weist auf das besondere Verdienst der Frauen für die Sache des Pazifismus hin und verlangt, daß die Ausbildung der Lehrkräfte und die Ausgestaltung des Geschichtsunterrichts in pazifistischem Sinne und mit Rücksicht auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Menschheit erfolge. Der ebenfalls ohne Debatte zur Entscheidung erhobene Entwurf des pazifistischen Unterausschusses fordert die Errichtung einer Studienkommission, die die Vorbereitung der unabdingt notwendigen Umwandlung des Völkerbundes zur Aufgabe hat. Es soll ferner ein besonderer Organismus geschaffen werden, mit dem der Internationale Gewerkschaftsbund jederzeit in Verbindung treten kann, um über die Fortsetzung der pazifistischen Propaganda zu beraten.

Gelerichter Prozeß des Weltfriedenskongresses gegen französische Unnugionsgelüste.

Haag, 15. Dezember. Die Kommissionen des Weltfriedenskongresses haben gestern abend ihr Arbeitsspiel beendet und unter anderem beschlossen, den Antrag des französischen Gewerkschaftsbundes, der französischen sozialistischen Partei und der belgischen Delegation anzunehmen, in dem diese sich entschieden gegen eine Verleihung des Kriegsgebietes auspreisen. U. a. wird darin geagt:

„Der Kongress verurteilt mit Nachdruck und Wehrerziehung die Politik der Sanktionen, des Zwanges und der Gewalt, die sich während der letzten vier Jahre in ihrer Ausführung als eine Dummheit entstellt hat und sieht, wenn sie in Übereinstimmung mit dem Kriegsablauf der Friedensverträge erscheint und darum nicht weniger eine Verleihung des Völkerrechts bedeutet, zwischen den Völkern den Geist des Misstrauens und des Hasses unterhält, die die Saat für neue Kriege sind. Der Kongress verurteilt mit ebenso starker Entschließung eine Politik, die darauf abzielt, an die Stelle der Reparationsleistungen Mahnmale treten zu lassen, welche die Ablösung Deutschlands und eine verkappte Annexion deutschen Gebietes bedeuten. Er hält es für unnötig, die praktische Undurchführbarkeit dieser Politik zu zeigen. Er verurteilt sie aber, da sie einen Angriff auf die Elementare Selbstbestimmungsrechte der Völker und der Einzelpersonen darstellt. Der Kongress gibt allen vertretenen Gruppen den Aufruf, diesen feierlichen Prozeß zu verbreiten, und richtet an alle Völker den Aufruf, jeder Gewaltmaßnahme, durch die die Freiheit und die Zivilisation bedroht werden, entgegenzutreten.“

Reichstag.

SPD. Berlin, 15. Dezember.

Der Reichstag erledigte in einer Dauerstunde eine Reihe von kleineren Vorlagen. Die neue Reichshaushaltordnung wurde bei starker Befreiung des Hauses mit verfassungshindernder Mehrheit angenommen. Bei der zweiten Abstimmung des Abänderungsgeleihs zur Zwangsanleihe wies Eduard Bernstein die ganze Unzulänglichkeit der Regierungsvorlage nach. Das ursprüngliche Gesetz habe ein Aufkommen von 70 Milliarden Papiermark vorgesehen. Wenn jetzt dieser Betrag verdoppelt werde, so entspreche das keineswegs der inzwischen eingetretene Geldentwertung. Vielleicht müsse, wenn man den Dollarstand in Betracht ziehe, die Zwangsanleihe 1800 Papiermilliarden einbringen oder, wenn man den Goldpreis des Reichs annehmen möchte, 1000 Papiermilliarden. Bernstein forderte eine sozialdemokratische Entschließung, die von der Reichsregierung verlangt, daß die für die Zwangsanleihe geltenden Bewertungsvorschriften in einer Weise zu ändern sind, die den Geldentwertung und der in Verbindung mit ihr eingetretene außerordentliche Steigerung der Preise voll Rechnung trägt. Unser Redner warnte die Reichsregierung und die bürgerlichen Parteien unter Hinweis auf die Stimmung im Parthe ernstlich, die sozialdemokratischen Mahnungen in den Wind zu schlagen. — Der demokratische Abg. Fischer-Köln sprach für einen Antrag der Demokraten, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Nationalen, der für diejenigen Zeichner, die rechtzeitig ihre Beiträge eingezahlt haben, eine höhere Ausrechnung des eingezahlten Betrages geben will. Dieser Antrag, der eine Prämie für diejenigen bedeutet, die doch nichts anderes geben haben als ihre geforderte Pflicht zu erfüllen, wurde von den drei sozialistischen Parteien und vom Zentrum niedergestimmt. Weder einmal zeigte sich bei dieser Gelegenheit die völlige kapitalistische Gemeinschaft der Demokraten mit der Deutschen Volkspartei. Nachdem die sozialdemokratische Entschließung abgelehnt war und die Sozialdemokraten gegen die Verschlechterungsanträge gekommen waren, wurde die Abstimmung der Zwangsanleihe in zweiter Abstimmung angenommen.

Bei der Haushaltseratung des Auswärtigen Amtes brachte der Kommunist Grötl einen falschen Behauptung auf, daß die Sozialdemokratie sich den guten Beziehungen zur russischen Sowjetregierung widerstesse. Abg. Breitscheid (Soz.) fertigte den Kommunistischen Redner in einer kurzen Bemerkung gründlich und verwies darauf, daß unsere Partei sich nicht verantworte lehne, wenn der Vertrag mit Russland widerstrebe, jedoch hätten wir noch stärkere Mittelchen auf die Entente zu nehmen, mit der wir uns über die Reparationspflichtungen zu einigen hätten. Es sei auch nicht wahr, daß er jemals gegen den Vertrag von Rapallo gesprochen habe, nur der Zeitpunkt des Abschlusses in Genua schiene ihm wenig pflichtig zu sein. — Bei dem Haushalt des Reichsnährungsministeriums entpann sich eine längere lebhafte Debatte.

In bemerkenswerter Weise betonte Dr. Heim von der Bayrischen Volkspartei dazu, daß man bei der Abstimmung im Lande das Brotgetreide unmöglich voll der freien Preisbildung überlassen dürfe. Er bezeichnete im übrigen die Agitation, die von dem Reichslandbund betrieben werden, als gemeingefährlich und sprach dem neuen Ernährungsminister sein Vertrauen aus. Auch Georg Schmidt (Soz.) erklärte, daß unsere Partei sich nicht verantworte lehne, dem neuen Reichsnährungsminister ohne weiteres mit Misstrauen entgegenzutreten. Seine Taten würden entscheiden. Unser Redner verlangte eine Abänderung der Verordnung über Markenbrot mit dem Ziel, daß man alle elnigermaßen Bedürftigen auch wirklich des Genusses von Markenbrot teilhaftig würden.

Dann hielt der neue Ernährungsminister Dr. Luther seine Kungifornrede, die sich aber einstweilen nur in Allgemeinheiten bewegte. Er verwies auf die im Januar bevorstehenden Beratungen der Interpellationen, wo er sein Programm entwickeln würde. Inzwischen kündigte er schon die zu Beginn des Jahres in Auslast liegenden neuen Brotpreiserhöhung an und erklärte, es schwierige Verhandlungen zu einem hätten. Es sei auch nicht wahr, daß er jemals gegen den Vertrag von Rapallo gesprochen habe, nur der Zeitpunkt des Abschlusses in Genua schiene ihm wenig pflichtig zu sein. Die weiteren Verhandlungen waren belanglos.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

Bon Nah und Fern.

Raubbüro.

Görlitz, 15. Dezember. In der vergangenen Nacht drangen zwei Personen in das Stationsgebäude Lichtenau bei Lauban ein, fesselten den Fahrdienstleiter und raubten die Gelber der Stationskasse. Die Räuber sind unerkannt entkommen.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:

Ernst Renzel in Leipzig.

Berantwortlich für den Inseraten Teil:

Hugo Schopland in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdrucker Aktiengesellschaft, Leipzig.

NORDHEIMER SAGT:

Wenn Sie auf der Straße, in einer Gesellschaft oder auf dem Ball besonders schöne Schuhe sehen, können Sie wollen, daß Sie bei mir gekauft sind.</p



In großen Beständen fertig am Lager

Straßen- und Sport-Anzüge — Gummi-Mäntel — Gabardine-Mäntel = Loden-, Leder- u. Pelzkleidung Haus-Smokings = Schla'röcke = Ulster = — Schlüpfer = Raglans = Paletots = Leder-, Gummi- u. Oeltuch-Pelerinen = Windjacken Gestreifte Hosen = Sporthosen = Phantasie- und weiße Westen = Woll- und Seidenschals = Reisedecken = Fußsäcke = Staubmäntel = Gamaschen = Stutzen = Mützen usw.

Im zweiten Stock.
Knaben- u. Schülerbekleidung

Bamberger & Herz

Leipzig — Augustusplatz

Für den

Weihnachtstisch

empfehlen
wir:

Schlüpfer von Mk. 17000 an
Paletots von Mk. 18000 an
Mäntel von Mk. 7800 an
Joppen von Mk. 7400 an

*

Herrenmodenhaus

Schulze & Maas

Leipzig-Plagwitz
Karl-Heine-Straße 71

Sparherd Triumph

mit großer Back- und Bratröhre
ist der beste und billigste Sparherd und
vollständige Ersatz für großen Herd und
Gaskocher. 80 Prozent Kohlenersparnis!

J. Herrmann, L.-Reudnitz
Breitkopfstraße 4

A. Metscher, L.-Leutzsch
Waisenhausstraße 2, II.r.

Stets



das



Neueste!

Winterstein

Gegr. 1828 Steinstr. 2
Koffer- und Lederwarenfabrik

Musikhaus Karl A. Lauterbach

Pianos
Violinen
Lauten
Gitarren
Mandolinen
Sprechapparate
Mundharmonikas
usw. liefert eventuell
auch auf Teilzahlung
Grimmische St. 26, I. kein Laden.

Musikhaus

Carl A. Lauterbach

Grimmische Str. 26, I. kein Laden

empfiehlt

Musikalien

aller Art sowie seine Musikalien-

Leihanstalt.

— Versand nach allen Orten. —

Emaille

Röhengeräte, gr. 2 Wahl, Lehr günstig,
450 Stk. Molchinen-Töpfe, 6-18 cm.
Stielig, 1200.— Mf.
500 Stk. Universal-Rohrschlüsseln m.
Deckel, 2½-3 Liter, 200.— Mf.
1300 Stk. Springformen zum Baden,
20 cm. Stiel 80.— und 100.— Mf.
je 1000 Stück Wasserhähne, Töpfe,
deckel, Töpfchen.

Verpackung mitbringen!

Solange vorrat!
Moltkestraße 30 (Laden)

Verkaufszeit 9-5 Uhr



Deuren Bohnen Raffee

erhält man am besten durch den wohl-
seligen hochwertigen Thalysia-Brau-
u. Götterde-Raffee. Langjährig erprobte
u. schmackhafter Lösungen! Selbst reich-
licher Menü berücksichtigt keine Herz- und
Nierenbeschwerden wie beim Bohnen-
raffee, infolge seines Koffeingehaltes.
In 200-g- und Pfund-Paketen jetzt
noch zu günstigem Preis!

Thalysia

Paul Garm's G. m. b. H.
Neumarkt 40 u. 51. / Verhandlungstell



Die drohende Verteuerung der Kleidung

(Auszug eines Artikels im Berliner Tageblatt vom 24. XI. 22)
von Dr. Böll, Vorsitzender des Detailistenverbandes, Berlin

Die Zahlungsverpflichtung gegenüber den Lieferanten ist der
überwiegenden Zahl der Abnehmer nicht möglich, sollen die
Preise für Herrenanzüge oder Paletots unter

100 000 Mk.
in der Herstellung

(d. h. im Großhandelspreis) kalkuliert werden. Die Wurzel der
Teuerung liegt beim Erzeuger. Die Ware geht vom Weber an
den Grossisten erster Klasse, dann an den Grossisten zweiter
Klasse, dann an den Verarbeiter, dann an den Detaillisten und
schließlich an den Verbraucher."

Ich kaufe Stoffe und Zutaten bei den Webereien zu
ersten Grossistenpreisen, **Ich verarbeite selbst** in meinem
Berliner Grossbetrieb und bringe die fertigen Erzeugnisse unter
Ausschaltung der stark verteuerten Zwischenlieder direkt an
den Verbraucher.

Deshalb liegen meine Einzelhandelspreise weit
unter den heutigen Grosshandelspreisen, doch ist die
große Spannung nur durchführbar

**solange noch alte, billig erstandene
Stoffe und Zutaten vorhanden sind,**
die den Preisausgleich ermöglichen.

Herren-Schlüpfer, -Ulster Mk. 16800, 19600, 21000 bis Mk. 54000

Herren-Anzüge Mk. 17500, 20700, 25700 bis Mk. 55000

Jünglings-Mäntel Mk. 9200, 10200, 11500 bis Mk. 22000

Jünglings-Anzüge Mk. 10700, 11300, 13200 bis Mk. 21900

Knaben-Mäntel Mk. 4500, 5400, 6900 bis Mk. 12800

Knaben-Anzüge Mk. 3900, 4500, 5900 bis Mk. 14300

Herren-Hosen, Westen, Joppen, Cutaway usw.

Die höheren Preislagen stark zu beachten bei Abwanderung von Maß.
Meine eigene Verarbeitung lädt nicht einen sogenannten, sondern
wirklichen Ersatz für Maß.

Friedrich Treumann

Leipzig, Roßplatz 1

Mey's Stoffwäscche



Viele Formen

Mey & Gölich • Leipzig • Neumarkt 20/22



30 000
Rollen
b. 50-40 verkauf



Photohaus
A. Mittelmann

Leipzig, Peterssteinweg 15
Photo- u. Kino-Apparate

Sämtliche Zubehörteile — Theater-Gläser

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. Dezember.

Parlangelegenheiten.

L.-Plagwitz-Schule. Genossen und Genossinnen! Montag, den 18. Dezember, 7 Uhr, in der 47. Volksschule, Elisabethallee, Zimmer 7, Fortsetzung des Vortrags über: Versuchsschule. Referent: Lehrer Kämmer.

Südertor. Montag, 18. Dezember, abends 18 Uhr, Funktionärsfeier im Restaurant Schwarzbürger, Ecke Holzhäuser und Ludolf-Goldschmidt-Straße. Elternräte, Zeitungsvereinigung und Zeitungsausträgerinnen sind hiermit ausdrücklich geladen. Am selben Abend Ausgabe der bestellten Broschüren 10 Stück = 100 M.

Schönesfeld. Nächsten Montag, abends 7 Uhr, in der gelben Schule, Siettiner Str. 16, Frauenabend. Rednerin: Genossin Möbius.

L.-Stadt, Sonntag, den 17. Dezember, vorm. 10 Uhr, bei Marx wichtige Funktionärsfeier. Bekannter müssen mit anwesend sein.

L.-Paulsdorf. Die Bibliothek ist im Winterhalbjahr nur Sonntags, vormittags von 11 bis 12 Uhr, geöffnet.

Kartelldelegierte. Versammlung Donnerstag, den 21. Dezember, abends 7 Uhr, im Posthaus, Café Mitte. Tagesordnung: Berichte. Gewerkschaftskartell Leipzig.

VSPD. Genossenschafts-Transportarbeiter und Arbeiterrinnen. Dienstag, den 19. Dezember, 18 Uhr wichtige Versprechung im Hauptkeller der Genossenschaft L.-Plagwitz, Johannisstraße. Erscheinen aller ist Pflicht. Das Mitgliedsbuch der Partei gilt als Ausweis.

Die Marktentwertung und ihre Wirkung auf den Handel.

Die immer furchtbare wirkende Marktentwertung erfordert vom Großhandel sowie auch von den Konsumvereinen beim Kauf der Waren riesige, fast unerschwingliche Summen. Hinzu kommt noch, dass die allerwichtigsten Lebensmittel wie Schmalz, Del., Mehl, Zucker, Wolle usw. nur gegen Vorauszahlung zu haben sind. Die Frage, ob eine Berechtigung der Industrie zur Vorauszahlung der Waren vorliegt, kann man nicht ohne weiteres verneinen, insbesondere soweit es sich um Waren und Rohmaterialien des Auslandes handelt. Deutschland steht mitten im Bankrott, und einem bankrotten Lande gibt das Ausland nur Waren, wenn zuvor Deckung eingegangen ist. Wenn die deutsche Industrie diefele Methode auf das eigene Land anwendet, bei Produkten, die im Inlande erzeugt werden, so bedeutet dies, dass sie keinen Funken Interesse an der deutschen Volkswirtschaft besitzt, sondern nur ihr Profitinteresse im Auge hat. Sie handelt nach dem Grundsatz: Nach uns die Sintflut! Soweit auch ein Teil dieser Betriebe mit unter der Kapitalknappheit zu leiden hat, würde eine Zahlung à Konto vollständig genügen.

Die Lebensmittelbeschleunigung nach dem Auslande sind auch heute, wo das ganze arbeitende Volk furchtbare darben muss, wo Schinken, Butter, Eier usw. für das Volk fremde Begriffe geworden sind, in voller Blüte. In salutastarken Ländern werden diese deutschen Lebensmittel für einen Preis verkauft, der ans Höchstliche grenzt und obensteht und wie der Gefahr ausgesetzt, dass diese Artikel als Auslandsware wieder heretkommen. Unmöglich solcher Zustände müssen wir von der Regierung fordern, dass eine strenge Grenzkontrolle durchgeführt und scharfes Zugreifen gegen dieses gewissenlose Schlebertum geführt wird.

Wie wirkt sich die Marktentwertung im Kleinhandel aus und was sind die Folgen dieser jeder Vernunft hohnsprechenden Wirtschaft? Immer mehr kleine Händler werden infolge Mangels an Betriebskapital ihre Läden schließen müssen. Von den meisten werden die vorgenannten Artikel nicht mehr geführt, sie begnügen sich mit solchen Artikeln, bei welchen eine Vorauszahlung noch nicht verlangt wird. Die Genossenschaft dagegen hat es sich zur Pflicht gemacht, ihre Mitglieder, weil sie arbeiten müssen, mit diesen wichtigen Lebensmitteln weiter zu versorgen. An einem Beispiel wird es manchem klar werden, was für Summen heute aufgewendet werden müssen, um die allerwichtigsten und wichtigsten Lebensmittel zu kaufen und im voraus zu bezahlen.

1914 Ans. Juli 1922 Ans. Nov. 1922

10 000 kg Schmalz	13 000.—	Mt. 1 100 000.—	Mt. 25 300 000.—	Mt. 10 000 " Del.	16 000.—	" 680 000.—	" 14 000 000.—	" 10 000 " W. Mehl	3 000.—	" 220 000.—	" 3 000 000.—	" 10 000 " Ander. Kl.	8 000.—	" 200 000.—	" 1 280 000.—	" 10 000 " Margarin	12 600.—	" 780 000.—	" 11 000 000.—
-------------------	----------	-----------------	------------------	-------------------	----------	-------------	----------------	--------------------	---------	-------------	---------------	-----------------------	---------	-------------	---------------	---------------------	----------	-------------	----------------

Der Konsumverein musste bereits Anfang November für jedes Mitglied durchschnittlich 1000 Mt. zur Zuckerbeschaffung für den Monat Dezember im voraus bezahlen. Das sind bei 78 063 Mitgliedern 76 063 000 Mt. Die vielen Millionen, die heute zur Vorrat- und Vorauszahlung notwendig sind, kann auch die Genossenschaft nur aufbringen, wenn sie im Beisein des vollengezahnten Geschäftsteiles ist, wenn jedes Mitglied ihr gegenüber seine Pflicht tut. Die schwierige wirtschaftliche Lage darf nicht dahin führen, dass die Verbrauchervereinigungen wegen Mangels an Betriebsmitteln versklavt, und sollte unsere Volkswirtschaft je versagen, so müssen wenigstens die Genossenschaften aus dem Strudel des Zusammenbruchs gerettet werden, um am Aufbau einer besseren Zukunft tätig sein zu können. Nur als kapitalstarkes Unternehmen können sie sorglos dem Kommen entgegensehen.

Dient an Zweck und Ziel der Genossenschaftsbewegung! Zahlt die Geschäftsanteile ein!

Bedenkliche Gerichtspraktiken.

Wer in der letzten Zeit auf dem Leipziger Amtsgericht (Verhandlungszimmer 109 Amtsgerichtsrat Breitling) Verhandlungen beobachtet hat, der wird zu der Überzeugung gelangen, dass am Amtsgericht unhalbare Zustände bestehen. Der Herr steht alle halbe Stunden 6, 8, 10 und mehr Verhandlungen an. Am 5. Dezember waren um 9 Uhr 13, um 10 Uhr 11 und um 10 Uhr 17 Verhandlungen angelegt. Sobald es neun Uhr ist, ruft der Gerichtsdienst: „W. Uhr Sachen, alle eintreten.“ Da für jede Sache mindestens zwei Personen in Betracht kommen, so ist bei den vielen zu gleicher Zeit entstehenden Verhandlungen die Zahl der eintretenden Personen groß. Dabei sind in dem Zimmer insgesamt nur für sieben Personen Sitzplätze vorhanden. Der größte Teil der Aufgerufenen muss stehen. Nur beginnt ein Durcheinander. Ein jeder versucht zuerst fertig zu werden, und so kommt es, dass der kleine Tisch, der bei der Verhandlung für die streitenden Parteien zum Auslegen der Akten vorhanden ist, nicht umstanden wird. Es besteht somit nicht nur die Möglichkeit, den Streit der Parteien mit anzuhören, sondern auch Einblick in deren Akten zu nehmen. Ancheinend sind die meisten Streitfälle Mietsstreitfälle. Doch der Herr Amts-

richt sorgt auch für Abwechslung. Am 28. November kam nach Erledigung einiger Mietsstreitfälle, ein Schadmaß zur Verhandlung. Die wegen Mietsstreitfällen noch wartenden Personen mussten nun mit anhören, wie ein geschiedenes Ehepaar sich gegenseitig Vorwürfe machte. Das triste Bild, das in der Verhandlung auferollt wurde, war sichtlich allen Wartenden wider. Nach alledem muß die Frage ausgeworfen werden: Warum werden solche Verhandlungen zu gleicher Zeit angelegt und warum wird nicht jede einzelne Streitfrage getrennt ausgerufen? Ist es auch nicht möglich, solche Schadmaße zu einer späteren Zeit festzustellen wo nicht so viel Fälle zur Verhandlung stehen? Und was ist die Ursache des starken Andrangs? Das Reichsmietengesetz sieht vor, dass Streitigkeiten über die Höhe der Mietensumme durch das Mieteinigungsgesetz erledigt werden sollen. Viele Hausbesitzer kümmern sich aber nicht um die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes, sondern beantragen bei den Amtsgerichten Zahlungsbeschlisse, was ancheinend auf die Gehaltsbelastung der Hausbesitzervereine zurückzuführen ist und wahrscheinlich in der Hoffnung erfolgt, dass die Hausbesitzer bei dem Amtsgericht eher auf ihre Rechte kommen. Einige Fälle als Beispiele. Ein Lindenauer Hausbesitzer beschreibt mit der Mietervertretung die Einziehung der Oktobermiete, wobei er äußert, dass die Einziehung der Miete von drei Grundstücken durch die Mietervertretung schneller erfolgen werde als wie durch ihn selbst. Die Mietervertretung lässt die Miete ein — der Hauswirt lehnt aber die Annahme ab. Die Mietervertretung hinterlegt die Miete beim Amtsgericht und der Hauswirt beantragt Zahlungsbeschlisse, so dass 25 verschiedene Verhandlungen entstehen. Die Klagen werden — so weit bekannt wurde — abgewiesen, es entstehen aber für jeden Mieter Vohnverlust, unnötige Ausgaben usw., weil die Verhandlungen an verschiedenen Tagen, zu verschiedenen Zeiten und vor verschiedenen Richtern stattfinden. Ein anderer Fall. Ein Wahrener Hauswirt erkennt die Mietervertretung nicht an und setzt allein die Friedensmiete fest, die der Mieter nicht anerkennt und Klage beim Mieteinigungsgesetz erhebt. Der Hauswirt lehnt die Annahme der Miete ab und beantragt beim Amtsgericht Zahlungsbeschlisse. Eine Verhandlung folgt auf die andere und wird verlängert, weil die Sache noch beim Mieteinigungsgesetz anhängig ist. Dieser Zustand ist einfach ein Standort, der schnell bestellt werden könnte, wenn die Richter sich auf den Boden des Reichsmietengesetzes stellen und die kläglichen Hausbesitzer mit ihren Klagen ab und an das Mieteinigungsgesetz verwiesen würden. Über auch in solchen Fällen wie den zwei angeführten, wo die Hausbesitzer in böswilliger Absicht die Amtsgerichte belästen und unnötige Kosten verursachen, sollten die Klagen gleich abgewiesen und die Kosten den Streitigkeiten und gegen das Reichsmietengesetz Sabotage treibenden Hausbesitzern auferlegt werden.

Es kommt also auch darauf an, wie die Richter die Verhandlung führen. In dieser Hinsicht kann man beim Amtsgericht Breitling eigenartige Beobachtungen machen. In einer Klagesache war es dem Beklagten — trotz zweimaliger Verhandlung — noch nicht möglich, den Sachstand einwandfrei aufstellen zu können und den Nachwuchs zu führen, doch tatsächlich nur ein Streit über die Höhe der Friedensmiete besteht, die Klage also nur vor das Mieteinigungsgesetz gehört und die Klage des vom Hausbesitzerverein falsch beratenen Hauswirts abgewiesen werden muss. Auch der Amtshof blieb unberücksichtigt aus dem einwandfrei herausgegangen, doch der Beklagte beim Mieteinigungsgesetz Klage erhoben hat. Ja, wenn die Amtsgerichte so schwerfällig arbeiten, dann ist es kein Wunder, wenn die Amtsgerichte überlastet sind. Auf alle Fälle wird es höchste Zeit, dass der Zustand wie er jetzt besteht, dass in ein und derselben Sache zwei Klagen — eine Klage der Mieter vor dem Mieteinigungsgesetz und eine Klage des Hauswirtes auf dem Amtsgericht — nebeneinander herlaufen, beseitigt wird.

Baupolizei und Mieterinteressen.

In dem Grundstück Elisabethstraße 16 wurde durch planmäßiges Hinausschieben der Grubendämmung der Deckel der Wschengrube durch die darausliegende Aschenmasse so belastet — besonders durch die eindringenden Schnee- und Regenwasser — dass in den ersten Monaten des Jahres eine Fassungsmauer einstürzte. Die seitdem des öfteren erfolgten mündlichen Anzeigen in der zuständigen Ratswache brachten eine Anzahl (etwa 10) Beschlagnahmen mit sich. Der Hausbesitzer ist außer von den Mietern auch von der Baupolizei aufgefordert worden, den Schaden zu beseitigen. Am 1. Oktober wurde das den Mietern vom Besitzer zugelassen. Bis dahin blieb alles beim Alten, und der Schaden wurde größer. Nachdem ein Kind hineingefallen war, schrieb die Vertreter der Mieter an die Baupolizei, die ihnen antwortete, Herr Hartmann sei zur Zeit nicht in der Lage, die Kosten für die dringende Ausbesserung der Wschengrube zu bestreiten. Die Baupolizei habe, um Unfälle zu verhüten, vorläufig die Absperrung der Grube angeordnet (was aber noch nicht erfolgt ist). Sollten die Mietern an einer baldigen Erledigung der Angelegenheit gelegen sein, so gebe ihnen die Baupolizei anheim, dem Eigentümer die erforderlichen Mittel vorzuhweisen zu gewähren. Der Hauswirt ist Eigentümer dreier Grundstücke. Nach dem Schreiben der Behörde darf er ungestört die Häuser verfallen lassen; es sei denn, die Mieter geben Worschutz. Dabei wehren sich die in der Umgebung wohnenden Handwerker stets auf Rechnung des Besitzers Hartmann Reparaturen vorzunehmen. Der Worschutz würde wahrscheinlich auch nichts helfen. Diese Haltung der Ratsbehörden gegenüber den rezenten Hauswirten ist zu las. Die Mieter verlangen, dass ihre Interessen wirksamer vertreten werden. Wo Gefahren für Leben und Gesundheit der Mieter vorhanden sind, muss rücksichtslos durchgegriffen werden.

Ratsbeschlüsse.

Für die Grohmarkthalle. Nachbewilligt wurden 54 Millionen Mark für den Bauabschnitt I der Grohmarkthalle.

Zur Arbeitsbeschaffung für Erwerbsbeschränkte wurde ein Betriebskapital von 5 Millionen Mark bereitgestellt.

Für Errichtung des Baus des Nötingeninstituts des Krankenhauses St. Jakob wurden 2 950 000 Mt. zu den bereits bewilligten 1 800 000 Mt. nachbewilligt.

Zur Speisung von Schulkindern. Im Anschluss an die dem Rat von anderer Seite zur Speisung von Schulkindern auf weitere zehn Wochen angewendeten Mittel wurden aus städtischen Mitteln 350 000 Mt. zu dem gleichen Zweck nachbewilligt, so dass die Zahl der zu speisenden Kinder von 14 000 auf 16 000 erhöht wird.

Teuerungszahl 1 für Leipzig.

(Statistisches Amt Leipzig)

Stichtag 13. Dezember 1922: 53 614 Mark.

(Stichtag 6. Dezember 1922: 49 018 Mark.)

(Das ist nach der Meinung des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig der Mindestaufwand einer aus zwei Erwachsenen und drei Kindern von 12, 7 und 1½ Jahren bestehenden Familie für Nahrung, Wohnung, Holzung und Beleuchtung in je 4 Wochen.)

Bücher- und Spielwaren-Ausstellung

im Lehrsaale, Braustraße 17

Geöffnet: An den Wochentagen von 4 bis 7 Uhr.
an den Sonntagen von 11 bis 6 Uhr.

Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut.

Gegen die kommunistischen Verleumer. Wir werden um Aufnahme folgender Zuschrift erüthten:

Unterzeichneter Betriebsrat erüthrt die Redaktion um Aufnahme folgender Resolution:

„Die am 12. Dezember 1922 verhandelte Belegschaft der Firma Stöhr u. Co., L.-Plagwitz, verurteilt die verleumderische Schreibweise der Sächsischen Arbeiterzeitung über den Betriebsrat und den Kollegen Borggold. Da trotz wiederholter Aufforderung niemand der Anwesenden auch nur eine einzige der vielen in der Sächsischen Arbeiterzeitung gebrachten Verleumdungen beweisen konnte und die Sächsische Arbeiterzeitung eine ihr zugeschriebene Berichtigung nicht gebracht hat, die Verleumdungen aber trotzdem fortsetzt, seien wir uns gewaschen, uns an die Leipziger Volkszeitung wegen Veröffentlichung dieser Resolution zu wenden.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen, keiner der anwesenden Kommunisten stimmte dagegen.

Betriebsrat der Kammgarnspinnerei Stöhr u. Co. L.G.

Die Sächsische Arbeiterzeitung lehnt also Berichtigung ab, sieht aber trotzdem die Verleumdungen fort! Wer ist der verleumderische Schuft, — der Verantwortliche Renner, oder Paul Böttcher, oder Richard Ellrodt?

Kommunistische Berichterstattung. Nach der Stadtverordnetenversammlung vom 6. Dezember schrieb die kommunistische Arbeiterzeitung, die Arbeiterschaft habe im Leipziger Stadtparlament die Mehrheit. Das ist eine bewußte Irreführung, denn im Stadtverordnetenrat standen 38 Bürgerliche, 30 Sozialdemokraten und sechs Kommunisten. Dazu kommt, dass die Beschlüsse der Stadtverordneten in vielen Fällen erst dann Geltung erlangen, wenn der Rat hält, was oft genug nicht geschieht. Das wissen die Kommunisten, trotzdem erwidern sie den Anschein, dass die Arbeitervertreter in der Stadtverwaltung ihren Willen durchdrücken könnten. Da die Kommunisten im Stadtparlament nur ein kleines Häuflein sind, wollen sie durch ihre falsche Darstellung den Eindruck erwecken, dass die Sozialdemokraten für alle Vorgänge in der Stadtverwaltung verantwortlich sind. Die falsche Darstellung der Kommunisten ist also nichts anderes als eines der verlogenen kommunistischen parteitaktischen Manöver.

Nach derselben Methode berichtet die Sächsische Arbeiterzeitung auch über die Stadtverordnetenversammlung vom 18. Dezember. Das Kommunistenblatt schreibt, die Sozialdemokraten hätten die alte Forderung der kostlosen Totenbestattung dadurch preisgegeben, dass sie bei der Abstimmung über den Antrag der Kommunisten, der die kostlose Totenbestattung forderte, die Genossen Seeger und Pöltke nicht abstimmt und dadurch den Antrag zu Fall gebracht hätten. Auch das ist eine verlogene Darstellung. Der Sachverhalt ist folgender: Bei der außerordentlich umfangreichen Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung kam nach vorheriger stundenlanger Verhandlung die Ratsvorlage über die Erhöhung der Grabgebühren zur Beratung. Genossen Seeger, der bis dahin die Verhandlungen geleitet hatte, gab den Vorsitz an den Vizevorsitzenden Heimze, um den Saal einmal auf kurze Zeit verlassen zu können. Während dieser Zeit stellten die Kommunisten ganz unvermutet den Antrag auf Einführung der kostlosen Totenbestattung, ohne vorher den Sozialdemokraten ein Wort davon zu sagen. Die Sozialdemokraten unterstützten diesen Antrag, sie stimmten auch dafür. Der Antrag wurde mit 33 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Da der Genosse Seeger nicht im Saale gewesen sein sollte, so erklärt sich dies daraus, dass er schwer krank ist, so dass ihm die dauernde Anwesenheit bei stundenlangen Reden gar nicht zugemutet werden konnte. Die Behauptung der Kommunisten, die Sozialdemokraten hätten zwei Leute abstimmt, ist also eine der üblichen dreistigen Lügen. Die Schuld an der Ablehnung des Antrages trifft also die Kommunisten, die den Sozialdemokraten über den beabsichtigten Antrag hätten Mitteilung machen müssen. Ueblicherweise haben die Sozialdemokraten lange bevor es Kommunisten im Stadtverordnetenkollegium gab, die kostlose Totenbestattung im Stadtparlament gefordert.

Brotpreiserhöhung. Der Rat schreibt: Der Preis des Markenbrotes hat, wie aus der gleichzeitig veröffentlichten Bekanntmachung hervorgeht, nochmals erhöht werden müssen, und zwar um 5 Mt. für das Pfund. Von diesen 5 Mt. entfallen 2,30 Mt. auf Erhöhung der Löhne der Bäckerzöglinge und des Hilfspersonals (Ausfahrer, Verkaufspersonal usw.); 1,90 Mt. macht die Preissteigerung bei der Kugel aus und nur 1,10 Mt. entfallen auf erhöhte Betriebskosten (Gehälterne, Gas, Wasser, Reparaturen, Betriebsmittel usw.), die, wie allgemein bekannt, auch stark verteuert sind. Ein Mehrgewinn erwähnt den Unternehmern aus der Brotpreiserhöhung nicht. — Wenn im Bezirk der Amtshauptmannschaft Leipzig der Brotpreis ein wenig niedriger ist als im Städtegebiet Leipzig, so ist dies darauf zurückzuführen, dass dort die Betriebskosten geringer sind als in Leipzig und dass ferner die Entlohnung des Personals nicht so hoch ist wie im Städtegebiet, wo vor allem in den Großbetrieben die Kosten für Transport des Mehl und Brotes ziemlich erheblich sind.

Neue Gaspreiserhöhung. Auf Grund der Bekanntmachung vom 1. d. M. und entsprechend den inzwischen eingetretenen Erhöhungen, stellen sich die Durchschnittspreise für die etwa am 16. Dezember 1922 beginnenden Ablesungen für die Gruppe B der Abnehmer, nämlich diejenigen der Gangnummern mit den Endziffern 7—12, 32—37, 57 bis 62

den 22., Buchst. L, K 1 Sonnabend, den 23., Buchst. H-G Mittwoch, den 27., Buchst. F-E Donnerstag, den 28., Buchst. D-C Freitag, den 29., Buchst. B-A Sonnabend, den 30. Dezember.

Ein grobangelegter Unterstützungschaudel! Unter der Firma „Weiterleitungsschule Berlin, Wirtschaftsvereinigung Silesia“ der ehemaligen oberösterreichischen Fronttruppen“ wird mit Briefzettel mit gefälschten Unterschriften ein Unterstützungschaudel betrieben. In den Briefen, die mit „v. Schmettow, Altmüller a. D., Keller, Peiter“ und „v. Winterfeld, Generalleutnant a. D.“ Leiter des Oberschlesischen Selbstschutzverbundes, Zentrale, Clarenstraße 6“, unterschrieben sind, wird um Gehlöhnen für schwerverwundete oberösterreichische Frontsoldaten gebeten und gesagt, daß ein Leutnant a. D. Hoepfner zur Annahme von Gehlöhnen berechtigt sei. Diese Unterstützungscheine werden an angehobene Personen des Handels und der Industrie verhandelt. Es wird vor dem Schwindelkosten unternehmen gewarnt. Leute, die in dieser Angelegenheit persönlich vorschreiben, lasst man festnehmen.

Eine Wohlfahrtsmarke. Die zur Unterstützung des Volksbildungswerkes Deutsche Kriegsmiliz herausgegebene Wohlfahrtsmarke wird nunmehr geliefert und werden von den Postanstalten in beschränkter Anzahl abgegeben.

Diebstahl an Gewerbläufen. Vor kurzem sind aus den Fluren des Hauptpostgebäudes am Augustusplatz von Gewerbläufen die Strahlenten gestohlen worden. Der dadurch entstandene Schaden ist sehr erheblich. Sachdienliche Mitteilungen nehmen das Postamt 1 und die Kriminalpolizei entgegen.

Keine Verlängerung der Weihnachtsfeiern. Vom Schulamt wird uns mitgeteilt, daß die Weihnachtsfeiern in den Schulen nicht verlängert werden.

Elternabende. 3. Volksschule. Donnerstag, den 21. Dezember, abends 8 Uhr: Weihnachtsfeier im Ellyum. 21. Volksschule. Montag, den 18. Dezember, abends 7 Uhr: Wiederholung der Weihnachtsaufführung im Sächsischen Hof. 26. Volksschule. Mittwoch, den 20. Dezember, abends 7 Uhr: Weihnachtsaufführung im Überbergarten: Jahreszeiten - Kinderfreuden! Ein Festspiel von Franz Xaver Nagler. 40. Volksschule. Montag, den 18. Dezember, abends 7 Uhr, im Schulsaal: Weihnachtsfeier. 45. Volksschule. Freitag, den 22. Dezember, abends 7 Uhr: Weihnachtsfeier. (Nur Erwachsene haben Zeit.) 48. Volksschule. Montag, den 18. und Dienstag, den 19. Dezember, abends 6 Uhr: Weihnachtsaufführung im Goldenen Adler, Lichtenau, Angerstraße: Der Schneeflöckchen Weihnachtsaft. Gejagt und infiziert von Lehrern und Schülern der Schule.

Sonntag-Abende für die Arbeiterschaft. Für den nächsten Sonntag ist wieder Gustav Herrmann als Sprecher gewonnen worden. Um Nachmittag wird er für die Kinder bekannte und unbekannte Märchen vortragen. Für den Abend ist der gleiche Stoff für die größeren Kinder, für die Erwachsenen, soweit sie noch Sinn für Märchen haben, gewählt. Die Nachmittagsvorstellung beginnt um 4 Uhr, die für die Erwachsenen um 7 Uhr. Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut für Leipzig.

Weihnachtsaufführung. Wir verweisen erneut auf die Weihnachtsaufführung von Büchern und Spielzeug, die im Lebelaal, Braustraße 17, untergebracht ist und jeden Tag von 4-7 Uhr geöffnet ist. In den Sonntagen kann sie in der Zeit von vorm. 11 Uhr bis 6 Uhr abends besucht werden. Eine gleiche Aufführung für den Norddeutschland befindet sich im Alten Gashof, Wahren. Sie steht unsern Genossen zur gleichen Zeit am Sonntag offen. Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut für Leipzig.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut. Zu dem morgen Sonntag, den 17. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Saale des Kaufhauses stattfindenden Kinder-Abend können noch Karten am Eingang entnommen werden.

Orienteerlein 2. Gohlis. Dienstag, den 19. Dezember, abends 6 Uhr: Märchenvorstellung im Schillertheater. Für Kinder unserer Mitglieder beträgt der Eintritt 10 Pf. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Der Kunstabend für die Mitwissenden zum Gewerbeschafest 1922 findet am Mittwoch, dem 20. Dezember 1922, abends 7 Uhr, im großen Saale des Volkshauses statt. Eintritt 1/2 Uhr. Die ausgegebenen Karten haben Gültigkeit.

Volkshochschule Leipzig. Der Lehrgang von Dr. Neuer „Vom Volkslied zur Sonate“ fällt am Dienstag, dem 18. Dezember, aus, da das Konservatorium bereits ferienhalber geschlossen ist.

Eine Feuerwehr-Ausstellung veranstaltet der Leipziger Feuerwehrverein mit Tausenden von Tieren vom 6.-8. Januar 1923 auf dem Ausstellungsgelände an der Reichenhainer Straße.

Polizeinachrichten.

Eine Arbeiterin um 15 500 Mark betrogen! Eine Arbeiterin ist am 12. d. M. das Opfer eines raffinierten Schwindlers geworden. Sie fand in ihrem Briefkasten am 9. d. J. einen ver-

stellbaren Brief ohne Abschluß. Darin stand sie eine an eine Frau Steinert gerichtete Nachricht über eine Lieferung billigen Fleisches und Schmers. Einige Tage später erschien ein Mann, erkundigte sich, ob sie das Schreiben geöffnet hätte, teilte ihr mit, daß der Brief nicht für sie bestimmt gewesen sei, sie möchte über die Sache schwiegen. Die Frau, froh, eine billige Fleischquelle entdeckt zu haben, fragte, ob sie noch auch mal Fleisch bekommen könnte. Der Gauner sagt ihr das zu und teilte ihr am anderen Tage mit, daß er 72 Pfund Speck, Schmalz und zwei Leberwurst besorgt habe, der Preis sei 15 500 Mark. Die Frau ließ sich das Geld bei ihren Bekannten zusammen. Sie aber dazu dazu kam, die Sachen in Empfang zu nehmen, war der Mann nochmals in ihrer Wohnung erschienen und vergewisserte sich, ob die Frau tatsächlich auch das Geld habe. Er nahm zwei Pappkästen von ihr mit und bestellte die Frau an den Treppenlift, Ede Banerische und Kronprinzstraße. Dort übergab er ihr die zwei schweren Kartons und nahm dafür die 15 500 Mark in Empfang. Zuhause angelommen fand die geprellte Frau - Äsche, Scherben und Kartons in den Kartons. Der Täter ist etwa 1,70 Meter groß, breitschultrig, bartlos, hager im Gesicht und 28-40 Jahre alt. Bekleidet war er mit einem Ulster aus Militärstoff und schwarzem Blazer und bei einem der Besuch mit Schwarzer Ueberzieher. Wer kennt den Täter? Bei seinem Wiederaufsteigen lasse man ihn festnehmen.

Die dunkle Tat an der Bauhner Straße, in der Nähe der Luftschule, ist noch immer nicht aufgeklärt. Bei der nochmaligen Befragung des am 11. d. M. auf der Bauhner Straße durch einen Schuh in den Unterleib schwer verletzen Oberbahnwärters hat dieser angegeben, daß kurz bevor er angegeschossen worden sei, ihm ein Radfahrer mit hellbrennender Lampe entgegenkam. Als dieser schon ein beträchtliches Stück von ihm entfernt gehabt habe, hätte er die Schuhverkleidung erhalten, er glaubt jedoch keinesfalls, daß jener Radfahrer der Schütze gewesen sei. Der Verlehrte glaubt, daß die Tat geschehen sei, als er sich auf dem Wege von seiner Wohnung nach Schönfeld befunden habe, um Brot zu holen. Sie muß aber geschehen sein, als er sich auf dem Rückweg von Schönfeld nach seiner am Güterbahnhofe Schönfeld gelegenen Wohnung befand, weil er ein Brot mit nach Hause gebracht hat, das er mutmaßlich in Schönfeld gekauft hat. In welchem Geschäft, konnte er nicht annehmen. Die Tat ist mutmaßlich zwischen 7 und 8 Uhr abends geschehen. Die Kriminalabteilung bittet jeden Radfahrer, sich schnellstens bei ihr zu melden oder ihre Adresse mitzutragen.

Warnung an Fleischhauer der Bäckermeister! Am 5. d. M. ist ein Bäckerlehrling einem geriebenen Schwindler zum Opfer gefallen. Er war vor der städtischen Fleischausgabe Stelle, Lagerhofstraße, in den späten Nachmittagsstunden zwecks Abholung von Fleisch erschienen und wartete bis er zur Empfangnahme der Räucherl. Da trat ein Mann an ihn heran, ließ sie den Ausweis geben und sagte ihm, er werde dafür sorgen, daß er sein Mehl noch bekomme, obwohl Schluss der Ausgabestelle bevorstand und noch eine größere Anzahl Abholer vorliegen. Der Mann benahm sich, als ob er zum Ausgabepersonal gehörte und begab sich mit dem Ausweis nach dem Kontor. Als er zurückkehrte war und dem Lehrling gesagt hatte, er hätte den Ausweis abgezogen, wurde die Ausgabe geschlossen und dem Lehrling gesagt, er solle am anderen Tage wiederkommen. Am nächsten Tage stellte sich der Schwindel heraus. Der Unbekannte hatte den Ausweis nie sich behalten und das Mehl bereits am anderen Morgen abgeholt. Er wird als etwa 30 Jahre alt, von mittler, schwächtiger Statur beschrieben. Er trug grauen Anzug, Militärstiefel und eine blaue Schildmütze. Besonders auffällig soll sein, daß er beim Sprechen den Mund verzerrt. Wer kennt den Täter? Bei seinem Wiederaufsteigen lasse man ihn festnehmen.

Gewerkschaftsbewegung.

Faschistische Gewerkschaften.

Neben andern Neuerungen beherrschte der Sieg der italienischen Schwarzheide der Welt faschistischen Gewerkschaften. Genau gesprochen hat es diese schon einige Monate vor dem faschistischen Staatsstreich gegeben, nur sind sie erst in diesem Augenblick weit hin erkennbar in Erziehung getreten. Schon im Sommer dieses Jahres wurde gemeldet, daß sich große Teile der italienischen Arbeiterschaft in Gewerkschaften vereinigt hätten, die sich der Leitung der faschistischen Bewegung unterstellen. Die Mitgliederzahl dieser Gewerkschaften wurde damals mit 467 500 angegeben, die sich auf 9 Nationalverbände verteilen. Zweifellos sind diese Zahlen mittlerweile überholt worden und jetzt, wo der ganze Regierungskörper für die Schwarzheide spielt, werden die Mitgliederzahlen der faschistischen Gewerkschaften wahrscheinlich noch weiter in die Höhe schnellen. Diese Tatsache ist eine Erklärung dafür, daß der Sieg der Faschisten so glatt und fast widerstandlos vor sich gegangen ist. Hätte die italienische Arbeiterschaft genug Klassenbewußtsein befreit, dann wäre diese Vertirung unmöglich gewesen und dann hätte sie den Staatsstrich wohl zu ihrem Tänzeln ausspielen können, bei dem diesen Hören und Sehen vergangen wäre.

Wiederholt sich unter den faschistischen Gewerkschaftsmitgliedern altorganisierte sozialistische und christliche befinden, läßt sich natürlich nicht genau sagen, eingeweihte Kreise behaupten jedoch, daß die

Sache nicht gering ist. Das muß auf den ersten Augenblick überraschen, denn allgemein, hauptsächlich in der kommunistischen Presse, ist die italienische Arbeiterschaft als bestdiskiplinierte und revolutionärste bezeichnet worden, die nichts von den reformistischen Umstädtern wissen wollte, sondern sich der roten Mostauer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen hatte. Die Entwicklung beweist jedoch, daß diejenigen recht hatten, die die Dinge etwas näher betrachteten.

Der schnelle und massenhafte Wechsel von der sozialistischen Gewerkschaft zur faschistischen, wenn man will, von der revolutionären zu reaktionären Organisation, wird einzigermaßen verständlich, wenn man sich die geistige Beschaffenheit der großen Mehrheit des italienischen Proletariats wie auch seine Stimmung in der Zeit nach dem Kriege vergegenwärtigt, eine Zeit der geistigen und seelischen Verwirrung und der fortwährend wachsenden Not.

Kurz nach dem Westfeldstoss wurden Hunderttausende von Proletariern durch Arbeitslosigkeit, Enttäuschung, Empörung in die Gewerken getrieben. Diese Flut von ungeschulten, des Lebens und Schreibens vielfach unkundigen, missgestimmten Menschen zu meistern, zu fesseln, zu bilden, war der zahlschwache Stamm einer organisierten Gewerkschaftsfunktionäre gänzlich außerstande. Und der nur anhende Streit mit den Kommunisten war natürlich auch nicht geeignet, die Köpfe fühl, die Geister klar zu machen.

Da kam die kommunistische Aufrufserung, die Betriebe zu besetzen und selbst zu leiten, das Land unter die Landarbeiter aufzuteilen und von ihnen selbst bewirtschaften zu lassen. Mit großer Begeisterung kamen die Proletarier der mit Mostaus Segen verfehnten Aufrufserung nach. Doch schon nach wenigen Tagen brach das Experiment zusammen, in die zusammenbrechen. Allgemeine Enttäuschung und Misstrauen war die Folge. War es da ein Wunder, daß die ungeschulten Massen sich nach einem andern Wundermann umsehen, der neue Versprechungen gab? Dieser Wundermann war bald gefunden, es war Mussolini, der Führer der Faschisten. Mit gerissener rhetorik und einer Flut flacher, dem Verständnis der ungeschulten Proleten angemalter Phrasen wußte er sich das Vertrauen derselben zu erwerben. Dazu hat der mit theoretischen und sonstigen Gründen nicht beehrte Faschismus geschickt vermieden, sich immer und überall als Schutzgarde der Bourgeoisie zu offenbaren. In Triest zeigte er ein irredeutliches (antideutsches, antifaschistisches) Gesicht, in dem patrizischen Benedig nimmt er eine nationalistisch-konservative Gangart an, in dem industriellen Parma wählt er eine kommunistisch schillernde Form, in der abendländischen Niederung stellt er sich als Bauernfreund vor, der die Aufteilung des Landes fordert, anderwärts hat sein Gewand knallrote Farbe. So pakt er sich den wirtschaftlichen, geistigen und beruflichen Betriebungen oder Stimmungen der verschiedenen Erwerbsklassen und Bevölkerungen an für die sozialistische Idee hat er immer von sich gewiesen, anstelle des Internationalismus den Patriotismus gepredigt. Aber so genau nehmen es die ausgeregelten, ungebildeten Massen nicht; sie verlangen nach einem Ausweg aus ihrer materiellen Drangsal und es ist ihnen ziemlich gleichgültig, nach welchen Regeln das geschieht. Was lämmern sie Dinge wie Sozialismus und Patriotismus, die beide für sie nur tote Worte sind, solange damit nicht Arbeit, Brot und Bergelösen zu erhalten ist. Daß es mit dem Sozialismus windig bestellt sein müsse, das glaubten sie durch die Beziehung der Betriebe als auch durch die Bewegung: Das Land den Landarbeiter genug zu erfahren zu haben. Obwohl ihnen laut und hundertmal gesagt worden war, daß die Betriebsobesicht und die Landaufstellung das Ende ihrer Arbeitslosigkeit und Not unbedingt bringen werde, waren diese beiden Übel nur noch größer geworden. Folglich mußte die sozialistische Lehre eine Irrelehrer sein. Warum sollte man es nun nicht einmal mit dem Faschismus versuchen?

Wie lange die Arbeitermassen zur Fahne des Faschismus schwören werden? Nach aller Vorausicht wird diese Zeit nicht allzu lang sein. Hat bald wird sich zeigen, daß mit schönen Declamationen die aus der kapitalistischen Produktionsweise und den daraus resultierenden Klassengegensätzen geborene Notlage des Proletariats nicht beseitigt werden kann. Dann werden auch die irregelheiten Klassengenossen erkennen, daß nicht Klassenversöhnung, sondern nur schärfster organisierter Klassenkampf den Sozialismus und damit die Erlösung bringt. Bis dahin freilich werden die Faschisten ihre Macht benutzen, um der sozialistischen Arbeiterbewegung den Weg zu versperren.

Die faschistischen Gewerkschaften sind noch eines Programms bar. Nach welchen Grundlagen sie arbeiten wollen, formuliert einer ihrer Führer, R. Bianchi, so:

„Die Arbeiterschaft muß dem Vaterland ergeben sein; sie muß jede internationale und revolutionäre Verbindung verwerfen; sie hat mitzuwirken an der Verwaltung und der Tätigkeit der Industrie; der Staat hat nicht nur die Produktion anzuregen, sondern auch gewissenhaft die Rechte der Arbeiter zu wahren und dafür zu sorgen, daß das Kapital allezeit seine sozialen Gesetzen beobachten und die Arbeiterschaft nicht unterdrückt.“

Lehrlich drückt sich ein anderer Führer, G. Bigiotti, in der faschistischen Polemica aus. Nach dem Vater der faschistischen Be-

Modehaus Jordan & Co. Leipzig

(Goldener Arm)

Petersstraße 28

Telephon 13403

Unsere Preise liegen bedeutend unter dem Wiederanschaffungspreis!

Weihnachts-Reklame-Angebot!

Prima Perkol-Oberhemden	mit weichen Doppel-Manschetten, mit einem dazu passenden weichen und steifen Kragen	5900 00
Prima Zephyr-Oberhemden	mit weichen Doppel-Manschetten, mit einem dazu passenden weichen und steifen Kragen	6900 00
Trikot-Oberhemden	mit vorzügl. Zephyr- und Perkol-Eins. 6800 00	3900 00
Normal-Hemden	extra stark	6300 00
Garnitur Serviteur	und Manschetten	8900 00
Sportkragen „Carlsmilde“	glatt m. spitzen Böcken und Knopfbänderchen	17.50

Sportkragen „Wikling“	prima Rips, mit Knopfbandchen, 8fach	2900 00
Serviteurs	vorzüglicher Rips	690.00
Serviteurs	bunt mit Kragen	850.00
Eckenkragen	4fach	850.00
Stehumlegkragen	4fach	1190.00
Taschentücher	weiss und farbig	690.00

Garnitur Jacke und Hose	weiss und farbig	8900 00
Kragenschoner	Kunstleder	3900 00
Strickbinder	spätes Muster	890.00
Selbstbinden	in neuesten Designs	2800 00
Pd. Haartitz- u. Wollhüte	verschiedene Formen	14500.00
Stepp-Rüte	besonders vorzüglich	2000 00

Sonntag, den 17., und Sonntag, den 24. Dezember, von 12 bis 6 Uhr geöffnet!

Wir bitten davon Kenntnis nehmen zu wollen, dass wir unsere Geschäftsräume nach vollendetem Um- und Erweiterungsbau Dienstag, den 19. Dezember geschlossen halten.

Wiedereröffnung Mittwoch, vormittags 11 Uhr.

wegung, Massenstreik, unterschieden sich seine Gewerkschaften von den sozialistischen dadurch, daß sie „die Arbeitsniederlegung in den öffentlichen Betrieben unter keinen Umständen dulden; daß sie neben dem Arbeitertarif auch das der Produktion (niedrige Unternehmertum) und des Landes beachten; daß sie Lohnförmung immer anerkennen, wenn es das Interesse der Produktion bedingt; daß sie kein neues Wirtschaftssystem, kein besonderes Gesellschaftssystem gutheißen.“

Doch man mit diesen Redensarten auf die Dauer die schwärzigen Gewerkschaften seien und ihnen eine geistige Grundlage geben könnte, wird niemand behaupten wollen. In der Praxis wird sich sehr bald zeigen, daß die Interessen der Unternehmer und der Arbeiter nicht gleichzeitig gewahrt werden können. Eine Bewegung ohne klare, wahre, packende Idee aber fehlt der Ritt, der über die Stände heraus bindet. Dies läßt sich auch hier gern herausstellen, um die armen Teufel von Schwarzhunden den ersten Verlust zur Widerlung ihrer Lage machen. Sie werden dann die Entdeckung machen, eisend betrogen und missbraucht worden zu sein.

So bedeutet die sozialistische Bewegung auch auf gewerkschaftlichem Gebiet nichts anderes als einen Umweg, der viel Mühe und Opfer kostet. Es wird aller Anstrengungen der Sozialisten bedürfen, diesen Umweg so kurz wie möglich zu machen.

Die Lage im Bäcker- und Konditorgewerbe.

Die wirkliche Lage der Bäcker- und Konditorgehilfen ist der Öffentlichkeit nicht bekannt. Von den hohen Preisen für Gehilfen wird meistens auf hohe Löhne der Gehilfen geschlossen. Das ist aber ein Trugschluss, denn die Löhne der Bäcker- und Konditorgehilfen überschreiten das allgemeine Lohnniveau nicht. Dazu kommt aber eine verhältnismäßig große Arbeitslosigkeit, die schon vor dem Krieg bestand, und die ungeheure Lehrlingsflüchtigkeit. So kamen im Jahre 1921 in Leipzig aus 100 Gehilfen 100 Lehrlinge; von 1914 bis 1922 ist aus diesem Grunde die Zahl der beschäftigten Gehilfen von 1100 auf 574 zurückgegangen. Durch die Lehrlingsflucht werden die Gehilfen gezwungen, Arbeit in anderen Berufen anzunehmen. Die Kohlenwerke, die chemischen Werke, Fleischereien, Staats- und Kommunalbetriebe sind mit ehemaligen Bäcker- und Konditorgehilfen stark besetzt. Die Geschäftsbücher der Arbeitsaufzähle zeigen an, daß viele Hunderte Bäckergehilfen als Untergelernte in anderen Berufen untergebracht wurden. Das Bäcker- und Konditorgewerbe wird auf Jahre hinaus seine frühere Blüte nicht wieder erreichen können. Eltern, die ihre Söhne das Handwerk erlernen lassen wollen, müssen deshalb sehr vorsichtig sein und vor Abschluß eines Lehrvertrages sich mit der Lehrlingabteilung des Bäcker- und Konditorverbandes, Leipzig, Zeitzer Straße 32, Zimmer 67 (Sprechzeit von 4 bis 7 Uhr) in Verbindung setzen.

Ein Musterbetrieb ist die Dachs- und Haarzurichterei von Simon Reich, Leipzig-Gohlis, Johann-Georg-Straße 3. Die Arbeitsverhältnisse wooten dort jeder Beschreibung. Herr Reich läuft auf Grund seiner Nostalgia gehörigst die Sonnabende nicht arbeiten, dafür muß aber die Belegschaft von Montag bis Freitag 8½ Stunden pro Tag tätig sein. Auch über diese Zeit hinaus und auch Sonntags muß gearbeitet werden, ebenso Sonnabends von abends 5 Uhr ab, wenn der Sabbath des Herrn Simon Reich zu Ende ist. Die hygienischen und sanitären Einrichtungen, die durch die Verordnung für solche Betriebe vorgeschrieben sind, kennt Herr Reich nicht. So ist sein besonderer Erfahrung vorhanden, nur ein gemeinschaftlicher Abort und Rattenfütter in diesem Betriebe ein beschauliches Dasein. Es ist öfters vorgekommen, daß diese Tiere den Arbeitstränen ihr Tagesbrot weggestohlen haben. Wer sich gegen diese Zustände wehrt, wird mit den gemeinhin Schimpfworten bedacht und liegt auf die Straße. Wir werden Herrn Reich Gelegenheit geben, vor dem Schlichtungsausschuß zu beweisen, mit welchem Recht er die betreffenden Arbeitstränen erglassen hat.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Erhöhung der Bezüge der Staatsbediensteten.

Der Haushaltungsausschuß des Reichstages hat die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter, wie sie zwischen der Regierung und den Spitzenorganisationen vereinbart worden war, bewilligt.

Dazu wird dem Sozialdemokratischen Pressedienst vom Deutschen Eisenbahner-Verband geschrieben:

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes nahm am 15. Dezember zu dem Ergebnis der Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter Stellung. Die neuen Bezüge entsprechen nicht den berechtigten Erwartungen der Bediensteten und sind durch die sprunghaft gestiegene Teuerung weit überholt. Aus allen Bezirken des Reiches laufen Telegramme und Zuschriften ein, die auf die durch die fortwährende Verschärfung der Lebenshaltung und steigende Unzufriedenheit der Eisenbahnerbediensteten hinweisen. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes wird sich entsprechend den Verhältnissen weiterhin mit der Angelegenheit befassen und erwartet von den Verbandsmit-

gliedern, daß sie keine Aktionen ohne seine Zustimmung unternehmen.

Die Verhandlungen bei der Badischen Anilinfabrik.

Mannheim, 15. Dezember. (TL.) Die Verhandlungen im Streit bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik, die mit den Gewerkschaften unter Ausschluß der kommunistischen Streikleitung geführt werden, haben noch zu seinem Abschluß geführt. Die Hauptwichtigkeit bietet die Wiedereinstellung der Gesamtheit der Belegschaft der Betriebe. Während sich die Gewerkschaften für die möglichst volljährige Wiedereinstellung sämtlicher Arbeiter einsetzen, glaubt die Werkleitung, sich Vorbehalte machen zu müssen, um ähnliche, nicht nur die Betriebe, sondern auch die Arbeiter und Volkswirtschaft auf das schwerste schädigende Vorgänge zu unterbinden. Die geistigen Verhandlungen haben eine Annäherung gebracht; doch ist eine vollständige Einigung noch nicht erreicht.

Der Allgemeine Verband der deutschen Bauangestellten heißt am Sonntag in Berlin seinen 8. Verbandstag ab. Neben einer großen Zahl deutscher Gäste waren Vertreter der Bankbeamtenfamilie der Schweiz, Deutsch-Oesterreichs und der Tschechoslowakei erschienen. Mit Vertretern des Ma-Bundes nahm Genossen Aufhäuser an den Beratungen teil. Verbandsvorvorsitzender Marx-Berlin erstattete den Geschäftsbericht. Die Mitgliedszahl ist in der Zeit vom 30. September 1921 bis zum 30. September 1922 um 1070 auf 10700 M. eingestiegen. An Mitgliedsbeiträgen gingen insgesamt 1705 185,80 M. ein. Neben beschleunigten organisatorischen Erfolgen sind auch solche bei Wohnbewegungen und in den Kämpfen um das Wiedereinstellungsrecht der Angestellten zu verzeichnen. Der Anschlag der Bankherren auf das Recht der Entscheidung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat konnte abgeschlagen werden. Emons referierte über die Tarifpolitik des Verbandes, die fast überall den gewünschten Erfolg hatte.

In der sehr ausgedehnten Debatte über die beiden Referate wurde insbesondere mehr Akribität gefordert und verlangt, daß den örtlichen Wünschen mehr als bisher Rechnung getragen wird. Der Geschäftsbericht sowohl als auch das Referat über Tarifpolitik fanden die Billigung des Verbandsrates. Der Reichsbeirat erhielt beschließende Stimme. Aus der Wahl des Zentralvorstandes gingen Marx und Emons wieder als Geschäftsführer hervor. Damit stand der Verbandstag sein Ende.

Gerichtsstaat.

Schwurgericht.

Der Mord in der Hohen Straße.

Vor dem Schwurgericht begann gestern die Verhandlung gegen den 27 Jahre alten Schlosser Eduard Vainer aus Bochow (Posen), der beschuldigt wird, am 4. Mai d. J. abends gegen 7 Uhr, die 62 Jahre alte Händlerin Amalie Schäfer ermordet zu haben, um sich Geld zu verschaffen. Er soll sie mit einem um den Hals geknüpften Tuch erwürgt haben. Nachdem die Frau tot war, hat der Angeklagte aus einem Bettwurf 8247 M. und außerdem eine Kiste Zigaretten und verschlechte Schnupftabak geraucht.

Aus der Vernehmung des Angeklagten ergibt sich, daß er den Mord leugnet, die Entwendung des Geldes und der Schnupftabak aber zugibt. Zu seiner Person wird festgestellt, daß er bei der russischen Armee gedient hat, aber 1918 desertiert ist. Er kam dann nach Deutschland. Er arbeitet in einer Leipziger Maschinenfabrik und auch in einer Grube bei Borna. Er wohnte bei einer Handelsfrau K. in Wahren, die ihn teilweise unterstellt. Mit dieser viel älteren Frau unterhielt er auch ein Liebesverhältnis. Sie soll ihn aber mit Eifersucht geplagt haben und später, als er auswog und zu einer Frau L. gezogen war, sogar einmal auf der Straße attackiert und ihm Schläge und Verhöre abgerissen haben. Er ist auch einmal verhaftet worden, weil Frau K. in ihrer Eifersucht ihn als Heiratswindler denunziert hatte. Mit seiner neuen Witwe hat der Angeklagte ebenfalls ein intimes Verhältnis gehabt. Angeblich wollten Frau L. und der Angeklagte heiraten. Zu diesem Zweck hatte Frau L. bereits ihre Wirtschaft verkaufen, um mit dem Angeklagten nach Polen zu ziehen. Der Angeklagte hat sich der Frau L. gegenüber als Student der Medizin ausgetragen und ihr vorgeschnindelt, er habe 8000 M. im Koffer der Ausländer stehen; das Geld bekäme er aber erst bei seiner Abreise. Außerdem habe er einige tausend Mark bei der Frau Schäfer, der Gemordeten, in Verwahrung. Mit der Schäfer ist der Angeklagte durch seine erste Witwe, Frau K., bekannt geworden. Er hat häufig bei ihr verlebt und sagt, sie sei wie eine Mutter zu ihm gewesen, deshalb habe er sie auch „Mutti“ genannt. Er erklärt, er habe mit der alten Frau intim verkehrt.

In den letzten Tagen vor dem Mord ist der Angeklagte mehrmals bei Frau Schäfer gewesen, um Geld von ihr zu erlangen. Er erreichte seine Absicht nicht. Am Tage des Mordes hat Frau L. ihm einen neuen Anzug gekauft. Darauf ist er in die Hohen Straße gegangen. Er will dabei von einem Mann verfolgt worden sein, den er schon in der Gesellschaft seiner früheren Witwe gesehen

habe will. Er sei dann in den Laden der Frau Sch. eingetreten. Abends um 7 Uhr hat Frau Sch. den Laden geschlossen und auf ihre Einladung sei er mit ihr in die Wohnung gegangen. Dann habe es gelungen und in der Nacht, daß Frau K., seine frühere Witwe, draußen sein könne, habe er sich auf den Abort begeben. Er habe hierauf Schritte gehört und Frau Schäfer habe dann gerufen: Freiheit, Gemeinhalt! Dazu habe er wieder Schritte einer sich entfernden Person gehört und er sei wieder in die Stube gegangen. Hier habe er Frau Sch. mit geschlossenen Augen am Boden liegen sehen. Er habe sie aufs Bett gelegt und dann bemerkt, daß sie die Augen aufschlug. Damit Frau Sch. nun nicht leben könne, wie er das Geld wegnehme, habe er ihr ein Messer aufs Gesicht gelegt. Dann habe er das Geld und die Schnupftabak zu sich gesteckt und das Haus verlassen.

Die Verhandlung dauert fort. Das Urteil ist heute abends zu erwarten.

Reichsgericht.

Goldschmünzer in Mansfeld. Von der Strafammer beim Amtsgericht Gießen sind am 28. Februar der Kraftwagenfahrer Otto Bauer und der Maschinenschlosser Friedrich wegen Münzverbrechens zu je einem Jahr Gefängnis, die Gastwirtshausbesitzer Jeller wegen Beihilfe dazu zu 5 bzw. 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bauer hatte einen photographischen Apparat, mit welchem er Aufnahmen von 100, 50 und 20 Pfennig Scheinen machte. Der Angeklagte Friedrich, welcher wegen Münzverbrechens schon vorbestraft ist, brachte nun die Platten und Abbüge zu den Tellern, welche die zur Ausführung des Unternehmens erforderlichen Kupferplatten belegten. Beim Märzputsch 1921 wurde der Saal der Tellerschen Gastwirtschaft mit Schußpolizei besetzt, bei welcher Gelegenheit unter dem Fußboden versteckt die Platten und Negative sowie bereits fertige Goldscheine vorgefunden wurden. Wie die Strafammer im Urteil feststellt, haben die Angeklagten ihre Aufgabe ernst genommen und sind außerordentlich fleißig und sorgfältig zu Werke gegangen. Die bei der Tat benutzten Sachen, wie ein photographischer Apparat, mehrere Uhren über Photographie, die Negativplatten, mehrere Abdrücke, ein Messglas, zwei Walzen, fünf Kupferrahmen, Säuren und Oele in Fläschchen wurden entgezogen. Gegen das Urteil halten nur Bauer und die Chefeule Jeller Revision eingelegt, während Friedrich seine Strafe schon verbüßt. Da die Revision im allgemeinen nur die freie Beweiswiderlegung des Landgerichts beklämt und nur unbedeutliche Mängel gelten möchte, erwartet das Reichsgericht das Rechtsmittel als unbegründet.

Wochenspielplan.

Neues Theater. Sonntag, 7 Uhr: Mignon. Montag, 7 Uhr: Schwarzwälderchen. Dienstag, 7 Uhr: Carmen. Mittwoch, 7 Uhr: Christstillein (Uraufführung). Donnerstag, 7 Uhr: Höllisch Gold Josephslegende. Freitag, 7 Uhr: Der Bergsee. Sonnabend, 7 Uhr: Christstillein. Sonntag, 18 Uhr: Christstillein. Montag, 5 Uhr: Die Meisterkinder von Altenberg. Dienstag, 7 Uhr: Mignon.

Altes Theater. Sonntag, 18 Uhr: Ab basst. Montag, 18 Uhr: Die verunfene Glöde. Dienstag, 18 Uhr: Florian Geyer (Wrb.-Bld.-Inst.). Mittwoch, 3 Uhr: Peterhens Mondfahrt, 18 Uhr: Die Verchwörung des Fiesco zu Genua. Donnerstag, 18 Uhr: Mirandolina. Der Dienst zweier Herren. Freitag, 18 Uhr: Die Verchwörung des Fiesco zu Genua. Sonnabend, 18 Uhr: Peterhens Mondfahrt, 18 Uhr: Der Überpels. Sonntag, 18 Uhr: Peterhens Mondfahrt. Montag, 3 Uhr: Peterhens Mondfahrt, 18 Uhr: Der Lampenschirm (Kunstspiel von K. Göh. — Uraufführung). Dienstag, 3 Uhr: Peterhens Mondfahrt, 18 Uhr: Der Lampenschirm.

Operetten-Theater. Sonntag, 3 Uhr: Die Tanzgräfin (Vereinsvorstellung), 18 Uhr: Ein Walzertraum. Montag, 18 Uhr: Die verunfene Glöde. Dienstag, 18 Uhr: Florian Geyer (Vereinsvorstellung). Dienstag, 18 Uhr: Die bolde Nachtmagd. Mittwoch, 18 Uhr: Der Blaue Baron (Vereinsvorstellung). Donnerstag, 18 Uhr: Die Tanzgräfin. Freitag, 18 Uhr: Girofle-Girofle (Vereinsvorstellung). Sonnabend, 18 Uhr: Die blaue Magazin. Sonntag, 3 Uhr: Ein Walzertraum. Montag, 3 Uhr: Die Tanzgräfin (Vereinsvorstellung). 18 Uhr: Frasquita (zum ersten Male). Dienstag, 3 Uhr: Ein Walzertraum. Montag, 18 Uhr: Frasquita.

Berksammlungskalender.

Sonnabend, den 16. Dezember.

NSBD. Kleinstschober, Terrasse, 8 Uhr. NSBD. Brodtkorb, Galihof Probstheide, 8 Uhr. NSBD. Höhlich-Grenzberg, Kindergartenlauf, 18 Uhr. Modell- und Fabriktheater, Volkshaus, 7 Uhr. Deutungsmoniture und Heister, Volkshaus, 7 Uhr.

Montag, den 18. Dezember.

Bauarbeiterverband (Bauhilf. u. Tiefbaubr.), Volkshaus, 18 Uhr. Rohproduktionshandel und Sacharohhandel, Volkshaus, 7 Uhr. Tagesordnungen usw. in vorangegangenen Justaten erschienen.



Modehaus Jordan & Co. Leipzig

(Goldner Arm)

Petersstraße 28

Telephon 13403

Unsere Preise liegen bedeutend unter dem Wiederaufschaffungspreis!

Weihnachts-Reklame-Angebot!

Kinder-Handschuhe	Tricot mit Halbfutter und Druckknopf . . . Paar	390,-
Kinder-Krimmer-Handschuhe	mit Leder besetzt und gefüttert . . . Paar	790,-
Kinder-Handschuhe	gestr., reine Wolle . . . Paar	950,-
Kinder-Handschuhe	gestrich., extra stark für die Eisbahn . . . Paar	1250,-

Damen-Handschuhe	Leder imitiert . . . Paar	1250,-
Damen-Handschuhe	Leder imitiert, besond. preiswert . . . Paar	1650,-
Damen-Handschuhe	Leder mit m. Halbfutter in farb Aufschlag . . . Paar	1975,-
Damen-Handschuhe	Venezia* zum Durchknöpfen u. gesteppt . . . Paar	2500,-

Herren-Handschuhe	Rundstuhl, besonders haltbar . . . Paar	950,-
Herren-Handschuhe	aus Wolle, mit Druckknopf, extra warm . . . Paar	1800,-
Herren-Handschuhe	gestr., reine Wolle, sehr preiswert . . . Paar	1450,-
Herren-Handschuhe	Lederimitation, gelb mit schwarzer Aufnaht, besonders billig . . . Paar	890,-

Als ganz enorm preiswert Damen-Strickjackett nur solange Vorrat . . . Wollene Jumper 14500 Mk.

Damen-Glacé	Stepper und Rechtsnaht, farbig sortiert, noch preiswert . . . Paar	2900,-
Damen-Glacé-Stepper	farbig, mit weißem Papier . . . Paar	4900,-
Damen-Ziegen- u. -Lamm-Stepper	extra starkes Winter, mit Riegel . . . Paar	5900,-

Herren-Glacé-Stepper	2 Druckknöpfe, sehr preiswert . . . Paar	2900,-
Herren-Glacé-Stepper	mit Riegel, farbig sortiert . . . Paar	4500,-

Der Hafen.

Roman von Ernest Poole.

Aus dem Amerikanischen von Hermann zur Mühlen.
Nachdruck ohne Erlaubnis des Verlages der Neuen Gesellschaft,
Berlin W. 15, verboten.

Siebentes Kapitel.

Nun galt es mir, an etwas Größeres heranzutreten: den Hafen bei Tag. Nichts Geheimnisvolles mehr, bloß Höchstes. Ich würde ihn in Tagesbeleuchtung zeigen, in grellem Licht jedes Detail entzünden. Ich wollte dabei den heutigen Hafen mit dem von einst, dem Hafen der Schneeweichen Segel aus meines Vaters Jugend, vergleichen.

Meines Vaters Jugend war vorbei. Eine schwerfällige, grauhaarige Gestalt bewegte sich mühselig über das Pult an meiner Seite, rauschend stumm, heilig um Kraft und hatte ihrer bereits so viel zulegen gewonnen, daß er die Stelle eines Angestellten in seinem einstigen Lagerhaus bekleiden konnte. Einmal freilich, da ich unerwartet in sein Zimmer trat, sah ich ihn in seinem Lehnsessel zusammengesunken: schwer, reglos, die erloschene Zigarette zwischen den Lippen, mit leerem Blick aus dem Fenster starrend.

Die Segel waren verschwunden. Unten in seinem Dach, wo ich selbst noch die schlanken Klipper wochenlang liegen gesehen hatte, erblickte ich nun einen schwerfälligen deutschen Überseedampfer; er war erst vor drei Tagen gekommen und leuchtete und pulsste auch schon wieder absatzbereit. Er war schwarz, tiefgehend und hatte einen ungeheuren gewölbten Bauch, in den ich eines Tages hinabstieg und dort die metallenen Abteilungen betrachtete, die betäubten den Widerhall auspielen, indem an ihnen einige Betonierarbeiter arbeiteten. Kurz und düß wie das Schiff war, sah es dennoch neuartig aus. Tonnen. Es war überaus hölzlich und äußerst praktisch; — praktisch wie eine Fabrik. In ihm lag die Romantik der See in Rauch und Dampf begraben, erdrosselt, erstickt in Dach, Ruhm und geheimer Hoffnung. Eines Morgens, da sein Lärmen stärker anschwellt und sein schwarzer ruhiger Atem durch unser Fenster drang, schnellte mein Vater jährlings auf und schlug das Fenster zu.

"Bordamme Seefau!" — murkte er.

Und auch die amerikanischen Matrosen waren verschwunden. Alle Rassen der Welt, die unte ausgenommen, schienen sich auf dieser Seefluss zusammengefunden zu haben. Aus Barken wurden ihre Frachten von irischen Bootssleuten aufs Dach geworfen. Italienische Docks rollten sie auf das Schiff, auf dem Verdeck befahlte ein japanischer Unteroffizier einen Kuli-trupp. Die Kulis waren Zwergen, hatten starke weiße Zähne und gebogte runde kleine Schultern. Ihre Gesichter waren seltsam und angstlich, mit hervorstehenden Backenknochen und fast ohne Stirne. Ihre schwarzen Augen funkelten. Sie rannten hin und her, der gutturalen japanischen Stimme gehorcht.

"Die billigste Arbeitskraft, die es gibt" — brummte mein Vater — "das ist das Ende der Yankee-Matrosen".

Der alte Oden mit seinen Schäßen war verschwunden, denn was taten diese Kulis? Handhabten sie Gold und Gewürze? O nein! Sie liegten in dem Frachtraum ein Automobil hinab, das von Dayton, Ohio, nach Neu-Süd-Wales verhandelt wurde. Verschwunden waren Feigen und Mandeln, Indigo, Eisenblei und Schildpatt. In die nahezu neuen Geschäftshäuser, die mein Vater führte, trug er Waren, wie Stacheldraht, Kessel, Waggonräder, Gasmaschinen, Kinderwagen und Karrenfahrräder ein. Ich ergoßte mich an diesen prahlischen Dingen, verglich sie mit dem sternenhellen Ozeanpab, über den sie riefen, mit den malerischen Orten, deren Schönheit sie verbreiten werden.

Ich füllte die Szene mit allen Einzelheiten, je gresser und realistischer, desto besser, mit der wuchtenden Silhouette des neuesten Manhattan, der neuen höchsten Eisenbrücke, mit all den modernen Dampfschiffen, Schleppern, Flugbooten, Sunddampfern, die alle feuchten und Rauch spien. Ich sah da wie ein Stenograph, nahm das Diktat des Hafens auf, brachte seine schrattende Stimme, seine manigfachen Grüche. All dies sammelte ich, die Augen auf die Seefluss gehetet.

Und bei der herreibenden Dämmerung eines Wintertages Jahren wie sie fort „segeln“. Sie machte sich in angstlicher, quälender Hoffnung los, unter dem Grunzen und Stöhnen ungähnlicher Dampfwinden. Ihr Anter rasselte auf, sie watschelte weiter. Schleppdampfer blieben ihr Rauch und Dampf ins Gesicht. Sie fuhr nicht aus, denn wie könnte einer Sau ausfahren? Sie verließ einfach den Hafen. Es gab keine Lieder, keine Abschiedsworte — bloß ein Mann in Hemdsärmeln rief von der Landungsbrücke einem Mann auf dem Verdeck zu: „Leb wohl, May, auf Wiedersehen im Frühling!“, und ging dann an seine Arbeit zurück.

Als des Tages Schaffen zu Ende war, begab ich mich in den Dach-Speicher. Meines Vaters einstige Besitz ruhte für eine Weile; die Entweihung war von ihm genommen. Der Speicher war leer, dunkel und still. Die acht großen Schlebetüren waren geschlossen, nur durch die verstaubten Oberflächen fiel milde Helle. Von der Decke hingen lange Streifen Segelsleinwand herab, im Schatten pendelten Tropfen. Ein gewaltiges rhythmisches Krachen durchschüttete den Raum nach mich den Ozean ahnen, den alten Ozean, unter dem alten Dach. Die Vergangenheit verließ diesen Ort etwas Unheimliches.

„Schwacher würziger Duft“ — notierte ich, in der Finsternis verharrend. — „Die Geister längst entzundener Zeiten.“ — Der leise Widerhall alter Chanties, von Yankee-Matrosen gesungen — Romantik — Geheimnis.“

(Fortsetzung folgt.)

Neue Musik.

Von Felix Stößinger (Berlin).

Vor hundert Jahren prägte Grillparzer ein Wort, das heute noch wahr geblieben ist, nämlich, daß die deutsche Kunst alle zehn Jahre eine neue Richtung hervorbringt.

Die Richtigkeit dieses Wortes ist durch die Gegenwart nicht erschüttert, sondern bestätigt worden. Die Kunst in allen Ländern wechselt heute alle zehn, manchmal alle fünf Jahre ihre Form, ihre Ziele, ihre Ausdrucksmitte.

Freilich ist es nach Philisterart leicht, darüber zu spotten, und den Künstlern — immer unter Berufung auf die klassische Vergangenheit — das Vertrauen zu verweigern. Aber erstens ist das nun schon seit hundertzig Jahren der Fall, und in dieser Zeit ist doch manches von Dauer geschaffen worden. Und trotzdem sind im Leben von Lessing, Klopstock, Schiller, Hölderlin, Goethe, in der Kunst von Handel, Mozart, Beethoven, Schumann, Wagner stets drei, ja auch fünf und sechs verschiedene Perioden zu unterscheiden, ein Beweis, daß es stets in der Entwicklung einen sehr großen Wechsel, eine sehr schnelle Folge stilistischer Veränderungen gegeben hat. Zweitens lebt aber gerade uns Sozialisten die ökonomische Geschichtsaufschaffung die Ursachen eines solchen „Modewechsels“ verfehlt.

Heute gilt ein Jahr viel weniger als noch vor einigen Jahrzehnten. Der Kapitalismus entwickelt sich mit zunehmender Schnelligkeit und bedingt fast pausenlos die gewaltigsten Veränderungen unseres Seelenlebens. Seine Krisen und seine Prosperitätszeiten erzeugen ebenso wie Perioden politischer Reaktion und politischen Fortschritts, die Menschen, die von dieser Entwicklung mit fort-

gerissen werden, erfahren die schnellsten Veränderungen ihres Seelenlebens, und da nun einmal der Mensch die Welt nur durch den Kopf, durch das Herz, durch den Geist, durch die Idee begreifen kann, spiegeln sich alle Veränderungen der äußeren Welt in dem Streben und Schaffen der Kunst wieder.

Der Künstler, der in seiner Sensibilität ein seines Reaktionssorgans aller Zeitschwellungen ist, geht daher dem allgemeinen Gesellschaftsleben immer voraus. Künstlerisch geliebt bedeutet das in der heutigen exklusiven und individualistischen Kultur, daß der Künstler stets auf der Suche nach einem neuen Ausdruck ist, den die große Allgemeinheit erst später, manchmal erst nach vielen Jahren entdeckt.

Das ist so und das wird solange bleiben, als sich alle Dinge im Fluß befinden; erst wenn sich die ökonomisch Kultur wieder in einem längeren Ruhestand befinden wird, wird auch die geistige Kultur wieder die große Ruhe, die Erhabenheit, die Klassizität der edel bewunderten alten Kulturen der Vergangenheit haben. Darin liegt ein großer Teil des Geheimnisses der alten mächtigen Kulturen, sei es die von China, Indien, Ägypten, Griechenland, des europäischen Zeitalters der Gotik (13., 14. Jahrhundert). Diese großen und bewundernswürdigen Einheiten sind für uns allerdings heute etwas Unerreichbares. Daher bewundern wir sie so, daher lehnen sich heute die jungen Künstler, die modernen Menschen nach diesen Zeiten; daher ist solche kulturelle Einheit das Ideal aller derer, die heute kulturell tätig sind.

Wie alle Künste befindet sich auch die Musik seit Jahren in einem solchen Strom der Wandlungen. Das Jahrhundert begann mit Beethoven, aber schnell folgten Berlioz und Wagner, um unserm Ohr mit ganz neuen Klängen zu sagen, was der romantische und der pessimistische, der monumentale und der decadente Mensch dieses Zeitalters fühlten.

Alles das ist schon klassisch geworden; klassisch ist auch die Musik von Richard Strauss und Gustav Mahler geworden, die ja längst auch in den Arbeiterkonzerten in Berlin, Leipzig und Wien und andern Städten zum Repertoire unserer Konzerte gehört.

Aber so wie es erst wenige Jahre her ist, daß man erst Strauss, dann Mahler liebte, das „Ende“ der Musik prophezeite und gegen die Moderne die Klassik ausplante (steht ein billiges Vergrößen), so ergeht es jetzt den Neuesten. Freilich ist unter Ohr heute ganz anders geschaut. Das Gefühl für Dissonanzen, für die Aushebung der Tonalität (das heißt der Tonarteneinheit) ist kaum noch vorhanden, und was vor wenigen Jahren auch von den Fachfreunden der Moderne unerträglich, unverträglich gefunden wurde, ist in wenigen Jahren fast normal geworden.

Für die Pflanze der modernen Musik ist in den letzten Jahren in Berlin sehr viel geschehen. Fast jedes Talent wurde oft und gründlich gefördert und zahlreiche Vereinigungen haben abseits vom alltäglichen, offiziellen Musikbetrieb den Weg ins Unbekannte gesucht. Daß dies gelang, ist nicht zum wenigsten das Verdienst einzelner Berliner Musikkritiker, besonders von Professor Adolf Weismann, die selbst das Neue wollten, und es daher mit Liebe und Verständnis gefördert haben. Selbstlos und aufopferndes Werk hat auch die Gemeinschaft zur Freiheit gespielt, die gegenwärtig die Klassik ausplante (steht ein billiges Vergrößen), so ergeht es jetzt den Neuesten. Freilich ist unter Ohr heute ganz anders geschaut. Das Gefühl für Dissonanzen, für die Aushebung der Tonalität (das heißt der Tonarteneinheit) ist kaum noch vorhanden, und was vor wenigen Jahren auch von den Fachfreunden der Moderne unerträglich, unverträglich gefunden wurde, ist in wenigen Jahren fast normal geworden.

Für die Pflanze der modernen Musik ist in den letzten Jahren in Berlin sehr viel geschehen. Fast jedes Talent wurde oft und gründlich gefördert und zahlreiche Vereinigungen haben abseits vom alltäglichen, offiziellen Musikbetrieb den Weg ins Unbekannte gesucht. Daß dies gelang, ist nicht zum wenigsten das Verdienst einzelner Berliner Musikkritiker, besonders von Professor Adolf Weismann, die selbst das Neue wollten, und es daher mit Liebe und Verständnis gefördert haben. Selbstlos und aufopferndes Werk hat auch die Gemeinschaft zur Freiheit gespielt, die gegenwärtig die Klassik ausplante (steht ein billiges Vergrößen), so ergeht es jetzt den Neuesten. Freilich ist unter Ohr heute ganz anders geschaut. Das Gefühl für Dissonanzen, für die Aushebung der Tonalität (das heißt der Tonarteneinheit) ist kaum noch vorhanden, und was vor wenigen Jahren auch von den Fachfreunden der Moderne unerträglich, unverträglich gefunden wurde, ist in wenigen Jahren fast normal geworden.

Für die Pflanze der modernen Musik ist in den letzten Jahren in Berlin sehr viel geschehen. Fast jedes Talent wurde oft und gründlich gefördert und zahlreiche Vereinigungen haben abseits vom alltäglichen, offiziellen Musikbetrieb den Weg ins Unbekannte gesucht. Daß dies gelang, ist nicht zum wenigsten das Verdienst einzelner Berliner Musikkritiker, besonders von Professor Adolf Weismann, die selbst das Neue wollten, und es daher mit Liebe und Verständnis gefördert haben. Selbstlos und aufopferndes Werk hat auch die Gemeinschaft zur Freiheit gespielt, die gegenwärtig die Klassik ausplante (steht ein billiges Vergrößen), so ergeht es jetzt den Neuesten. Freilich ist unter Ohr heute ganz anders geschaut. Das Gefühl für Dissonanzen, für die Aushebung der Tonalität (das heißt der Tonarteneinheit) ist kaum noch vorhanden, und was vor wenigen Jahren auch von den Fachfreunden der Moderne unerträglich, unverträglich gefunden wurde, ist in wenigen Jahren fast normal geworden.

Für die Pflanze der modernen Musik ist in den letzten Jahren in Berlin sehr viel geschehen. Fast jedes Talent wurde oft und gründlich gefördert und zahlreiche Vereinigungen haben abseits vom alltäglichen, offiziellen Musikbetrieb den Weg ins Unbekannte gesucht. Daß dies gelang, ist nicht zum wenigsten das Verdienst einzelner Berliner Musikkritiker, besonders von Professor Adolf Weismann, die selbst das Neue wollten, und es daher mit Liebe und Verständnis gefördert haben. Selbstlos und aufopferndes Werk hat auch die Gemeinschaft zur Freiheit gespielt, die gegenwärtig die Klassik ausplante (steht ein billiges Vergrößen), so ergeht es jetzt den Neuesten. Freilich ist unter Ohr heute ganz anders geschaut. Das Gefühl für Dissonanzen, für die Aushebung der Tonalität (das heißt der Tonarteneinheit) ist kaum noch vorhanden, und was vor wenigen Jahren auch von den Fachfreunden der Moderne unerträglich, unverträglich gefunden wurde, ist in wenigen Jahren fast normal geworden.

Für die Pflanze der modernen Musik ist in den letzten Jahren in Berlin sehr viel geschehen. Fast jedes Talent wurde oft und gründlich gefördert und zahlreiche Vereinigungen haben abseits vom alltäglichen, offiziellen Musikbetrieb den Weg ins Unbekannte gesucht. Daß dies gelang, ist nicht zum wenigsten das Verdienst einzelner Berliner Musikkritiker, besonders von Professor Adolf Weismann, die selbst das Neue wollten, und es daher mit Liebe und Verständnis gefördert haben. Selbstlos und aufopferndes Werk hat auch die Gemeinschaft zur Freiheit gespielt, die gegenwärtig die Klassik ausplante (steht ein billiges Vergrößen), so ergeht es jetzt den Neuesten. Freilich ist unter Ohr heute ganz anders geschaut. Das Gefühl für Dissonanzen, für die Aushebung der Tonalität (das heißt der Tonarteneinheit) ist kaum noch vorhanden, und was vor wenigen Jahren auch von den Fachfreunden der Moderne unerträglich, unverträglich gefunden wurde, ist in wenigen Jahren fast normal geworden.

Für die Pflanze der modernen Musik ist in den letzten Jahren in Berlin sehr viel geschehen. Fast jedes Talent wurde oft und gründlich gefördert und zahlreiche Vereinigungen haben abseits vom alltäglichen, offiziellen Musikbetrieb den Weg ins Unbekannte gesucht. Daß dies gelang, ist nicht zum wenigsten das Verdienst einzelner Berliner Musikkritiker, besonders von Professor Adolf Weismann, die selbst das Neue wollten, und es daher mit Liebe und Verständnis gefördert haben. Selbstlos und aufopferndes Werk hat auch die Gemeinschaft zur Freiheit gespielt, die gegenwärtig die Klassik ausplante (steht ein billiges Vergrößen), so ergeht es jetzt den Neuesten. Freilich ist unter Ohr heute ganz anders geschaut. Das Gefühl für Dissonanzen, für die Aushebung der Tonalität (das heißt der Tonarteneinheit) ist kaum noch vorhanden, und was vor wenigen Jahren auch von den Fachfreunden der Moderne unerträglich, unverträglich gefunden wurde, ist in wenigen Jahren fast normal geworden.

Für die Pflanze der modernen Musik ist in den letzten Jahren in Berlin sehr viel geschehen. Fast jedes Talent wurde oft und gründlich gefördert und zahlreiche Vereinigungen haben abseits vom alltäglichen, offiziellen Musikbetrieb den Weg ins Unbekannte gesucht. Daß dies gelang, ist nicht zum wenigsten das Verdienst einzelner Berliner Musikkritiker, besonders von Professor Adolf Weismann, die selbst das Neue wollten, und es daher mit Liebe und Verständnis gefördert haben. Selbstlos und aufopferndes Werk hat auch die Gemeinschaft zur Freiheit gespielt, die gegenwärtig die Klassik ausplante (steht ein billiges Vergrößen), so ergeht es jetzt den Neuesten. Freilich ist unter Ohr heute ganz anders geschaut. Das Gefühl für Dissonanzen, für die Aushebung der Tonalität (das heißt der Tonarteneinheit) ist kaum noch vorhanden, und was vor wenigen Jahren auch von den Fachfreunden der Moderne unerträglich, unverträglich gefunden wurde, ist in wenigen Jahren fast normal geworden.

Für die Pflanze der modernen Musik ist in den letzten Jahren in Berlin sehr viel geschehen. Fast jedes Talent wurde oft und gründlich gefördert und zahlreiche Vereinigungen haben abseits vom alltäglichen, offiziellen Musikbetrieb den Weg ins Unbekannte gesucht. Daß dies gelang, ist nicht zum wenigsten das Verdienst einzelner Berliner Musikkritiker, besonders von Professor Adolf Weismann, die selbst das Neue wollten, und es daher mit Liebe und Verständnis gefördert haben. Selbstlos und aufopferndes Werk hat auch die Gemeinschaft zur Freiheit gespielt, die gegenwärtig die Klassik ausplante (steht ein billiges Vergrößen), so ergeht es jetzt den Neuesten. Freilich ist unter Ohr heute ganz anders geschaut. Das Gefühl für Dissonanzen, für die Aushebung der Tonalität (das heißt der Tonarteneinheit) ist kaum noch vorhanden, und was vor wenigen Jahren auch von den Fachfreunden der Moderne unerträglich, unverträglich gefunden wurde, ist in wenigen Jahren fast normal geworden.

Für die Pflanze der modernen Musik ist in den letzten Jahren in Berlin sehr viel geschehen. Fast jedes Talent wurde oft und gründlich gefördert und zahlreiche Vereinigungen haben abseits vom alltäglichen, offiziellen Musikbetrieb den Weg ins Unbekannte gesucht. Daß dies gelang, ist nicht zum wenigsten das Verdienst einzelner Berliner Musikkritiker, besonders von Professor Adolf Weismann, die selbst das Neue wollten, und es daher mit Liebe und Verständnis gefördert haben. Selbstlos und aufopferndes Werk hat auch die Gemeinschaft zur Freiheit gespielt, die gegenwärtig die Klassik ausplante (steht ein billiges Vergrößen), so ergeht es jetzt den Neuesten. Freilich ist unter Ohr heute ganz anders geschaut. Das Gefühl für Dissonanzen, für die Aushebung der Tonalität (das heißt der Tonarteneinheit) ist kaum noch vorhanden, und was vor wenigen Jahren auch von den Fachfreunden der Moderne unerträglich, unverträglich gefunden wurde, ist in wenigen Jahren fast normal geworden.

Für die Pflanze der modernen Musik ist in den letzten Jahren in Berlin sehr viel geschehen. Fast jedes Talent wurde oft und gründlich gefördert und zahlreiche Vereinigungen haben abseits vom alltäglichen, offiziellen Musikbetrieb den Weg ins Unbekannte gesucht. Daß dies gelang, ist nicht zum wenigsten das Verdienst einzelner Berliner Musikkritiker, besonders von Professor Adolf Weismann, die selbst das Neue wollten, und es daher mit Liebe und Verständnis gefördert haben. Selbstlos und aufopferndes Werk hat auch die Gemeinschaft zur Freiheit gespielt, die gegenwärtig die Klassik ausplante (steht ein billiges Vergrößen), so ergeht es jetzt den Neuesten. Freilich ist unter Ohr heute ganz anders geschaut. Das Gefühl für Dissonanzen, für die Aushebung der Tonalität (das heißt der Tonarteneinheit) ist kaum noch vorhanden, und was vor wenigen Jahren auch von den Fachfreunden der Moderne unerträglich, unverträglich gefunden wurde, ist in wenigen Jahren fast normal geworden.

Für die Pflanze der modernen Musik ist in den letzten Jahren in Berlin sehr viel geschehen. Fast jedes Talent wurde oft und gründlich gefördert und zahlreiche Vereinigungen haben abseits vom alltäglichen, offiziellen Musikbetrieb den Weg ins Unbekannte gesucht. Daß dies gelang, ist nicht zum wenigsten das Verdienst einzelner Berliner Musikkritiker, besonders von Professor Adolf Weismann, die selbst das Neue wollten, und es daher mit Liebe und Verständnis gefördert haben. Selbstlos und aufopferndes Werk hat auch die Gemeinschaft zur Freiheit gespielt, die gegenwärtig die Klassik ausplante (steht ein billiges Vergrößen), so ergeht es jetzt den Neuesten. Freilich ist unter Ohr heute ganz anders geschaut. Das Gefühl für Dissonanzen, für die Aushebung der Tonalität (das heißt der Tonarteneinheit) ist kaum noch vorhanden, und was vor wenigen Jahren auch von den Fachfreunden der Moderne unerträglich, unverträglich gefunden wurde, ist in wenigen Jahren fast normal geworden.

Für die Pflanze der modernen Musik ist in den letzten Jahren in Berlin sehr viel geschehen. Fast jedes Talent wurde oft und gründlich gefördert und zahlreiche Vereinigungen haben abseits vom alltäglichen, offiziellen Musikbetrieb den Weg ins Unbekannte gesucht. Daß dies gelang, ist nicht zum wenigsten das Verdienst einzelner Berliner Musikkritiker, besonders von Professor Adolf Weismann, die selbst das Neue wollten, und es daher mit Liebe und Verständnis gefördert haben. Selbstlos und aufopferndes Werk hat auch die Gemeinschaft zur Freiheit gespielt, die gegenwärtig die Klassik ausplante (steht ein billiges Vergrößen), so ergeht es jetzt den Neuesten. Freilich ist unter Ohr heute ganz anders geschaut. Das Gefühl für Dissonanzen, für die Aushebung der Tonalität (das heißt der Tonarteneinheit) ist kaum noch vorhanden, und was vor wenigen Jahren auch von den Fachfreunden der Moderne unerträglich, unverträglich gefunden wurde, ist in wenigen Jahren fast normal geworden.

Für die Pflanze der modernen Musik ist in den letzten Jahren in Berlin sehr viel geschehen. Fast jedes Talent wurde oft und gründlich gefördert und zahlreiche Vereinigungen haben abseits vom alltäglichen, offiziellen Musikbetrieb den Weg ins Unbekannte gesucht. Daß dies gelang, ist nicht zum wenigsten das Verdienst einzelner Berliner Musikkritiker, besonders von Professor Adolf Weismann, die selbst das Neue wollten, und es daher mit Liebe und Verständnis gefördert haben. Selbstlos und aufopferndes Werk hat auch die Gemeinschaft zur Freiheit gespielt, die gegenwärtig die Klassik ausplante (steht ein billiges Vergrößen), so ergeht es jetzt den Neuesten. Freilich ist unter Ohr heute ganz anders geschaut. Das Gefühl für Dissonanzen, für die Aushebung der Tonalität (das heißt der Tonarteneinheit) ist kaum noch vorhanden, und was vor wenigen Jahren auch von den Fachfreunden der Moderne unerträglich, unverträglich gefunden wurde, ist in wenigen Jahren fast normal geworden.

Für die Pflanze der modernen Musik ist in den letzten Jahren in Berlin sehr viel geschehen. Fast jedes Talent wurde oft und gründlich gefördert und zahlreiche Vereinigungen haben abseits vom alltäglichen, offiziellen Musikbetrieb den Weg ins Unbekannte gesucht. Daß dies gelang, ist nicht zum wenigsten das Verdienst einzelner Berliner Musikkritiker, besonders von Professor Adolf Weismann, die selbst das

Der Eisenbahner freit vor dem Reichsdisziplinarhof.

Leipzig, 14. Dezember.

Heute wurde vor dem Reichsdisziplinarhof unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simon's die Verurteilung des Zugführers Heinrich Küller in Neulinghausen gegen das Urteil der Reichsdisziplinarkammer in Münster, das auf Dienstentlassung lautet, verhandelt.

Von vornherein teilte der Verteidiger, Justizrat Dr. Drucker mit, daß gegen einen wichtigen Beauftragten, nämlich gegen den Zentrumspartei-Politiker Bitter, das Weineinsatzverfahren eingeleitet ist. Vorbehaltlich späterer Entschließung trat der Disziplinarhof zunächst in die Verhandlung ein.

Das Urteil führte gegen K. an: Er habe an der Fortsetzung des Streits mitgewirkt, er war Vorsitzender der Ortsgruppe der Reichsgewerkschaft. Er hat Versammlungen einberufen und Flugblätter verbreitet. Nach Aufhebung der gegen ihn verhängten Schmach habe er die Streitleitung wieder übernommen, als Redner sei er in Versammlungen für den Streit eingetreten. In einer Versammlung der Postbeamten am 3. Februar habe K. erklärt, der Streit müsse unter allen Umständen durchgeführt werden. Am 4. Februar habe der Angeklagte die Fortsetzung, die Mischläufe laufen zu lassen, abgelehnt, weil der Stellvertreter das Verbrechen des Bahnhofsverbots verboten worden sei. Auf die Bemerkung des Obervergessermeisters Hamm, daß das Verbot dann aufgehoben wurde, habe K. höhnisch gefordert, daß der Betrieb der Aussicht der Streitenden unterstellt und die Technische Notizie ausdrücklich gezeigt werde. Dieses Forderungen seien nur gestellt worden, weil sie unerfüllbar waren. In einer Versammlung der Weichensteller am 5. Februar habe der Angeklagte gesagt: „Wenn wir verreisen, sollen auch die andern verreisen“. Am 7. Februar habe K. in einer Versammlung geläufigt, er wolle die Regierung nicht stützen, aber sie könne liegen, wenn die Forderungen nicht bewilligt würden. In der Begründung des Urteils der ersten Instanz wird ausgegeben, daß weniger Einflüsse glauben könnten, die Beamten hätten das Streitrecht. Wenn der Angeklagte nur gestreift hätte, würde er nicht zu bestrafen gewesen sein. Aber er war Streifführer und hatte dadurch das Leben großer Gewölterungsstreife gefährdet. Durch dieses frevelhafte Ausbäumen habe er sich als Beamter unvölkig gemacht.

Vor dem Disziplinarhof bestritt K., Führer des Streits gewesen zu sein. Er war nur Vorsitzender, zu Streifführern wurde jeden Tag ein anderer gewählt. Er habe lediglich den Streitbefehl von Berlin mitgeteilt und über den Streit abstimmen lassen. Dann habe er zur Ruhe und Ordnung aufgefordert. Er gibt zu, darauf gesehen zu haben, daß die Streitenden auch im Streit verbleben. Wenn er einmal die Aufruhr getan habe: „Wenn wir verreisen, so sollen die andern auch verreisen“, so habe er nicht die Kinder gemeint, sondern die G. d. E., also die gegnerische Organisation. Von den zwei Entlassen des Reichsverkehrsministers im Dezember 1921 und Januar 1922 will er keine Kenntnis gehabt haben. Von der Verordnung des Reichspräsidenten habe er erst nach Ausbruch des Streits Kenntnis erhalten.

Justizrat Dr. Drucker erklärt, daß auf Grund seiner juristischen Überzeugung ein Streitrecht der Beamten nicht bestehe. Der Angeklagte war aber des guten Glaubens, daß der Streit erlaubt sei. Deshalb sei die schwerste Strafe unangemessen und er beantragte die Freisprechung. Der zweite Verteidiger, Justizrat Sonnenfeld-Berlin, verbreitete sich über das Streitrecht und beantragte höchstens eine geringe Strafe.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft verteidigte die Ansicht, daß der gute Glaube, die Beamten hätten das Streitrecht, angesichts der Verordnungen des Reichsverkehrsministers nicht strafdestreitig sei. Durch das hinterlistige des guten Glaubens würden sonst alle Verordnungen illusorisch gemacht. Der Angeklagte sei von Anfang an verböhl und fanatisch für den Streit eingetreten. Er glaubt nicht, daß der Angeklagte keine Kenntnis von den Verordnungen gehabt habe. Er erachtet, das Urteil der Disziplinarkammer aufrecht zu erhalten.

Die zweite Sache betraf die Lokomotivführer Otto Döckmann und Wilhelm Seehaus aus Wittenberge. Es handelt sich hier um dieselbe Materie. Die beiden Angeklagten sind von der Reichsdisziplinarkammer Potsdam zur Dienstentlassung verurteilt worden, weil sie ebenfalls als Streifführer tätig gewesen sind. Sie waren Mitglieder des Beamtenrates, Döckmann außerdem Vorsitzender der Ortsgruppe des Lokomotivführerverbands. Dieser hat eine Versammlung einberufen, den Streitbefehl bekanntgegeben. Arbeitswillige Kollegen seien zu belehren und zum Anschluß an den Streit zu bewegen. Die Zentralen habe zu entscheiden, wann die Arbeit wieder aufgenommen wird. Seehaus und Döckmann begaben sich 12 Uhr nachts zum Bahnhof und wurden vom Baurat Martens empfangen, dem sie sagten, sie seien Beauftragte der Streitleitung. Die Verordnungen des Reichsverkehrsministers hätten sie rechtzeitig gekannt. Weiter wird ihnen zum Vorwurf gemacht, daß sie nach Abbruch des

Streits auch nicht alsbald wieder die Arbeit aufgenommen hätten. Großer Schaden sei dadurch entstanden, daß sie nicht für die Notstandsarbeiten an den Lokomotiven gesorgt haben. Bezüglich der Verfolgung des Reichsverkehrsministers, daß die Streitenden sich als entlassen zu betrachten haben, soll Seehaus geläufigt haben, es solle sich niemand beeinflussen lassen, nach dem Streit seien sie alle wieder im Dienst nötig. Die Arbeit würde nicht eher wieder aufgenommen, bis mit den Führern verhandelt worden sei. Keiner dürfe aus sagen, daß er zum Streit aufgefordert habe oder daß er Streifführer gewesen sei. Beide Angeklagten haben Streitposten verteilt. Sie haben erklärt, die Kollegen hätten die Pflicht, auszuhalten. Es müsse Harde bekannt werden.

Die Angeklagten erklären, sie seien keine Führer, sondern nur Beauftragte gewesen. Wenn sie nicht so gehandelt hätten, wären sie persönlich gefährdet gewesen. Ihre Amtier als Beamte hätten sie beim Streitaustritt niedergelegt. Den Hauptzeugen Thiele erklären sie als minderwertig. Wenn die Beamten kein Streitrecht haben, so hätte die Regierung darüber Auskunft geben müssen.

Der Verteidiger, Dr. Drucker, hob hervor, daß die Angeklagten in den Versammlungen für ruhigen und ordnungsmäßigen Verlauf der Bewegung gewarnt haben, darum seien sie nicht als unvölkig zu betrachten. Er beantragte Freisprechung. In demselben Sinne sprach Justizrat Dr. Sonnenfeld. Die Angeklagten waren als Beamtenräte verpflichtet, für das Vereinigungsrecht der Beamten einzutreten.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft erklärte das erstenstaatliche Urteil sei richtig und klar. Die Angeklagten hätten sich von ihren Pflichten als Beamtenräte dadurch gedrängt, daß sie bei Ausbruch des Streits ihre Amtier niedergelegt. Sie hätten gerade die Pflicht gehabt, den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren.

Das Urteil wurde in beiden Fällen abgeändert. Es lautete auf Verfolgung in ein andres Amt von gleichem Rang, bei Künstler mit Verkürzung des Dienstlohnmonats um ein Jahr, bei Deichmann und Seehaus auf je 3000 M. Geldstrafe. Prinzipiell wurde in der Begründung folgendes angeführt: Ein Streitrecht habe den Beamten nicht zu, es steht im Widerspruch zur Staatsordnung. Der Beamte hat nur das Recht auf den geordneten Weg, auch auf Petitionen. Er darf nicht mit Gewaltmaßregeln drohen und darf sich nicht in Widerspruch setzen mit dem Wohl der Gemeinschaft. Die Verfassung gewährt nur das Versammlungs- und Vereinsrecht. Der gute Glaube ist den Angeklagten nicht zugebilligt worden. Der Gesetzgebungs- und Treue zum Staat gegangen. Deshalb mußte Verurteilung erfolgen, aber die Strafe der Dienstentlassung erscheint als zu hoch, weil die falsche Reichsanshaltung der Angeklagten entstanden ist durch die nicht klare Haltung der Reichseisenbahnverwaltung in dieser Frage. Durch den Streit ist das Wohl des Volks sehr gefährdet worden. Deshalb mußte Strafverfolgung erfolgen. Künstler als Streifführer war schwerer zu bestrafen als Deichmann und Seehaus, die nur Beauftragte waren.

Aus der Umgebung.

Sitzung des Bezirksausschusses.

Erhöhung des Brotpreises.

In der gestrigen Sitzung des Bezirksausschusses wurde beschlossen, die Brotmenge von 2000 Gramm auf 1800 Gramm herabzusetzen. Die Kreishauptmannschaft ist der einzige Bezirk, der noch 2000 Gramm Brot gewährt. Das ist aber nicht aufrechtzuerhalten. Auch sonst ergaben sich Schwierigkeiten daraus, z. B. die, daß die Bäcker in Brandis 1800-Gramm-Brote herstellen, aber 4-Pfundbrote berechnen, wenn sie nach Leipzig liefern. Ferner wurde beschlossen, den Preis für das Pfund Schwarzbrod von 70 auf 77 M. zu erhöhen. Zu dieser Regelung sah man sich infolge der gestiegenen Brotlöhne gezwungen. Der Brotlohn ist von 4200 M. auf 5000 M. pro Doppelzentner gestiegen. 350 Gramm Weizenmehl werde in Zukunft 67 M. kosten, bisher 60 M. Die neuen Brotpreise und die Brotkarten sollen später nur zeitweilig hergestellt werden. Folgende Preise dürfen mit Beginn der Marke 7 der bis zum 29. Januar 1923 gültigen Brotkarten nicht überschritten werden: 100 Kilogramm Roggenvieh 18 000 M., 100 Kilogramm Weizenmehl 18 000 M., 1 Pfund Schwarzbrod 77 M., 1400 Gramm Schwarzbrod 215 M., 1900 Gramm Schwarzbrod 222 M., 1 Semmel zu 65 Gramm 12,50 M., 350 Gramm Weizenmehl 67 M., 350 Gramm Roggenvieh 65 M.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Tagesordnung betraf die Wohnungsbauabgabe, deren Erhebung durch die Gemeinden in Form von Zuschlägen durch eine Verordnung der Regierung zugelassen ist. Die Gemeinden Podelwitz, Großstädteln, Oelsch-Marsleberg und Liebertwolkwitz haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und Nachträge zur Gemeindesteuerordnung be-

schlossen. Diese wurde zwar genehmigt, aber die Verordnung wurde teilweise abfällig beurteilt. Mindestens soll gefordert werden, daß noch ein Hörtexparagraph zugesetzt wird, wonach die Landgemeinden breitseit der freizulösenden Grenze der Michelhöhe nicht schlechter gestellt sein sollen, als Großstädte.

Ferner wurde beschlossen, dem Ausschuß bei der Kreishauptmannschaft zur Feststellung der Teuerungszuschläge zu den Grundgebühren der Schornsteinseiger Ermäßigung zu erteilen. Dabei wurde gegen 1 Stimme beschlossen, der Kreishauptmannschaft die Anregung zu geben, die Schornsteinreinigung in eigene Regie zu nehmen und die Schornsteinseiger vom Staat anzustellen. Der Mietshausmann wies dabei darauf hin, daß dann eine völlig neue Einteilung der Rechte vorgenommen werden müsse.

Zum übrigen wurde noch eine Reihe minder wichtiger Ortsgekte genehmigt.

hr. Deichs-Marsleberg. Zug dem Gemeinderat. Gegen das Geschäftsbaren der Reichsbahnverwaltung, die den Fahrpreis Leipzig-Bayerischer Bahnhof-Deichs nach 11 Kilometern berechnet, während die Strecke nur 7 Kilometer lang ist, soll Pro-Joist eingezogen werden. Durch diese Berechnungsart schadet die Bahn ganz erhebliche Summen gerade aus den Kreisen der Bevölkerung, die die Bahn jeden Tag benötigen müssen, um zur Arbeitsstätte zu gelangen. Dem Wunsche der Schulverwaltung, die Polizeihäusche aus dem Schulgebäude zu entfernen, wurde nicht entsprochen. Die gesamte Rechte stimmt gegen Aufhebung. Die Bürgerlichen Herren sind in dieser Beziehung sehr vorsichtig. Die Obigartenanlage erhält einen Kellerbau. Der Wassergutsleiter immer weiter, in hoher Einklang mit den Kohlenpreisen. Der kommunalische Antrag auf Umbenennung von Straßen wurde von den Bürgerlichen abgelehnt. Die glorreichen Namen von Monarchen und von Schieben bleiben also bis auf weiteres unserm Ort erhalten. Auch der kommunalische Antrag auf Errichtung einer Volksschule versiel gegen die Stimmen der Antragsteller der Abstimmung. Bei der geringen Beteiligung der Bevölkerung ist die Einrichtung unrentabel. Eine direkte Hilfe für die Notleidenden, die erfolgen muss, ist viel wissamer. Die leichte Beliebtheit hat übrigens bewiesen, daß man nicht nach der Schablone verschreiten darf, wenn man die wirklich Notleidenden helfen will. Die Badekreise sind vorläufig festgesetzt auf 50 M. für ein Brausebad und 100 M. für ein Wannenbad. Der Selbstkostenpreis ist nach Mitteilung des Vorstandes erreicht worden mit 107,75 M. für ein Brausebad und 215,80 M. für ein Wannenbad. Herr Hersch hat seinen Teich als Schlüsselbahn zur Verfügung gestellt.

Gauß. Für die ländlichen Vororte findet am 18. Dezember, abends 8 Uhr, im Schulsaal Gaußsch ein Elternabend statt. Herr Berufsoberer Alois und Fräulein Berufsoberin Hartwig sprechen über Berufsvorbereitung. Darauf Ausprache und Fragenbeantwortung. Es wird erwartet, daß die Eltern im Interesse ihrer Kinder zahlreich erscheinen.

Taucha. Zuckerversorgung. Nach den neuen, vom 1. Dezember an gültigen, Ausführungsbestimmungen des Wirtschaftsministeriums zur Reichsverordnung über den Verkehr mit Zucker darf der Mundauer künftig nur auf Zuckerkarten ausgegeben werden. Die Zuckerkarte ist gut aufzubewahren, da sie für das ganze restliche Wirtschaftsjahr bis zum 30. September 1923 gilt. Sie besteht aus einer Stammkarte, 4 Bezugsausweisen und 25 Abschnitten; sie ist nicht übertragbar; verlorene Karten werden nicht ersetzt. Stammkarte und Bezugsausweis sind auf der Rückseite mit Namen und Wohnung des Haushaltvorstandes oder des Einzelverbrauchers zu versehen. Für den Monat Dezember sind die Buchstaben A, B, C mit je einem Blatt Zucker zu beliefern. Die Zuckerkarte ist vor Beginn jeder Versorgungsperiode dem Kleinhändler vorzulegen, der den für die Versorgungsperiode geltenden Bezugsausweis abtrennt. Die Entnahme und Abgabe des Zuckers erfolgt gegen Abtrennung der für die Belieferung reizgegebenen Abschnitte, die ebenfalls nur von dem Kleinhändler selbst vorgenommen werden darf; schon abgetrennte Abschnitte sind ungültig. Der Verbraucher sind in der Wahl des Kleinhändlers, von dem sie den Zucker während einer Versorgungsperiode beziehen wollen, frei. Die Abgabe von Zucker darf nicht von der Abnahme anderer Waren abhängig gemacht werden. Die Belieferung des Handels mit Zucker vollzieht sich auf der Grundlage der Bezugsausweise. Für die Monate Dezember und Januar ist Bezugsausweis Nr. 1 vom Kommunalverband Leipzig-Land freigegeben worden.

Aus der Partei.

Auch ein Parlamentsjubiläum. Am 14. Dezember 1902 hielt Genosse Antic (sieht in Braunschweig) seine berühmt gewordene Abstimmung — nicht für den Abstimmungstag, sondern gegen den Abstimmstag. Die Reichstagssitzung hatte am 13. Dezember 1902, morgens 10 Uhr, begonnen, abends um 9 Uhr erhielt Genosse Antic das Wort und sprach ununterbrochen die ganze Nacht hindurch bis morgens 5 Uhr am 14. Dezember. Die Rede war der Abschluß des Österrichtungskampfes unserer Reichstagsfraktion gegen den Bruckwarter und hat damals ungeheure Aufsehen erregt. Sie füllt im amtlichen Stenogramm über 43 Seiten.

Billige Geschenkkartikel weil unter dem heutigen Tagespreis!

Blusenstoffe

aparte Muster Meter 1250.—, 950.—,

850.-

Zephir

hohe Qualität, in Streifen Meter 1250,

950.-

Praktische Rock- u. Kleiderstoffe

bewährte Strickqualitäten . . . Meter 2500.—, 2100.—,

1500.-

Reinwollener Mantelstoffs

ca. 180 cm breit, in verschiedenen Farbstellungen Meter

3900.-

Reinwollener Cheviot

ca. 180 cm breit, hohe Qualität, für Röcke, Kleider und Kostüme Meter

3650.-

Moden-Haus M. Schneider Nachf.

Baumwollene Flanell-Blusen

feine, aperte Streifen, Hemden- und Blusenform Stück

2950.-

Jumper und Heberjachen

mit langen Ärmeln, schwere Wolle Stück

5450.-

Cheviot-Kleider

reinwollene, solide Qualität, marine und bordeaux Stück

6950.-

Crêpe-de-Chine-Blusen

dunkle Farben, gestickt Stück

8500.-

Damen- und Badesch-Mäntel

reinwollene und melierte Stoffe, flotte Formen Stück

9800.-

Oph. W. Zangenberg
Grimmaische Straße 9-11

Der französische Imperialismus und die deutsche „Industrie“regierung.

Die Londoner Konferenz

Ist vertagt, die Würfel über Deutschlands Schicksal sind noch nicht gefallen. Der schwere, hartnäckige Kampf, den der französische Imperialismus seit Jahren um die Rheinlande und das Ruhrgebiet führt, ist noch nicht zur Entscheidung gelangt. Es ist die letzte Entscheidung über Deutschlands Schicksal, die am Anfang nächsten Jahres fallen wird. Und damit die Entscheidung über das Schicksal Europas.

Über der Schwere der Opfer und Bedingungen, die der Versailler Friedensvertrag Deutschland auferlegte, entging dem Bewußtsein der deutschen Oberschicht anfangs allzu optimistisch die Tatsache, daß der französische Imperialismus, gegen den innerhalb Frankreichs selbst seit den letzten Parlamentswahlen und besonders seit der verbrecherischen Spaltungspolitik Moslaus jeglicher ernsthafter Widerstand gebrochen war, sich mit dem Versailler Vertrag niemals aufzufrieden gegeben hatte und seine Früchte — Okkupation des Saargebietes aus vorerst fünfzehn Jahren und Besetzung des Rheinlandes — nur als Abschlagszahlung betrachtete. Das eigentliche, im Versailler Vertrag noch unerreichte Ziel des französischen Imperialismus blieb nach wie vor die Zerkümmerung des deutschen Einheitsstaates und die mehr oder minder offene Annexion der hochindustriellen Rhein- und Ruhrprovinzen, um auf diesem Wege die absolute politische und wirtschaftliche Vormachstellung Frankreichs in und über Europa herzustellen.

Nachdem Deutschland in schwerem Kampfe gegen seine eigenen grossindustriellen und grossagraristischen Nationalisten und Imperialisten alle andern Bedingungen des Versailler Friedensvertrages im großen ganzen einwandfrei erfüllt hatte, blieb dem französischen Imperialismus kein anderer Vorwand mehr, um auf sein eigentliches Ziel loszusteuern, als die mangelhafte Erfüllung jener Bedingungen, die mit Absicht so gestellt wurden, daß ihre Erfüllung über Deutschlands Kraft ging: der Reparationsbedingungen, Lloyd George, der damals der mächtigste Mann Europas war und den die volle Mitverantwortung nicht nur für den Versailler Friedensvertrag — in dem es ihm gelang, die extremen Forderungen des französischen Imperialismus abzuwehren —, sondern auch für die endgültige Fixierung der Reparationsverpflichtungen im Mai vorigen Jahres trifft, sucht heute vergeblich als erledigter Mann sich von seinen Sünden reinzuwaschen, indem er — o lästige Ironie — im offiziösen Blatt des Mannes, der auf deutscher Seite das schwerste Hindernis der Verständigung zwischen Deutschland und der Entente bildet, in der Deutschen Allgemeinen Zeitung des Herren Stinnes, die Fehde gegen die französischen Annexionspläne aufnimmt. Heute wird auch er, wird die ganze englische Oberschicht erkennen müssen, was die englische Arbeiterpartei von Anfang an klar und deutlich verkündete: daß die englische Regierung mit ihrer Zustimmung zum Versailler Friedensvertrag und zum Londoner Reparationsultimatum die Interessen nicht nur Europas, sondern auch Englands, nicht nur der europäischen, sondern auch der englischen Wirtschaft auf schwerste Gefahr und einzig und allein die Interessen des extremen französischen Imperialismus förderle.

Niemals wurden diese Zusammenhänge klarer als in diesen Tagen, da der französische Imperialismus seine schon lange nur halb verdeckten Karten offen aufdeckt und den vollen finanziellen Zusammenbruch Deutschlands und die Kurschwankung der deutschen Innenpolitik nach rechts geschickt ausnutzt, in energischem Angriff seine Hand nach dem Rheinland und dem Ruhrgebiet ausstreckt. Aber gerade dieser innige Zusammenhang zwischen Reparationspolitik und französischer Annexionspolitik ist es, der die Richtung der deutschen Außenpolitik, wie sie von der deutschen Sozialdemokratie seit Juni 1919 gefordert wurde und in der sogenannten Erfüllungspolitik ihre teilweise Verwirklichung fand, auf glänzendste rechtfertigt. Seit Juni 1919, dem Zeitpunkt des Friedensschlusses von Versailles, kämpft die deutsche Sozialdemokratie in scharfem Gegensatz zur deutschen Bourgeoisie dafür, daß durch eine Politik der Verständigung und des klugen Nachgebens bis an die Grenzen des Tragbaren der Annexions- und Vernichtungspolitik des französischen Imperialismus der Boden entzogen und damit mit der Aufrechterhaltung des Reichs und der mittel-europäischen Wirtschaft dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse die Grundlage, die er in der Republik gefunden, erhalten bleibt.

Und der Erfolg hat uns recht gegeben. Solange Regierungen am Ruder waren, die außenpolitisch die Linie der sozialdemokratischen Politik ungeschickt einhielten, blieb der französische Annexionspolitik, da ihr keine Angreifsfähigkeit geboten waren, jeglicher Erfolg versagt. Die Regierung Schenck-Simons hingegen, die erste rein bürgerliche Koalitionsregierung unruhigeren Angehörs, bescherte uns mit ihrer verstöckten nationalistischen Politik, die den Keim des Misserfolges von vornherein in sich trug, die Sanktionen im Rheinland, die erst die Regierung Wirth abzubauen vermochte, und die Besetzung der Rheinstädte Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg, die der französische Annexionsismus noch heute als Stützpunkte für den Aufmarsch im Ruhrgebiet in der Hand hält.

Und heute sehen wir dasselbe Bild: Kaum ist die Regierung Wirth durch die Intrigen der Großbourgeoisie, an denen die französische Imperialismuskreise tätigen Anteil haben, zu Fall gebracht und eine rechtsbürglerische Regierung, an der eine sozialdemokratische Partei unmöglich teilnehmen kann, in den Sattel gelangt, Hugo ergreift Chauvin die günstige Gelegenheit und strekt seine Hand nach dem Rhein und der Ruhr aus. Aber inzwischen sind die Zeiten doch andre geworden. Die Regierung Cuno sieht sich, anders als die Regierung Schenck-Simons, einer gezielten, fest zur Opposition gegen alle nationalistischen und antisozialen Übergriffe entschlossenen sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegenüber und sie muß dem Nachdruck tragen, indem sie, lehrt gegen den Willen der Kreise, denen sie ihre Entstehung verdankt, die außenpolitische Linie der Regierung Wirth im großen und ganzen noch nicht zu verlassen wagte. Das beweist die Note über Ingolstadt-Bassan, das beweisen ihre Initiativvorschläge in London, die in einer Richtung einen, wenn auch nur bescheidenen Fortschritt bedeutet.

Die Vorschläge der Reichsregierung in London.

Schon an der Note der Regierung Wirth vom 13. November,

noch mehr aber an der bisherigen Haltung der Regierung Cuno müssten wir als außenpolitisch untragbar angesehen werden. Die bedrohliche Haltung Frankreichs rügt, daß die deutschen Reparationsvorschläge an drei Bedingungen geknüpft waren: an die endgültige Regelung der Reparationsfrage, an das Zustandekommen einer auswärtigen Anleihe an Deutschland zu Stabilisierungszwecken und an die — Deutschland im Versailler Friedensvertrag versiegte — Gleichberechtigung im internationalen Handelsverkehr. Zwei von diesen drei Bedingungen wurden von der deutschen Regierung in London fallengelassen. Nach der Ankündigung des Reichsfinanzministers Hermann erklärte sie sich zu einer „Zwischenlösung“ für einige Jahre bereit, ja, die deutschen Vorschläge in London begnügten sich mit einem Moratorium von vorläufig bloß zwei Jahren — in diesem Punkt mit den französischen Vorschlägen übereinstimmend, während man in England bekanntlich an ein längerwährendes Moratorium gedacht hatte.

Wichtiger aber — und zwar nicht nur außenpolitisch, sondern auch innerpolitisch und wirtschaftspolitisch — erscheint uns noch, daß die deutsche Regierung sich endlich zu dem Entschluß ausgerissen hat, das Stabilisierungswert in Angriff zu nehmen, bevor das Auslandekommen einer auswärtigen Anleihe gesichert ist. Aus diesem Vorschlag der Regierung scheint endlich der lang vermisste Entschluß zu sprechen, dem deutschen Währungs- und Wirtschaftsleben, an dem die Possibilität der durch die Sabotage der Bourgeoisie gehemmten Regierung ihr gerüttelt Mah von Schuld trug, aus eigener Kraft entgegenzutreten.

Über freilich einer Regierung gegenüber, die von Stinnes Gnaden lebt, ist äußerste Vorsicht und Misstrauen am Platze. Ihre Vorschläge gehen von der richtigen Erwägung aus, daß einerseits Deutschland Geld braucht, um seine Währung zu sanieren — die grundlegende Voraussetzung zur Wiederaufnahme der Zahlungen —, und daß andererseits Frankreich Geld braucht, um das Gleichgewicht seines Staatshaushalts wiederherzustellen. Um diese beiden Ziele zu erreichen, soll ein kombiniertes System von innerer und äußerer Anleihe und Goldschwachwechsel angewandt werden, das sich auf dem Papier nicht übel ausnimmt.

Danach nimmt Deutschland einerseits eine

innere Goldanleihe

von zunächst drei Milliarden Goldmark auf, die zu vier Prozent verzinst und mit einem halben Prozent jährlich geißigt werden soll. Die Hälfte der einlaufenden Beträge soll zur Stabilisierung der Währung, die andre Hälfte zu Reparationszwecken verwendet werden. Der Plan einer inneren Goldanleihe wurde zuerst von sozialdemokratischer Seite aufs Tapet gebracht, in die Sanierungsvorschläge unserer Partei und der Gewerkschaften aufgenommen und vom Reichsfinanzminister Hermann, sowie vom Reichsbankpräsidenten Hattenbach bestätigt. Es war nicht zum erstenmal der heftige Widerstand gegen diesen Plan, der die — an sich schon lückenhafte — Devisenverordnung unwirksam und auch nur den Versuch einer Stabilisierungsaktion unmöglich machte. Heute greift die Regierung Cuno den sozialdemokratischen Plan auf und macht sich — auf dem Papier — anhängig, auf diesem Wege drei Milliarden Goldmark (nach gegenwärtigem Kursstand nicht weniger als sechs Billionen, d. h. 6000 Milliarden Papiermark!) aufzubringen.

Woher nimmt Cuno die Gewissheit, daß er diese, für heutige deutsche Verhältnisse phantastisch hohe Summe aufbringen werde? Nun, Cuno ist ja als Präsident der Kapital selbst Mann vom Fach und als eingeweihter Augur muß er doch so gut wie einer wissen, was die deutsche Bourgeoisie an Werten zu mobilisieren vermag — wenn sie nur will. Jedenfalls muß diese Niesenziffer von sechs Billionen Mark als interessantes Geständnis von der deutschen Arbeiterschaft im Gedächtnis behalten werden. Sie wird es sich merken müssen, daß der Repräsentant und Beauftragte der deutschen Großbourgeoisie die Zahlungsfähigkeit seiner Klasse mit diesem Betrag einschätzt — zwar nur für gut verzinsliche und mit willkommenen Steuerprivilegien ausgestattete Anleihen; aber wer so hohe, langfristige Anleihen rechnen kann, kann, wird er nur richtig angepackt, diese Beträge auch als Steuer aufzwingen.

Aber es ist nicht so sehr diese Ziffer, die Verdacht und Misstrauen erzeugen muß, als der Widerstand, den Cunos Anleihenvorschlag in dem schwerindustriellen Teil seiner eigenen Regierungspresse gefunden hat. Die Regierung Wirth ist gescheitert, weil sie zur Durchführung ihrer Sanierungs- und Reparationsvorschläge der Machtwirkung der „Industrie“ nicht entbehren zu können glaubte und deshalb die Sozialdemokratie in die große Koalition hineinzwingen wollte. Die „Industrie“ war es wieder, die die Regierung Cuno in den Sattel setzte. Aber diese geheimnisvolle Macht, die sich in frecher Überheblichkeit mit jenem stolzen Namen „Industrie“ bezeichnet und hinter der in Wirklichkeit nichts andres steht als der Kapitalinteressengang um Stinnes, der dank des Wahnsinns der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das deutsche Wirtschaftsleben beherrscht und nach seinen privatwirtschaftlichen Interessen dirigiert, diese Macht scheint heute zu nichts anderm mehr fähig zu sein, als zum passiven oder, wenn es die Situation erfordert, aktiven Widerstand gegen die Lebensinteressen der gesamten Volkswoirtschaft, um nur ja nichts von den Extraprofiten, die sie der Verelendung der Wirtschaft verhant, opfern zu müssen. Darum ist eingetreten, was zu erwarten war: daß die „Industrie“ die Sanierungs- und Reparationsvorschläge der Sozialdemokratie, die die Regierung Wirth zog und zu einem sehr kleinen Teil aufgriff, nicht bekämpfte, um „bessere“ an ihre Stelle zu setzen, wie sie der Welt und insbesondere ihrem französischen Gesinnungsgenossen einzureden versuchte, sondern daß sie die Sanierung und legale Regelung der Reparationsfrage an sich bekämpft, weil sie ihre Extraprofiten schmälert. Was soll man aber dann von der Regierung Cuno und ihren Reparationsvorschlägen halten, die von ihren verborghen Auftraggebern, Hugo Stinnes und seinen Klassengenossen, bekämpft werden?

Zeigen sich die die Regierung Cuno stützenden Kreise der Bourgeoisie von den innerwirtschaftlichen Reparationsvorschlägen der Regierung nicht befriedigt, so mügten ihre Vorschläge über die äußere Anleihe

in Frankreich vollkommen unbefriedigt lassen. Die deutsche Regierung wollte das System der Goldschwachwechsel an Stelle der Zahlungen, das im Sommer dieses Jahres mit Belgien für die bis Ende des Jahres 1922 fälligen Zahlungen vereinbart wurde, auf alle Reparationszahlungen der nächsten zwei bis fünf Jahre ausdehnen. Nun ist es richtig, daß dieses System sich

bisher bewährt hat: Deutschland wurde von Barzahlungen befreit und Belgien erhielt von Deutschland Schadensersatzungen, die nach den Angaben der belgischen Regierung, soweit es Bedarf an flüssigen Mitteln gegen den östlichen Diskont (Zinsenabzug) zu Geld machen konnte. Aber es ist klar, daß die Diskontierbarkeit dieser Schadensersatzungen noch dem Umstand zu verdanken ist, daß ein — in den Einzelheiten noch immer unbekannt gebliebenes — kombiniertes System von Garantien, die neben den Hauptbeteiligten die Reichsbank und die Bank von England leisten, vereinbart wurde und das monatliche über einen gewissen Zeitraum sich erstreckende Zahlungen der Reichsregierung zur Grundlage hat.

Bei den Londoner Vorschlägen der Reichsregierung scheint weder von solchen Zahlungen, die das Moratorium ja von vornherein flüssig machen würden, noch von Garantien — die nur für die innere Goldanleihe vorzusehen zu sein scheinen — die Rede gewesen zu sein. Daher kann seine Rede davon sein, daß die von der Reichsregierung angebotenen Goldschwachwechsel in der Höhe von drei Milliarden Goldmark, die als Ertrag für die Barzahlungen der nächsten zwei Jahre eintreten sollten, von den Alliierten ohne weiteres diskontiert, d. h. gegen Zinsenabzug zu Geld gemacht werden könnten. Um sich würden diese Goldschwachwechsel ebenso wenig mobilisierbar (in Geld verwandelbar) sein als die berühmten „Bonds“ der Serien A, B und C im Gesamtbetrag von 180 Milliarden Goldmark, die der Londoner Zahlungsplan vom Mai 1921 vorgesehen hatte.

Für ihre Mobilisierung, die nichts andres bedeuten würde als die Aufnahme einer internationalen Anleihe, sind eben dieselben Voraussetzungen nötig wie für die Aufnahme irgendwelcher anderer internationale Anleihen: Garantien und Kreditfähigkeit. Das auf hätten deshalb die deutschen Vorschläge das Hauptgewicht legen müssen. Den „produktiven Pfändern“, die der französische Imperialismus fordert und hinter denen sich nichts andres versteckt als der Anschlag auf die Rheinlande und das Ruhrgebiet, hätte die deutsche Regierung ein ehrliches Angebot von Garantien für die Sicherheit einer internationalen Anleihe gegenüberstellen müssen, deren feste Basis der immer noch unangefochtene, wenn nicht gesetzte Sachwertbestand der „Industrie“ hätte sein müssen. Eine Form dafür hätte sich finden müssen, wenn nur der feste Wille der Regierung dazu vorhanden gewesen wäre. Und naive Gemüter müssten umso eher Vorschläge dieser oder ähnlicher Art vorwerfen, als ja jene geheimnisvollen Persönlichkeiten der deutschen Industrie- und Finanzwelt, die während des letzten Aufenthaltes der Reparationskommission in Berlin mit Mitgliedern dieser Kommission konferierten, Andeutungen über die Garantierung einer großen internationalen Anleihe durch die deutsche „Industrie“ machten. Aber natürlich, der Patriotismus der „Industrie“ verachte hier ebenso schmähselig wie in der Frage der inneren Anleihe und wie überhaupt in allen Fragen, in denen er mit ihrem Geldsack auch nur in den leidlichen Konflikt geriet.

Dader mußten die deutschen Vorschläge so mager ausfallen und, was man in Deutschland nicht überall verstand oder vorstehen wollte, im alliierten Auslande, wo man auf nichts andres als auf brauchbare Garantievorschläge Deutschlands als Grundlage für eine internationale Anleihe gewartet hatte, so schwere Enttäuschung hervorrufen. Daher die einstimmige Ablehnung dieser Vorschläge in London, die freilich an sich noch fernweg die Türe zu weiteren Verhandlungen und einer allseits annehmbaren Umarbeitung der deutschen Vorschläge verschließen hätte müssen, wenn nicht ein andres Hindernis die Verständigung innerhalb der Alliierten unmöglich gemacht hätte: der starke Annexionswill der französischen Imperialisten. Andererseits aber ist es ebenso gewiß, daß Poincaré in London nicht so einfaches Spiel gehabt hätte, wenn die deutsche Regierung mit ernsthaften Garantievorschlägen nicht nur die anderen Alliierten gewonnen, sondern vor aller Welt die Übersicht und den wahren Charakter der „produktiven Pfänder“ demonstriert hätte.

Die Steuerpolitik der Regierung Cuno.

Wer freilich, wie hätte eine Regierung brahbare Reparationsvorschläge machen können, die, wie es ihrer Zusammensetzung entspricht, so wenig Willen zeigt, die Grundlage zu schaffen, auf der alle Reparationsleistungen — gleichgültig, ob direkte oder indirekte — basieren müssen: ein scharf angesetztes, die Arbeitskraft und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse schonendes Steuersystem. Die Regierung hat einen Nachtrag zum Reichshaushaltplan 1922 (vom 1. April 1922 bis 30. März 1923) vorgelegt, der das rechnungsmäßige Defizit des Reichshaushalts für das laufende Rechnungsjahr auf die gigantische Ziffer von 844,3 Milliarden Mark anschwellen läßt. Rast genau so hoch — genau: 827,2 Milliarden Mark — ist die Höhe, die die schwedende Schulden des Reiches Ende November erklommen hatte (sofern den im Abkommen mit Belgien und im ähnlich kontruierten Abkommen über die nächsten Zahlungen im Ausgleichsverfahren vorzusehenden Schätzwechseln in Höhe von bisher insgesamt 327,7 Milliarden Mark abgesehen), die den Gesamtbetrag der unfundierten Schulden des Reichs auf mehr als eine Billion Papiermark steigen lassen). Die deutsche Oberschicht ist heute bereits genügend „astronomisch“ gebildet, um über solche Zahlen nicht mehr zu erschrecken. Bedenkt man aber, daß dieses Defizit nur nach dem augenblicklichen Stand der Geldentwertung errechnet ist und daß gerade die Auswirkungen dieses Defizits — das Scheineinpresso von Hunderten von Milliarden neuer Banknoten in den Verkehr — die Geldentwertung weiter treiben müssen, so daß rückwärts das Defizit weiter, weit über den heute errechneten Betrag ansteigen muß, so wird auch der hartgesottene „Astronom“ über die Schwere der indirekten Steuerbelastung, die in diesen zu erwartenden Inflationsziffern steckt, und über die weitere Belastung des Arbeitseinkommens, die die Folge dieser begüten Steuerpolitik ist, erschrecken.

Im Defizit des Reichshaushalts liegt die neue indirekte Steuerbelastung verborgen, die zu den alten hinzutreten wird. Und wie gedenkt die Regierung auf der Gegenseite den Besitz zu belasten, wie gedenkt sie ihr Verprechen, daß der Besitz an der Quelle erfaßt werden müsse, einzulösen? Es ist gewiß anzuerkennen, daß ein Regierungsvorschlag, der von der Sozialdemokratie von Anfang an abgelehnte Begrenzung des Ertrages der Zwangsanleihe auf 70 Milliarden Papiermark, die bei der heutigen Geldentwertung die ganze Zwangsanleihe zu einer lächerlichen Farse gemacht hätte, bestehen will. Aber abgesehen davon, daß zum Ertrag dafür die Freigrenze erhöht und die Bewertungssatze nur leicht unvollkommen der Geldentwertung angepaßt würden, ist doch zu bedenken, daß es sich bei der Abänderung des Zwangsanleihegeiges nur um die Wiederherstellung einer Belastung handelt, die die Bourgeoisie schon längst sich um den Preis des Zollentlastens der Sachwertverfallung habe abringen lassen. Und ebensoviel wird eine tatsächliche Mehrbelastung des Besitzes gegenüber den ursprünglichen Steuerplänen erreicht, wenn die Regierung ein Gehej in Aussicht stellt, das Ablegen der Steuer am Termin der Selbstveranlagung erzwingen soll.

Das aber ist alles, alles, was wir von der Regierung Cuno zu erwarten haben. Außenpolitisch das Debakel und innenpolitisch den Zusammenbruch der Finanzen. Aber kann die Arbeiterklasse von einer Regierung der Schwerindustrie auch andres erwarten? Das Nichts, was sie tun kann, ist, ihr fernzubleiben und ihr gegenüber die Kampfposition zu beziehen, die sie politisch wie wirtschaftlich dem Kapital gegenüber seit jeher eingenommen hat.

Alfred Braunthal.

Sächsische Angelegenheiten.**Aus dem Landtage.**

Der zweite Tag der Debatte über die Regierungsbildung. Gestern wurde im sächsischen Landtage die Aussprache über die Programmklärung der Regierung fortgesetzt. Zunächst kamen einige Minister zum Wort, die zu den Ausführungen der Fraktionsredner Stellung nahmen und eine Reihe plumper Angriffe der Bürgerlichen und der Kommunisten zurückwiesen. Dann kam die zweite Serie der Fraktionsredner zum Wort.

Auch am zweiten Tage klang aus den Reden der Rechtsparteien eine gewisse Resignation. Zwar fehlte es nicht an Angriffen auf die bisherige Regierungspolitik. Der zur Deutschen Volkspartei zählende Unternehmer und Politiker Schneider wiederholte einige der längst als unwahr nachgewiesenen Behauptungen gegen die Beamtenpolitik der Regierung, wofür er dann durch den Minister Lipinski gebührend zurechtgerückt wurde. Über schlichtlich klang doch aus fast allen bürgerlichen Reden das Gesindnis heraus, daß man sich durch den Wahlausfall geschlagen und getäuscht fühle und zunächst sehr wenig Lust habe, die alten Experimente zu wiederholen. Die Demokraten und die Deutsche Volkspartei sagten sogar sogar zu einer vernünftigen Politik ihre Mitwirkung zu, woran man natürlich sehr stark zweifelte.

Der Kommunist Sievert versuchte den unangenehmen Eindruck, den Herr Böttcher am Tage vorher hinterlassen hatte, einigermaßen zu verwischen. Das wäre ihm auch einigermaßen gelungen, wenn er sich nicht hätte aus Staatslosen lassen lassen und eine glorifizierung der russischen Verhältnisse vom Stapel ließ, die in so auffälligem Gegensatz stand zu den wirklichen Tatsachen und den eigenen Berichten der Sowjetpresse, daß er sich damit nur lächerlich gemacht.

Als letzter Redner der Parteien kam Genosse Müller zum Wort. Er fasste das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß sich gezeigt habe, daß die offensichtliche Wahlniederlage der sächsischen Regierung immerhin etwas befriedigend auf gewisse Kreise gewirkt habe. Das werde aber weder die Regierung noch die Sozialdemokratie veranlassen, ihre grundfeste Einstellung gegen die Rechtsparteien zu ändern. Der Redner rechnete dann mit der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei ab, die immer davon reden, daß die Not gemeinsam von allen getragen werden müsse. An Beispielen aus der Steuerpolitik, der Lebensmittelpolitik und der Stellung der einzelnen bürgerlichen Parteien zur Notlage des Volkes wies er nach, daß die Bestehenden gar nicht daran denken, den ihnen zukommenden Anteil der Lasten zu tragen. Die Herren von der Rechten gaben durch einige lebhafte Zwischenrufe zu erkennen, wie unangenehm es ihnen war, die Wahrheit zu hören.

Zum Schluß zerstörte unser Redner die immer noch in einigen demokratischen Bemerkungen zum Ausdruck gekommene Illusion von der großen Koalition in Sachsen und rechnete mit den Kommunisten wegen der Regierungsbildung ab. An Hand der Verhandlungen zeigte er, daß es den Kommunisten gar nicht ernst gewesen ist mit der Bedeutung, sich an einer Arbeiterschaftung zu beteiligen, so sehr auch die Schnauze einiger ehrgeiziger kommunistischer Herren nach einem Ministerstuhl geweitet sei. Die Kommunisten seien zwar sehr enttäuscht. Aber Herr Böttcher, der noch zu einer längeren persönlichen Bemerkung das Wort nahm, begnügte sich damit, anzukündigen, daß er auf diese Dinge und auf die „unwahren Behauptungen“ — später bei anderer Gelegenheit eingehen werde.

Damit stand die zweitägige Debatte ihr Ende. Der Landtag ist bis zum 9. Januar in die Ferien gegangen. Nach Weihnachten soll die praktische Arbeit beginnen. Es ist ein ganzer Berg von Beratungsmaterial vorhanden und es wird sich bald zeigen, wie groß der Drang der einzelnen Parteien zu positiver Mitarbeit ist.

Neue Höchstpreise für Milch und Butter.
Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird uns geschrieben:

Bei freier Wirtschaft richtet sich die Preisgestaltung der Frischmilch nach der Verwertungsmöglichkeit, vor allem nach dem Butterpreise. Butter ist infolge des Wegfalls der Einfuhr — vor allem infolge des Fehlens der übrigen Butter — in einer der Nachfrage gegenüber viel zu geringen Menge vorhanden. Schmalz und Margarine sind Substitutionswaren, die von der Devisenbewegung direkt beeinflußt werden. Die weit hochwertigere Butter folgt dadurch ebenfalls im Preise mittelbar bei freier Wirtschaft der Dollarbewegung, und ebenso die Milch. Konst wird sie verbilligt und hierdurch die Frischmilchversorgung gefährdet. Im Wege der Preisvereinbarung mit den Milch- und Butterinteressenten ist von der Regierung seit 1½ Jahren der Versuch gemacht worden, die Auswirkung dieser Preisbeziehungen durch periodische Festlegung des Milchpreises zu verzögern. Nicht selten mit Erfolg, das muß anerkannt werden. Bei zeitweise günstigen Ergebnissen für den Milchpreis haben insbesondere die vorerwähnten Verhältnisse zu einer ganz außerordentlichen Rentabilität der Milchverarbeitung geführt. Wie bekannt, hat die in letzter Zeit rücksichtlose Ausnutzung der Preisrelationen eine katastrophale Preisgestaltung geschaffen, die den lebenswichtigen Milchkonsum unterband und die Volksschafft gefährdet. Dieser Zustand hat die sächsische Regierung zu dem Eingriff in die freie Preisgestaltung durch die Höchstpreisverordnung vom 20. vor. Ms. veranlaßt, der von den weitesten Volkskreisen begrüßt worden ist. Eine Stabilisierung des Milchpreises ist natürlich unter der Auswirkung der fortschreitenden Geldentwertung unmöglich. Dieser wird durch die Höchstpreisverordnung vom 13. d. M. ausreichend Rechnung getragen. Auch die neue, vor jetzt ab geltende Preisfestlegung ist unter sorgfältigster Berücksichtigung der durchaus notwendigen landwirtschaftlichen Betriebsintensität erfolgt; die Interessengruppen sind vorher gehört worden, einsichtige landwirtschaftliche Vertreter haben die jeweilige Preishöhe für angemessen erachtet. Die Forderungen auf rücksichtlose Ausnutzung der Konjunktur müssen dagegen abgewiesen werden. Notwendig ist die Bereitstellung des lebenswichtigsten Milchbedarfs zu erschwinglichen Preisen, das Mittel hierzu ist die Begrenzung des Butterpreises, der Butterkonsum selbst muß hinter der Bedeutung der Milchpreisfrage zurücktreten. In einer Besprechung von Vertretern der Oberpräsidien von Magdeburg, Breslau und den Preisbehörden der Nachbargebiete ist die sächsische Regelung allseitig gutgeheißen worden. Es sind Betreibungen im Gange, daß eine ähnliche Begrenzung der Milchpreisgestaltung auch in den Nachbargebieten erfolgt, in dem milcharmen, dichtbevölkerten Freistaat Sachsen ist sie eine Notwendigkeit.

Nach der neuen Höchstpreisverordnung für Milch und Milcherzeugnisse wird das Land Sachsen in zwei Zonen eingeteilt, und zwar in eine Zone II (Gebirgszone) und in eine Zone I (auf der das übrige Land gehört). Der Erzeugerhöchstpreis für Milchlieferungen an Milchhändler, Molkereien usw. beträgt für das Liter Vollmilch in Zone I 90 Pf., in Zone II 100 Pf., für Magermilch 45 Pf. bzw. 50 Pf. Für den Milchsteinverkauf durch die Erzeuger unmittelbar an die Verbraucher wird ein Vollmilchpreis von 104 Pf. für die erste Zone und 115 Pf. für die zweite Zone festgesetzt. Die Erzeugerhöchstpreise für Lieferungen an Wiederverkäufer betragen für das Pfund Butter 990 in Zone I, 1100 Pf. in Zone II, für gewerbliche Molkereien für das Pfund Butter 1170 Pf. in Zone I, 1200 Pf. in Zone II, für Schmalzmark 108 Pf. bzw. 118 Pf.

Konflikte in Gemeindeparlamenten.
In Klingenthal halten die bürgerlichen Vertreter im Rats- und Stadtverordnetenkollegium wegen einer gegen die der

„wirtschaftlichen Vereinigung“ angehörenden Stadtverordneten veranstalteten Kundgebung seit dem 17. Juli ihre Amtsräte niedergelegt. Das Ministerium des Innern hat entschieden, daß das Verhalten unzulässig ist. Ihre Klage suchen nun die bürgerlichen Vertreter dadurch zu decken, daß sie in der bürgerlichen Presse berichten lassen, daß sie auch seinesfalls auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren würden, da das Justizministerium die Veranstalter der Kundgebung, die sich strafbar gemacht hätten, amnestiert habe. Im Sommer d. J. verfügte das Ministerium die Auflösung des Gemeinderates von Reichenhain. Am 15. Oktober stand darauf die Neuwahl statt, gegen die von einigen Gemeindemitgliedern bei der Amtshauptmannschaft Protest erhoben wurde, weil der Wahlleiter nicht dagegen eingetreten ist, daß im Wahllokal Stimmzettel verteilt wurden sind, und daß sich unbefugte längere Zeit darin aufgehalten haben, so daß Wahlbeeinflussungen möglich waren. Die Amtshauptmannschaft hat im Verein mit dem Bezirksausschuß daraufhin beschlossen, den neu gewählten Gemeinderat erneut auszulösen.

Werdau. Der Industrievorstand Werdau hat beschlossen, dem Bürgerbund Werdau, zugunsten der Altenhilfe den Betrag von 2½ Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Außerdem sind dem Bürgerbund von der Leitung der sächsischen Waggonfabrik Werdau A.-G. 250 000 Mark zu dem gleichen Zweck überwiesen worden.

Meißen. Genosse Stadtrat Max Flemming, ist am Dienstag abends nach kurzem Krankenlager an Lungenentzündung im Alter von 68 Jahren gestorben. Mit ihm ist wieder einer von den alten Parteienkollegen abgingen. Nach der Revolution trat er ins Stadtverordnetenkollegium ein, das ihn im April 1920 als unbestoßenes Mitglied in den Stadtrat wählte.

Sächsischer Landtag.**Der 2. Tag der Aussprache.**

5. Sitzung, Freitag, 15. Dezember 1922, vormittags 9 Uhr.

Das Haus bewilligt zunächst für die Errichtung eines Studentenheimes an der Technischen Hochschule in Dresden 4 Millionen Mark und beschließt weiter die Gewährung eines Darlehens von 50 Millionen Mark an die Grassi-Textil-

Denkmalhaus-A.-G. in Leipzig.

Dann wird in der

Besprechung der Regierungserklärung

fortgesetzt.

Ministerpräsident Busch:

Die Presse, die gestern das Regierungsprogramm erfahren hat, ist — von sozialdemokratischen Rednern abgesehen — keine günstige gewesen. Da die in den letzten Jahren betriebene Politik fortgesetzt werden soll, wäre es nicht zweckmäßig gewesen, alle Fragen und Probleme in der Regierungserklärung zu berühren. Die Stellungnahme des sächsischen Ministerpräsidenten zu wichtigen Reichsfragen wird gelegentlich behandelt, das Problem der Kriegsschuld in der Regierungserklärung zu behandeln war nicht angängig. Ein abschließendes Urteil über das Reichskabinett Cuno ist noch nicht möglich, wie werden es kritisieren, wenn es notwendig ist, wir werden es aber auch unterstützen, wenn es gute Vorschläge macht. Weil es nicht auf Wort, sondern auf Tat ankommt, haben wir auch davon abgesehen, auf die Frage der Kleinrentner speziell einzugehen. Trotz dem Anwachsen der Staatsaufgaben wird der Abbau des Beamtenapparats durchgeführt. Die Ausländerfrage ist eingehend behandelt worden, wir stören dabei jedoch auf die Bestimmungen des Friedensvertrages und müssen schließlich auch Repressalien der anderen Seite befürchten. Der Ministerpräsident weiß dann die Vorwürfe der einzelnen Redner vom gestrigen Tag zurück. Die Rede des Abg. Böttcher habe jeden

Weihnachtsgeschenke von **Follenkamp** bereden Sie eine Freude

FEWY

Zu Geschenzwecken ganz besonders zu empfehlen:

Herren-Anzüge	a. m. 18000
Herren-Anzüge	a. m. 24000
Herren-Hosen	a. m. 4900
Herren-Westen	a. m. 2400
Rauchhosen	a. m. 8600
Schlafanzüge	a. m. 18000

Oberhemden farbig Perlmutt, 2 Knöpfe	a. m. 4900
Oberhemden farbig Perlmutt, 2 Knöpfe	a. m. 6500
Nachhemden gute Qualität	a. m. 5600
Hemden weggemustert	a. m. 3700
Hemden malend	a. m. 3200
Unterhemden weggemustert	a. m. 3200

Goden farbig Gebrauchsgröße	a. m. 425
Goden ohne Baumwolle, einfärbig	a. m. 560
Strickbinder	a. m. 425
Schleifen für Stehkragelstropfen	a. m. 240
Hosenträger mit Gummitaschen	a. m. 320
Handschuhe m. angerautem Futter	a. m. 860

Hüte in vielen Farben	a. m. 3500
Hüte weiss Formen	a. m. 3900
Hüte prima Wolle	a. m. 5600
Hüte rosé	a. m. 7500
Hüte Weiss	a. m. 11500
Hüte Weiss	a. m. 15500

Schlafanzüge, Schals in Wolle und Kunstseide, Taschentücher, Schirme, Stöcke, Reisedecken, Rodelgarnituren für Herren und Knaben, Gamaschen für Damen und Herren

Sonntag von 1—6 Uhr geöffnet!

Jugendbewegung

Sonnenwende.

Wenn in dieser Nacht tausend und übertausend Sterne sich überbreiten zur Erde, dann quillt ein Strom wertvoller Liebe aus ungähnlichen Menschenherzen.

Die alldentlich feuer an.

Und Feuer ragt an Feuer und aufflammst ein gewaltiger Ring, der loht um die ganze Erde, daß sie aufflammst und wieder wird, was sie war.

Stern unter Sternen unvergänglich und unauslöschlich wie die Glut der Sonne.

Und die Menge der Menschen ballt sich, schwint an zu gewaltigem Strom, der wort über die Erde und am Rande der Welt macht die Spalte halb, vor gewaltigem Tore.

Das sahen die Menschen Jahrtausende hindurch, Millionen floßten an und gingen um, Zweifel im Herzen, denn breit und wuchtig steht an dem Tore sein Name "Hab".

In dieser Nacht aber gibt keine Umkehr. Durch die Millionen vor dem Tore geht ein Raunen, es tönen Worte und ein trockiger Schrei wogt in die Welt:

"Hindurch".

Und siehe es hebt sich das Tor wie von selbst aus den Angeln.

Es stürzt und strahlende Verklärung, jubelnde Himmelshölle fliekt in verzückte Seelen.

Und der Hab wird tot sein zu dieser Stunde und losgelöst von allem Staub der Erde ist das lebte Herz erfüllt von der ewigen Liebe, die verborgen war hinter dem Tore des Hasses, das nun gesprengt ward von heiliger Sehnsucht. —

So sah ich das Fest der Sonnenwende in stillen Stunden.

Sah Ich es nie so?

Wohl, es liegt an euch und sie wird sein, wie ich sie sah.

Selbst ganz Liebe, selbst Flamme, an der sich alles entzündet muß, weil in jedes Herz der liebe Bludstoff gelegt ward, der brennen muß, wenn die Flamme der Liebe ihm nahe kommt.

Erich Gräser.

Weihnachten!

Das Fest der Liebe und des Friedens! So nennen sie es, die hinterm überladenen Gabentisch an Überfülle in leiblichen und geistigen Genüssen schwelgen können und ihr mahnendes Gewissen beschwichtigen müssen, daß jenseits ihrer luxuriösen Gemächer Milionen von Menschen vor dem Nichts stehen und von Hunger, Not und Sorge jahraus, jahrein gepeinigt werden. Friedfertig gehörden sie sich, die riesige Schädelpyramiden auf und hinter den Schlachtfeldern hingemordeter Menschen auf dem Gewissen haben und schon wieder Scheite zu einem neuen Weltkriege austürmen. Heuchlerisch rufen sie in diesen Tagen den nach der christlichen Vergangenheit in Armut geborenen Nazarener zu ihrem Zeugen an, daß sie Friede und Wohlfassen der Menschen auf Erden wollen.

O, diese Heuchlerbrut! Ihr Wortgelingel an Weihnachtstagen verweht vor der rauhen Wirklichkeit, wie die Spreu im Winde. Die proletarischen Massen und ihre Jugend erkennen immer mehr die wahren Gesichter der falschen Propheten der christlichen Nächstenliebe und der weihnachtlichen Friedensbotschaft. Weder Menschheitsfrieden noch tätige Nächstenliebe sind der Inhalt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, sondern Kampf aller gegen alle und Triumph des rücksichtslosen Eigennützes. Daraus ragt wie ein graniterner Held die Solidarität der Arbeitersklasse als Fundament empor, auf dem die christliche Heilsbotschaft vom Wohlgefallen und Frieden der Menschen aus dem Himmel heruntergeholt auf Erden einmal in die Tat umgesetzt werden wird. Dazu bedarf es aber des engsten Zusammenschlusses aller proletarischen Kräfte mit Einschluß der Jugend. Gerade die Jugend ist der Hoffnungsstern, der den Alten in allen ihren Kämpfen voranleuchten muß.

Weihnachten wollen wir in unseren ärmlichen Behausungen nicht im Sinne der christlichen Weihnachtsbotschaft feiern, sondern im Geiste unserer heidnischen Altvoedern, die zur Zeit der Wintersonnenwende auf den Höhen und in den Tälern überall läuternde Feuer in dem freudigen Gefühl anzündeten, daß die Sonne ihren höchsten Stand erreichte und wieder höher steigend die Scheintode Natur zu neuem Leben erwacht. Wir wollen uns in diesen Tagen mit neuem Lebensmut und neuer Lebenskraft für den gemeinsamen Kampf erfüllen, damit Weihnachten ein wahres Friedensfest der Menschheit werde.

Zur Sonne und dem Licht entgegen! Das sei unser Ruf und der Inhalt unseres ganzen Strebens. Zur Freiheit und in den Lichtkreis der sozialistischen Wahrnehmung.

Die noch Irrenden müssen wir aus dem Dunkel herausführen, uns noch blinden Klassengenossen sehend machen und ihnen den glutroten Feuerball zeigen, dessen ersten Strahlen blendend unsere Augen trifft. Dorthin wollen wir streben. Der Morgenrot einer besseren Gesellschaftsordnung entgegen, die nicht ungezählte Lazarus und eine kleine Zahl reiche und in Überfluss schwimmende Menschen kennt, sondern den Gabentisch für alle reichlich deckt. Das ist der proletarischen Jugend Weihnachtsgelübde!

Schlägt unser Lied!

Mehr als Worte, ein Aufruf soll es an euch sein, ihr Jugendgenossen und Genossinnen. Ein Aufruf auch an den Kulturfreien, band, damit auch er mithilfe, unsere Kampfsieder der Verklärung zu entziehen.

Vor wir zum eigentlichen Kern der Sache kommen, müssen wir uns einmal in jene Zeit hineinversetzen, in der uns unsere Lieder entstanden. Während der französischen Revolution schuf de l'Isle die Marsellaise. Mit glühendem Herzen schuf er sie als Revolutionstod und eine ganze Welt sang sie begierigst nach. Denken wir an jenen Arbeitermann Danteler, der dem Weltproletariat die Internationale schuf. Denken wir an den Tod von Robert Blum — sein Lied legt Zeugnis ab von seinem tragischen Schicksal. Wenn heute der Tritt der Arbeitarmassen durch die Straßen halbt, hören wir unsere Kampfsieder aus Tausenden von Kehlen, wie lauschen den Liedern, wenn die großen Massenschöre uns sie zu Gehör bringen und wir als Jugend singen sie begierigst mit. Singen sie auch auf unseren Wanderungen, wenn wir durch Dörfer und Städte marschieren, willend, daß wir dem Landproletariat mit unseren Liedern den Kampftanz aus der Großstadt hinaustragen. Das ist das Schöne, das Große, das in unseren Liedern liegt und — doch von einem großen Teil der organisierten Arbeiterschaft nicht verstanden wird. Es zeigt von einem Indifferenzismus, wenn man immer wieder hören muß, wie gebundenlos unsere Kampfsieder bei unpassender Gelegenheit verwendet werden. Gehört wie abends durch die Straßen, so hören wir nicht nur einmal die Internationale von kleinen Gruppen "singen". Halbverstimmte Mandolinen begleiten den Gesang, bei dem die Hauptrolle ist, daß der Refrain recht laut und lange gehäuft wird. Aus Kneipen, an denen wir vorübergehen, schallt es uns nach den Klängen eines Arbeiterslaviers entgegen: "... so starb der erste Freiheitskämpfer Robert Blum." Oft hört man jetzt in einem Lied unteren Genossen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg besingen. Wer in so kitschiger Form diese Namen durch den Straßenknot zieht, dem muß es weniger ernst um die Namen der großen Toten sein. Das Lied entstammt wilhelminischen Zeiten und ist in verschiedenen Teilen, die zu monarchisch gefärbt waren, wie folgt umgearbeitet: "... Wir fürchten nicht den Donner der Kanonen" (bis hierher ist es monarchistisch), "... wir fürchten nicht die grüne Polizei" (modernisiert). Als Refrain wurde früher gesungen: "... dem Kaiser Wilhelm haben wir geschworen" usw. Selbst der Käse steht hier, daß es vollendet ist, daß es auf dem Gebiete der Dichtung und des Liedes.

Und nun ein kurzes Kapitel über die schwachvolle Verabschiedung unserer Kampfsieder auf den Tanzläufen. Welcher kann man heute im Volkshaus und bei Arbeiterschlachten nach den Klängen der Internationale, der Marsellaise oder des Sozialistenmarsches einen Adelen Schieber tanzen. Hat Danteler dem Proletariat die Internationale gegeben, damit sich kommende Generationen die Lieder nach ihrer Melodie vertreten sollen? Empörung packt den Menschen, der es ernst nimmt mit unserer Sache, wenn er sehen muß, wie gleichgültig schon unsere Tanzsaaljugend geworden ist. Deshalb muß der erste Ruf an den Verband der Musiker gerichtet werden, seinen Mitgliedern zu verbieten, unsere alten Kampfsieder der tanztüchtigen Jugend preiszugeben.

Um auch aber, ihr Burschen und Mädchen, geht der Ruf, überall dort der Verklärung unserer Lieder entgegentreten, wo ihr sie findet. Tretet mit Ruh auf der Straße denen entgegen, die bewußt oder unbewußt unsere Lieder zu Hassenhauern machen wollen. Wendet euch auf Tanzläufen bei oben geschilderten Höllen an ältere Genossen und wenn das nicht hilft, protestiert öffentlich gegen die Beschmutzung eines unseres heiligsten Gutes — schützt unser Lied! H. Sp.

Wider den Mord!

Es ist verfehlt, den Mord im Frieden zu bestrafen und den Mord im Kriege zu belohnen. Es ist verfehlt, den Täter zu verachten und selbst, wie es die Soldaten tun, mit einem Menschenabschlagsinstrument, wie es der Degen oder der Säbel ist, Stolz herumzulaufen. Verfehlt ist es, die Religion Christi, diese Religion der Dulbung, Vergebung und Liebe, als Staatsreligion zu haben und dabei ganze Völker zu vollendeten Menschenmenschen heranzubilden. — Gerhart Hauptmann.

literarische Rundschau.

Dr. O. Hauser: Die Entwicklung der Menschheit. Mit 9 Abbildungen. Heft 9 der Sammlung sozialistischer Jugenddichter. Verlag: Buchhandlung Freiheit, G. m. b. H., Berlin SW. 61.

Wiederholst habe ich an dieser Stelle auf die Bedeutung der Vergeschichte der Menschheit und auf die Werke von Dr. O. Hauser hingewiesen. Ich empfahl damals kein reich illustriertes Jugendbuch: "Leben und Treiben zur Urzeit, das uns Jugend kennen sollte" (Vongs Jugendbücherei). Es ist erfreulich, daß Hauser sich in dieser Broschüre direkt an die Proletarizjugend wendet und seine Ausklärungsarbeit auf seinem Spezialgebiet fortfährt, die Engelbert Graf in seinen Schriften: "Stammt der Mensch vom Affen ab?" und "Von Moses bis Darwin" begonnen hat. Es ist bedauerlich, daß bei der heutigen Teuerung keine schönen farbigen Illustrationen, sondern nur einige Skizzen das Heftchen schmücken können; aber diese Abbildungen werden doch zur Veranschaulichung des Textes dienen. Es ist notwendig, daß die epochenwachsenden Gedankungen aus der europäischen Altestreligkeit, an denen Hauser einen heraufragenden Anteil hat, auch in den Kreisen der lernbegierigen Arbeitersjugend als Bereicherung des allgemeinen Wissens von der Entwicklung der Menschheit aufgenommen werden, um so mehr, da Hauser diese Entwicklungen in die Menschheitsgeschichte einreihet und seine allgemein verständliche Darstellung vom Entwicklungsdenken getragen ist. Die in diesem Heft behandelte Materie soll fortgeführt werden in drei weiteren Veröffentlichungen der gleichen Reihe: "Der Aufstieg der ältesten Kultur", "Umweltlager" und "Gebräuche der Urzeit". Die vier Heftchen werden dann ein Gesamtbild jener Epoche geben, die von Moses nicht nur zu Darwin, sondern von Darwin zu Marx überleitet, weil sie den Aufstieg des Menschen aus der Tiefe zur Gesellschaft, von der Herde zur Horde vollendet.

O. J.

Die steigenden Papierpreise und wachsenden Herstellungskosten zwingen zur Einschränkung des Umsatzes der Volkszeitung. Deshalb mußte der Raum für die Jugend- und Frauenbeilage auf jede halbe Seite zusammengedrängt werden.

Ein praktisches Weihnachtsgeschenk ist eine große Originalflasche

Man verlange ausdrücklich MAGGI-Würze und achte auf unversehrten Plombenverschluß.



MAGGI's Würze.

Unbegrenzt haltbar, auch bei offener Flasche.

HANS EITNER
VATIENGESSELLSCHAFT
LEIPZIG
Rossmarkt 11/13
Postamt 13500 u. 50310
Wohnungsauswahl
Goldschrank- u.
Piano-Transport.

300 Mt. zahlen wir
falls nicht sofort
Böhrer (Brut), Schafe, Wanzen vernichtet.
Schwaben, Holzwurm, Ratten und Mäuse.
zu haben: Engel-Apotheke, Markt 12 · Tal-
Drogerie, Talstr. — Auslanden, aufbew.

Dauerwäsche
in Qualitätsware,imitiert e. eicht Eiche
Kücheneinrichtungen
lasiert und Emailli-Lack.
Sollte Verarbeitung Billigste Preise
Möbelhaus Beck, Härtelstr. 21.

Schlafzimmer
in Qualitätsware, imitiert e. eicht Eiche
Kücheneinrichtungen
lasiert und Emailli-Lack.
Sollte Verarbeitung Billigste Preise
Möbelhaus Beck, Härtelstr. 21.

SCHUL-
Ranzen - Taschen - Mappen
Handarbeit Nur eig. solide Fabrikate
Prima Kindleder / Größte Auswahl
Billigste Preise
Windmühlenstr. 32
Karl Blaich Tauchaer Str. 16

Kaufhaus
Elegante Anzüge
Ulster-Schlüpfen
Hosen
sohr billig!
Der weltweit Weg lohnt!
Kleiderhaus
J. Brand
Petersteinweg 23
Zweites Haus
von L. N. N.
Fahrt
Kaufhaus

Die billigen Preise verblüffen — Die gute Qualität überrascht!
Vanille-Schokolade 210 Mk.
Kakao feinster Qualität per Pfund 1200 Mk.
Vanille-Honigkuchen Paket 75 Mk.
Baseler Honigkuchen Paket 140 Mk.
Des weiteren **Bonbons u. Bayrischen Malz per Pf. 320 Mk.**
nur Scharnhorststrasse 26.

Erhältlich bis zum Festtag, auch Sonntag in folgenden Filialen der Firma Giltzner & Co.
Bayerische Straße 86 Frankfurter Straße 16 Görlitzer Straße 61 Rastatter Steinweg 14
Eisenbahnstraße 68 Görberstraße 2 Könneritzstraße 30 Reichstraße 28
Ferdinand-Jost-Str. 16 Göttchedestraße 12 Kreuzstraße 29 Windmühlenstraße 9
Zschöchersche Straße 31

In den Paul Riesenstahlischen Geschäften in Stötteritz und Scharnhorststraße 26.

Martin Pirsch, Kakaogroßhandlung, Leipzig, Scharnhorststraße 26, Tel. 35925.

Gelingen immer!
Oetker's Rezepte

Man versucht:

Weihnachts-Gebäck.

Zutaten: 50 g Butter oder Margarine, 125 g Zucker, ½ abgeriebene Zitrone oder ½ Fläschchen Dr. Oetker's Zitronen-Oel, 1 Päckchen Dr. Oetker's Milch-Eiweißpulver, ½ Päckchen Dr. Oetker's Backpulver "Backin", 250 g Mehl, 3—4 Eßlöffel Milch.

Zubereitung: Verknete alle Zutaten gut miteinander und stelle sie eine halbe Stunde kalt. Dann rolle den Teig aus, stich mit Blechformen Ringe aus, bestreiche sie mit Ei und streue groben Zucker darüber. Die Plätzchen setze auf ein gefettetes Blech und backe sie hellgelb.

Rezept Nr. 10.



**Beachten Sie
dieses Angebot!
Außergewöhnliche
Vorteile bietet
es Ihnen!**

Praktische Weihnachts- Geschenke

**Besichtigen Sie!
Die Ware
spricht selbst für
die Preiswürdig-
keit!**

Bitte auszuschneiden und aufzubewahren für den Weihnachtsbedarf!

Damen-Strümpfe

Baumwolle, doppelte Spitze und Perse, schwarz	435.-
Ia Baumwolle, kräftige Gebrauchsqualität, doppelte Sohle, Spitze und Hochfesse.	850.-
Eleganter Schleierstrumpf mit Soidengriff, doppelte Sohle, Spitze und Hochfesse, verschiedene Farben.	975.-
Baumwolle, solide Gebrauchsqualität, gestrickt, doppelte Spitze und Perse, schwarz	998.-
Kräftige Baumwollqualität, mit reinwollener Sohle, schwarz	1350.-
Wolle, platt, doppelte Spitze und Perse, schwarz	1585.-
Wolle, feingestrickt, In Qualität, doppelte Spitze und Perse	1748.-
Ia Soidenfior, Ersatz für reine Sohle	1850.-
Annahmfüße, Baumwolle	168.-
Annahmfüße, Wolle	295.-
Fußschlipsen, gefüttert, gegen kalte Füße	87.-

Damenwesten und Überblusen

Grau, sehr praktisch und warm, ohne Arm	1975.-
Wolle, gestrickt, m. langem Arm, sehr preiswert, schwarz, grün	3375.-
Gestrickte Damenbluse mit Umlegekragen, reine Wolle, sehr warm, modefarben	6085.-

Herren-Unterkleidung

Unterjacke, solide Qualität, makofarbig	2150.-
Trikothemd, solide Qualität, makofarbig	2900.-
Wollgemischtes Hemd, prima Qualität, sehr Wärme und haltbar	2075.-
Einsetzhemd, roh Baumwolle, mit Pliere-Binsäts	3850.-
Trikothemd, prima Qualität, mit farbig, gestreiftem Einsetz, Umschlagmanschetten und Sportkragen, weiß	4275.-
Einsetzhemd, prima wollgemisch., mit farbigem Zephireinsatz	4775.-
Unterhose, solide Qualität, makofarbig	2075.-
Unterhose, prima wollgemisch., solide, haltbare Qualität	2950.-
Putterhose, sehr warm, haltbare Qualität	3950.-

Damen-Unterkleidung

Unterhöschen, Baumwolle, kräftig gestrickt, weiß	590.-
Unterhemdchen, Baumwolle, gestrickt, mit Banddurchzug, weiß	485.-
Unterhemdchen, prima Baumwolle, gestrickt, weiß, lange Ärmel	1175.-
Hemdhoose, prima Baumwolle, gestrickt, weiß, ohne Arm	1875.-
Hemdhoose, prima Baumwolle, gestrickt, weiß, lange Ärmel	2575.-
Schlupfhosen, Wolle, sehr warm haltend, farbig	985.-
Schlupfhosen, Baumwolle, farbig, mit Gummizug	1375.-
Schlupfhosen, Baumwolle, mit Falbel, verschiedene Farben	1405.-
Schlupfhosen, reine Wolle, prima Qualität, farbig	4785.-
Leibbinde, Flanell, zum Binden	880.-
Kniewärmer, kräftig gestrickt, sehr warm, mollierte Farben	585.-

Kinder-Unterkleidung

Höschen, Baumwolle, kräftig gestrickt, weiß	1 2 3 4 5 Jahr
420.- 490.- 500.- 540.- 580.-	
Röckchen mit Leibchen, Wolle, kräftige Qualität, grauemeliert	375.-
Hemdhosens, prima Baumwolle, makofarbig	3-4 5-6 7-8 9-10 Jahr
halber Arm 1250.- 1400.- 1550.- 1825.-	
langer Arm 1375.- 1550.- 1800.- 1950.-	
Hemdhosens, prima wollgemisch., sehr warm haltend	1 2 3-4 5-6 Jahr
1435.- 1500.- 1598.- 1835.-	
Unterjacken, prima wollgemisch., sehr warm und haltbar	5-6 6-8 8-10 Jahr
1685.- 1905.- 2230.-	
Knaben-Kniehosen, prima wollgemisch	9-11 11-13 Jahr
1050.- 2125.-	

Strick-Wolle

Marke Schwarzschild, welche solide Qualität, schwarz, grau und natur, 1 Lage = 50 Gr.	448.-
Marke Schmidt, welche, warme Qualität, schwarz, leder, grau, weiss, 1 Lage = 50 Gr.	490.-
Zephir-Strickwolle, viele Farben, 1 Dose.	68.-
Sportwolle, in modernen Farben, 1 Lage = 50 Gr.	1285.-

Kinder-Strümpfe

Kräftig gestrickter Schulstrumpf, Baumwolle, sehr haltbar	3 4 5 7 9 Jahr
338.- 398.- 495.- 608.- 838.-	
Wollgemischter, kräftiger Schulstrumpf, schwarz	3 4 5 7 9 Jahr
288.- 318.- 358.- 398.- 498.-	
Reine Wolle, kräftig gestrickt, sehr warm, schwarz	4 5 7 9 11 Jahr
608.- 795.- 938.- 1105.- 1325.-	
Erstlings-Strümpfe, reine Wolle, fein gestrickt, weiß, grau und mode.	220.- 198.-

Herren-Artikel

Taghemd, prima Hemdentuch, beste Verarbeitung	3500.-
Nachhemd, Geishaform, aus gutem Hemdentuch, mit waschbarem Besatz	3050.-
Oberhemd, mit Umschlag und fester Manschette, prima Percal	7650.-
in eleganter Ausmusterung	148.-
Sportkragen, prima Rips, moderne Form	198.-
Praktisches Gebrauchs-Taschentuch mit Kante	228.-
Sockenhalter, prima Gummi	378.-
Sportstutzen mit gestricktem Steg, gute Strapsier-Qualität	475.-
Wickel-Gamaschen, solide wolle Qualität, versch. Farben	287.-
Strickbinder, Kunstseide, in verschiedenen Farben	148.-
Strickbinder, in echter Kunstseide	368.-

Herren-Westen

Strickweste, solide Qualität für Berufszwecke, hochgeschlossen, grau und brauemeliert	4875.-
Strickweste, Strapsierqualität, zweireihig, hochgeschlossen zu tragen	4975.-
Sweater zum Schlüpfen, mit Schulterschluß, grau und marine	6750.-

Handschuhe

Herren	208.-
Strapsier-Handschuh, besonders warm, grau	208.-
Fein gestrickt, grauemeliert	305.-
Wolle, gestrickt, in allen Farben	500.-
Strikot, mit angerauhtem Futter	700.-
Imit. Rennstiefel, mit eleganter Aufnah	1275.-
Pulswärmere, warme Wolle, molliert	48.-
Damen	
Reine Wolle, gestrickt, marine	498.-
Imit. Wildleder mit Halbfutter, farbig	608.-
Imit. Wildleder mit eleganter Aufnah, farbig	848.-
Reine Wolle, gestrickt, sehr warm, prima Qualität, beige sortiert	878.-
Kinder	275.-
Reine Wolle, gestrickt, marine	275.-

Gamaschen

Herrn-Gamaschen, prima reinwollenes Tuch, Modefarben	2050.-
Damen-Gamaschen, reine Wolle, fein gestrickt, schwarz u. leder	1575.-
Damen-Gamaschen, pr. reinwoll. Tuch, moderne Schuhfarben, do, extra lang	4285.-
Kinder-Gamaschen, sehr warm haltend, schwarz, marine u. leder	5185.-
Gr. 2 3 4 5 6	
685.- 705.- 825.- 940.- 1060.-	
Kinder-Gamaschen, reine Wolle, gestr., schwarz, mode, leder, weiß	
Gr. 3 4 5 6 7	
875.- 975.- 1075.- 1175.- 1275.-	

Überjäckchen für Damen

Überjäckchen, Wolle, schwarz	575.-
Reine Wolle, mit langem Arm, schwarz	975.-
Reine Wolle, Kimonoform, ohne Arm, in vielen Farben	2585.-
Reine Wolle, mit Schal, langer Arm, sehr weich und warm	3875.-
Reine Wolle, m. Umlegekragen, hochgeschlossen, zum Käppchen	3975.-
Reine Wolle, Kimonoform, mit gegstreiftem Schalkragen, langem Arm, moderne Farben	7285.-

Jumpers

Handgestrickt, reine Wolle, halber Arm	3387.-
Handgestrickt, reine Wolle, sehr jugendliche Form, halber Arm	4650.-
Handgestrickt, reine Wolle, besonders schöne Ausführung	4975.-
Söldentrikot, prima Qualität, in modernen Farben	9175.-

Herren-Socken

Hängelicht
Gas-Glühstrümpfe
bei Oz.-Abnahme
En gros-Preise *
Pillich & Co.
Petersteinweg 10
Stahllicht

Reformbetten-
Rockstroh
Spez.-Etagengeschäft
Inselstr. 5, III.
Treis Qualität
Reich. Musterlag.

Ein Schlager ersten Ranges ist mein seit
über 3 Jahren bewährter und bestens eingeführter
Clauß' Drei Sterne-Extrakt
in Originalflaschen
2 Flaschen Monopol-Trinkbranntwein (Klarer oder
Ostdeutscher) und 1 Flasche Clauß' Drei Sterne-
Extrakt ergeben durch einfaches Vermischen ohne
weitere Zutaten einen Brantwein mit intensivem
Geschmack und kognakgelber
Farbe.

Kognak - Ladenpreis per Originalflasche Mk. 450.—
Ernst Clauß, Essenzenfabrik Leipzig 87
Mendelsohnstr. 12.

Geschlechts- u. Alle Düngemittel
Haut-, nerv., Schwäche,
Dr. med. Berl. nicht ap-
prob., Mittl. naturw.
Get. Ausprangie. 5.
Spr. 9-2 u. 4-8 über.

Hygien. Gummiwaren
Sanitätsa. Königspf.
Ecke Petersteinw.

Gold-, Platin-, Silberwaren
Einkaufsstelle
für Plagwitz — Lindenau — Schleußig

1 Erdmannstr. 1

Eingang durch das Friseur-Geschäft

Trauringe — Ketten
Uhren — Brillen
Münzen — Armbänder usw.

Zähne!

Löffel — Bestecke
Steckgriffe — Etuis
Becher — Leuchter
Serviettenringe.

Wringmaschinen
beste Heißwasserwalzen mit 3jähr. Gar.
von 10000 bis 15000 Mk.

Fleischhackmaschinen Kartoffelreibmaschinen
für rohe Kart. v. 900 Mk. an

Tafelwagen von 10000 Mk. an
Thermoflaschen von 1000 Mk. an

Rodelschlitten Schlittschuhe m. Kurbel
von 2000 Mk. an von 1800 Mk. an

Laubsäge- und Werkzeugkästen noch sehr preiswert
Stahlwaren in größter Auswahl

Bestocke Alpakalöf Rasterapparate
von 200 Mk. an von 800 Mk. an von 300 Mk. an

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Albert Hoppe Leipzig-Plagwitz
Zschochersche Str. 38.

Rüttlauf gelesener Zeitungen!

Die Leipziger Neuesten Nachrichten behaupten, durch ihren Zeitungsrückkauf würde der Bezugspreis der Zeitungen ihres Verlages verbilligt. — Diese Behauptung ist eine grobe Täuschung des Zeitungslesenden Publikums. Als Beweis diene die Tatsache, daß die Mitglieder des unterzeichneten Vereins noch immer Tageszeitungen aller Verlage zu höheren Preisen zurückkaufen, wie die Leipziger Neuesten Nachrichten. Die Maßnahme des Verlages der Leipziger Neuesten Nachrichten bedeutet also eine Versteuerung des Bezugspreises. Der eigene Vorteil aller Zeitungsleser ist es, wenn sie bei Zeitungsverkäufen die Einkaufsstellen der Mitglieder des unterzeichneten Vereins beeilen.

Interessengemeinschaft der Rohproduktenhändler Leipzigs u. Umgebung e. V.

Einkaufsstellen:

Innere Stadt

Adelheidstraße 31
Neuhäusere Bayerische Straße
Albertstraße 16
Alexanderstraße 1
Arndtstraße 22
Bayerische Straße 17
Bayerische Straße 42
Beelhovenstraße 3
Beelhovenstraße 9
Berliner Straße 11
Berliner Straße 56
Braustraße 11
Brühl 25
Feldstraße 15
Ellenburger Straße 53
Elisenstraße 59
Gerberstraße 9
Gerberstraße 12
Glockenstraße 7
Hohe Straße 43
Hospitalstraße 2
Hospitalstraße 5
Körnerstraße 28
Auchengarlenstraße 6
Lessingstraße 23
Lößniger Straße 6

Ludwigstraße 60
Mallhäuserkirchhof 32
Melchiorstraße 15
Münzgasse 7
Nordstraße 3
Nikolaistraße 18
Packhofstraße 5
Poststraße
Rabet 34
Rathausstraße 13
Reudnitzer Straße 15
Ritterstraße 17
Sieg.-Bach-Straße 28
Seeburgstraße 41
Seeburgstraße 68
Sidonienstraße 28/30
Sidonienstraße 39
Sternwartstraße 7
Sternwartstraße 9
Stötteritzer Straße 3
Südstraße 29
Südstraße 35
Südstraße 117
Lauchaer Straße 38
Thomasiusstraße 11
Thummelstraße 3
Zeitzer Straße 30

Entrich

Döhlischer Straße 54
Kunadstraße 8
Schiebelstraße 16
Volkmarßdorf
Bogislawstraße 16
Döllstraße 3
Kirchstraße 8
Schülkenhausstraße 10
Torgauer Straße 10
Volbedingstraße 31
Wurzner Straße 69

Anger

Martinstraße 20
Mölkauer Straße 58

Lindenau

Aurelienstraße 14
Demmeringstraße 92
Geraer Straße 25
Gundorfer Straße 62
Hähnelstraße 23
Henricistraße 9
Kuhurmstraße 10
Lützner Straße 71

Merseburger Straße 37
Merseburger Straße 87
Merseburger Straße 98
Rabenstraße 12
Reulerstraße 59
Sächsische Straße 4

Leutzsch

Haupstraße 76
Lindenauer Straße 29

Plagwitz

Alle Straße 20
Umalienstraße 4
Gleisstraße 7
Karl-Heine-Straße 55
Weißenfelser Straße 28

Kleinzschocher

Cylraer Straße 14
Gießerstraße 60/70
Knauthainer Straße 29
Schwarze Straße 1

Markranstädt

Karlstraße 5
Parkstraße 2

Connewitz

Biedermannstraße 21
Bornaische Straße 130

Schönefeld

Heinkelstraße 3

Stötteritz

Lange Reihe 26
Rudolf-Herrmann-Straße 11
Judelhäuser Straße 4

Gohlis

Blumenstraße 60
Craushaarstraße 5
Lindenhaler Straße 36
Meher Straße 24

Mödern

Budasdorffstraße 4
Krosligstraße
Landwehrstraße 2

Böhl-Ehrenberg

Hindenburgstraße 60
Leipziger Straße 62

Der Einkauf

von Altpapier, Lumpen, Eisen,
Weinfässchen usw. ist organisiert.
Die Kassierste Preisabteilung
bei streng reeller Bedienung ist
Geschäftsprinzip nebenstehender
Einkaufs-Pillalen

Zentrum

Alexanderstraße
Nr. 1

Tel. 5652

Gohlis

Craushaarstraße
Nr. 5

Tel. 51 591

Rennitz

Kuchengartenstraße
Nr. 6

Tel. 15 210

Volkmarßdorf

Kirchstraße
Nr. 8

Tel. 60 419

Süden

Körnerstraße
Nr. 28.

Tel. 18 458

Klein-Zschocher

Schwarze Straße
Nr. 1

Tel. 40 595

Neues Theater.

Augustusburg (Wiederholung) Samstag 14 Uhr.

Gemeinde, den 18. Dezember 1922

31. Untereid-Worstellung (2. Holte, rot)

Tosca.

Wahlkrama in 8 Akten von W. Gordon, L. Gilde und G. Glarola, deutlich von Max Halden.

Welt von Giacomo Puccini.

(2. ohne Überprüfung)

Musikalische Zeitung: Albrecht Ehrendorf.

Während der Zeitung: Paul Weißleber.

Werken: Maria Toda, Sängerin (E. Streng);

Marie Taubabell, Mäler (E. Ullmann); Baron

Carolin Vollmöller (E. Heßler-Jungens); Cesare

Angiolotti (E. Herderling); Der Wehrer (E. Rohner);

Sofietta, Pollicino (E. Vogt); Clarence, Gen-

dem (E. Spola); Ein Schleifer (E. Weißhorn);

Ein Herz (E. Hartmann).

Ein Kardinal, der Staatspräsident, der Minister

Robert, ein Offizier, der Sergeant, Damen und

Herren, Bürger, Soldaten, Söhnen, Väter.

Zum 1. Jan. 1923.

Ende nach dem 2. Akt.

Eintritt 50 Pf. Uhr. Am 1. 7 Uhr. Ende um 10 Pf. Uhr.

Sonntag, den 17. Dezember 1922

— Bei ausgelöschtem Kürzel:

Wignons.

Über in 8 Akten (2. überprüft) mit Benutzung des

Wiederholungskomponist "Witwe Weißlers Geschichte"

von Michel Corne und Jules Barbier, deutlich von

Georg Klemmert, Mäler von Umberto Thomas.

Musikalische Zeitung: Albrecht Ehrendorf.

Am Ende gelingt von Paul Weißleber.

Werken: Wilhelm Weißler (E. Ullmann Corbe);

Leopold (E. Vogt); Juarez, Schauspieler (E. Böckeler);

Bären (E. Herderling); Sophie (E. Schubert);

Antonius, ein alter Diener (E. Weißhorn);

Elisabeth, Schauspielerin (E. Vogt); Ein Diener (E. Weißhorn);

Der Käfer (E. Weißhorn); Ein und Gladis Ro-

mberg; Domen und Rosalia in deren Gefolge;

Damen und Herren einer Schauspielgruppe,

Bürger, Wagnerrinnen, Begründer.

Am 1. Mitt. November angestellt von den Emma

Gremmern, ungestört von den Soldatengesellen

E. Hoffmann, E. Bergmann, Tänzerin E. Ull-

mann nach dem 1. und 2. Akt.

Ende nach dem 10 Uhr.

Mittwoch, den 18. Dezember: 21. Untereid-Wor-

staltung (E. Vogt) gelingt Schwarzwandnacht,

Ende 7 Uhr.

Donstag, den 19. Dezember: Offizielle Vor-

stellung zugleich Wiederholung für den

Generalstaats-Rundfunk der Angestellten: Carmen,

Ende um 7 Uhr.

Drei Linden

Sonntag keine Nachmittags-Vorstellung!

Täglich abends 18 Uhr

Kurzes Gastspiel

Mayadors

11 arabische

Wüstenlöse

Erstes Gastspiel in Deutschland.

Die größte Sensation der Varieté-

bühne von heute!

Außerdem: **Dorfabehalle Varieté-Spielplan!**

Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr

(Tel. 43543, 43856) Meßamt Markt 4.

Theodor Althoff, Petersstraße, Kon-

sumverein Karl-Heine-Straße.

Kaffee Korso

Augustusplatz / Leipzig
Vornehmes Familien-Kaffee
Konzert der bekannten Kapelle Kubelik

Die Retorte

Pfaffendorfer Straße 4.

Allabendlich 8 Uhr:

Das Dezember-Programm!

u. a. Das Iwanische Liederspiel

Olga Beelitz, ein Krippenspiel

Erich Reiss, August Weber vom

Schauspielhaus.

* Wk treffen uns morgen Sonntag 5 Uhr

zum Elite-Ball! Voreizeige:

seidel-Sänger kommen! *

Alberigarten

Morgen Sonntag Großes

Ballfest

Pantheon

Dresdner Str. 20 Fernspr. 15957

Sonntag **BALL** Urteil der

u. Freitag **BETRIEB**

Gebrüder

Morgen Sonntag
1-6 geöffnet!

Beachten Sie unsere Schaufenster

Besichtigen Sie unsere Dekorationen im Lichthof und Auslagen in den Verkaufsräumen ::::

Film-Abende
für die Arbeiterschaft

Für unsere Kinder geben wir in allen Bezirken Leipzigs
Märchen - Film - Nachmittage

und zeigen den Kinderfilm

Der kleine Muck

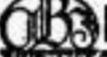
nach dem Märchen von Wilhelm Hauff.

Während der Vorführung Musik.

Die letzten Vorführungen finden statt:

Montag, den 18. Dezember, in den Friedrichshallen, Connewitz

Dienstag, den 19. Dezember, im Schillerschlößchen, Gohlis. Eintritt 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Allgemeines-Arbeiter-  Bildungs-Institut Leipzig

Besuchen Sie unsere

Weihnachts-Ausstellung

im Lehrsaal, Braustrasse 17.

Sie finden dort

reiche Auswahl belehrender und unterhaltender Bücher für Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

Zur Selbstbeschäftigung anregendes Spielzeug für Knaben und Mädchen. Aufbau-, Zeichen-, Stick- u. Unterhaltungsspiele

Der unübertreffliche Lehrbaukasten Matador.

Geöffnet Wochentags von nachm. 4 bis 7 Uhr abends

Sonntags von vormittags 11 bis 6 Uhr abends.

Eintritt frei.

Die Ausstellung für den Nordbezirk befindet sich im Alten Gasthof, Wahren.

Geöffnet Sonntags von 11 bis 6 Uhr.

Allgemeines-Arbeiter-  Bildungs-Institut Leipzig

Konzerte für die Arbeiterschaft.

Sonntag, den 31. Dezember, nachts 11 Uhr in der Alberthalle

Sylvester-Feier

Ludwig van Beethoven gewidmet

ausgeführt vom Stadt- und Gewandhausorchester

unter der Leitung des Herrn Kapellmeister Professor

Wilhelm Furtwängler.

Vortragsfolge: 1. Ouverture zu Egmont. 2. Symphonie C-Dur No. 1. 3. Symphonie C-Moll No. 3.

Dienstag, den 26. Dezember (II. Weihnachtstag) vormittags 11 Uhr, in der Alberthalle

Vorkonzert.

Eintrittskarten zu den beiden Konzerten sind in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Sonntag, den 17. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Saale des Städtischen Kaufhauses

singt Dr. Wolfgang Rosenthal die Müller-Lieder von Franz Schubert.

Eintrittskarten für 60 Mark am Saaleingang.

Mosi

Eine gute deutsche Schokolade

Spielwaren-Ausstellung
im 3. Stock

Unsere Sortimente in
Geschenkartikeln
für das
Weltachts-Fest
sind groß
unre Preise mäßig!

Ein Besuch ist lohnend

Sportpark Stötteritz

Morgen Sonntag, nachmittags 2 Uhr

Stötteritz 1 — Jahn-Leutzsch 1.

Brauhaus Riebeck

Hainstraße 17/19 Hugo Steiniger 1 Min. v. Markt

Rudi Hermi

nur noch einige Tage!

Die guten Riebeck-Spezial-Biere!

Palast-Theater

Lindenstrasse Nr. 41

Casino-Lichtspiele

Neumarkt Nr. 21

Nur bis Montag!

Gerhart Hauptmanns

Phantom

Alfred Abel

Egede Nissen

Lil Dagover

Anton Edhofer

Frida Richard

Fathy als Steuerkontrolleur

Beginn täglich 1/2 Uhr

in seinen neuesten Schöpfungen!

Eddie Polo

Am Markt

Nur noch bis einschließlich Montag:

Das blinde Glück

oder

Die Abenteuer der schönen Dolores

Ein Sitten- und Gesellschafts-Drama größten Stils in 6 Akten

Außerdem: In Uraufführung Italiens größter

Sensationsfilm

Die schwarze Hand

Eine Tragikomödie in 5 Akten

mit dem neu entdeckten, waghalsigsten aller

Sensationsdarsteller

Carlo B. G. Campagnani

Campagnani wettet in diesem Film mit

DAS HAUS DER GUTEN QUALITÄTEN



ALTHOFF

Morgen Sonntag von

1 bis 6 Uhr geöffnet!

Vorteilhafte

Weihnachts-Angebote

Bei Einkäufen in verschiedenen Abteilungen empfiehlt es sich, ein Sammelbuch zu nehmen.
Sie zahlen dann nur an einer Kasse und erhalten ein Paket, statt vieler.

Herrenartikel

Weiße Oberhemden	guter Rumpfstoff Einsatz und Manschetten	6000.00	
Oberhemden	Perkal mit dopp. Manschette und Kragen, moderne Aus- musterung und große Auswahl	5000.00	
Selbstbinder	große breite Form in den neuesten Desins und reichlicher Auswahl	650.00	
Regattas für Steh- u. Stehumlegkringen, in mo- derner Ausmusterung	350.00	750.00 650.00 450.00	
Herren-Hüte	guter Wolfilz, mod. Formen, mit und ohne Einfaß	4000.00	4500.00
Herren-Sportmützen	in großer Auswahl, in guten Qualitäten	675.00	800.00 750.00

Modewaren

Tüll-Jabots	mit Spitzen und Einsätzen garniert	165.00	
Jackenkragen	in holdsaamen Formen u. schönen Ausführungen	185.00	175.00 225.00
Lackgürtel	in verschiedenen Farben mit weißen Zelluloid-Schlüsseln und Tullen	275.00	
Metallgürtel	mit farbigen Platten in reicher Auswahl	550.00	150.00 125.00
Metallgürtel	in den verschiedenen Ausfüh- rungen	650.00	200.00 180.00
Holzperlen-Gürtel	schön. Farbenzusammen- stellungen	675.00	110.00 975.00

Handschuhe

Damen-Handschuhe	imit. dänisch. Leder, in allen modernen Farben	750.00
Damen-Handschuhe	Tricot, mit 1/2 Futter, in praktischen Farben mit heller Aufnaht	950.00
Herren-Strickhandschuhe	reine Wolle, mit doppelter Manschette, weiß	650.00
Herren-Handschuhe	imit. dänisch. Leder, mit 1/2 Plüscharte in praktischen Farben	1425.00
Herren-Strickhandschuhe	reine Wolle, mit doppelter Manschette, in hell- und dunkelfarbig	1500.00
Kinder-Strickhandschuhe	reine Wolle, in allen Farben in großer Auswahl	95.00

Wollwaren

Pulswärmer	reine Wolle grau gestrickt	295.00
Kinder-Rodelmützen	reine Wolle, ge- strickt, in verschiedenen Farben	550.00
Kinder-Rodelgarnituren	(Schal u. Mütze) reine Wolle, kleine Größen, gestrickt, schöne Farben	950.00
Rauhschals	reine Wolle, 180 cm lang, in schönen Farben mit Kante	1650.00
Kinder-Sweater	versilgi. Wollqual., gestrickt, braun und blau, je nach Größe 3750.00 3400.00 3100.00	2800.00
Damen-Ueberjäckchen	reine Wolle, lange Ärmel, in feinen Farben mit gestreiftem Schalkragen	6500.00
Damen-Strickjacken	reine Wolle, teils mit Matrosen-, teils mit Schalkragen	7500.00

Wäsche

Damen-Taghemd	aus gutem Hemdentuch mit breiter Stickerei garniert	2250.00
Damen-Taghemd	aus gutem Hemdentuch mit Stickerei-Ein- und Ansatz garniert	2800.00
Damen-Beinkleid	geschlossen, aus gutem Hemdentuch mit breiter Stickereigarnierung	1650.00
Damen-Beinkleid	geschlossen, aus gutem Hemdentuch, mit breiter Stickerei und Einsatz garniert	1950.00
Damen-Nachthemd	aus gutem Hemden- tuch, Kimonosturm, mit Stickereigarnierung und Baudurchnug	2750.00
Damen-Prinzeßrock	aus gutem Hemden- tuch mit breitem Stickerei-Volant und Baudurchnug	2500.00
Unterhosen und Stickerei - Unterröcke	in reicher Auswahl zu billigen Preisen	

Handarbeiten

Kissen	braun Rips, in verschiedenen modernen Zeichnungen	650.00
Kissen	schwarz Rips, gute Qualität, für bunte Wollstickerei vorgezeichnet	850.00
Mitteldecke	vorzügliche Stoffqualität, Loch- und Rickeien-Stickerei gezeichnet, weiß	375.00
Quadrat	zum Zusammensetzen, Loch- u. Richelieu- Stickerei gezeichnet	22.00
Taschentücher	aus gutem weißen Stoff, Loch- und Rickeien-Stickerei gezeichnet, schönes Muster	110.00
Küchen-Überhandtücher	grau Körper, rot und blau besetzt	850.00
Marktkorbdecken	grau Leinen, rot und blau besetzt, mit verschiedenen schönen Zeichnungen	65.00

Lederwaren

Aktenmappen	aus braunem Rindleder mit 2 Schäßern und Druckknöpfen	6300.00
Schulmappen	aus schwarzem Rindleder mit Schloß und Schleiergriff	4500.00
Geldscheintaschen	aus braunem Leder mit 8-teiliger Einrichtung und Lederfutter	975.00
Beschutetaschen	aus feinem geglätteten Leder, mit gutem Lipfutter	1850.00
Taschen-Etui	aus gutem schwarzen Leder mit Facettenspiegel und Kamm	575.00
Isolierflaschen	mit Aluminium-Garnitur	1350.00

Parfümerie

Blumen-Seife	8 Stück im Karton, schöne Weihnachtspackung, gute Qualität	500.00
Veilchen-Seife	8 Stück im Karton	600.00
Mandel-Bouquet-Seifen	8 Stück im Karton	700.00
Kartonage 1 Fl. Lavendel-Wasser	mit 1 Stück Lavendelseife	540.00
Kartonage 1 Fl. Lavendel-Wasser	mit 2 Stück Lavendelseife	750.00
Königliches Wasser	sehr gute Qualität, (70 Proz. Alkohol)	250.00

Bijouterie

Handtaschen	Alpaka-Silber, gutes Geflecht	6800.00
Medaillon	Alpaka-Silber, große ovale Form 1850.00 1450.00	975.00
Armbänder	amerik. Double, mit Zwischenstück u. Doppel-Panzer	980.00
Armbänder	moderne Form, in Panzer, Double	950.00
Zigaretten-Spitzen	Alpaka-Silber	285.00
Zigaretten-Etuis	echt Alpaka-Silber 4400.00 3000.00	1850.00

Schürzen

Blusen-Schürze	gestreift, Siamseide, mit Blende u. Paspel garniert	1900.00
Blusen-Schürze	blau-weißgeputpter Druck, mit Blende u. Paspel, reich garniert	2100.00
Blusen-Schürze	blau-weißgeputpter Druck, mit Blende u. Paspel garniert	2400.00
Wiener Schürze	blau-weißgeputpter Druck bunt gepunkt	1750.00
Wiener Schürze	Statinierter Cretonne, buntes Streublumenmuster, weit ausgearbeitet, mit Blenden besetzt	2900.00
Wiener Schürze	gestreifter Siamseide, schnitten, reich mit Blenden garniert	3100.00

Schuhwaren

Herrenstiefel	solider Herrenstraßestiefel, Roßhaut, m. Lackkappe, sehr preiswert	9800.00
Damenstiefel	bequemer Stiefel für ältere Damen, Roßhaut, m. Lackkappe, flacher Absatz	8900.00
Halbschuhe	besonders preisw. Damenhalb- schuh, moderne Formen	7900.00
Hausschuhe	Damen-Kamelhaarstoff, Hausschuh m. Ledersohle	1450.00

Haushalt

Satz Aluminium-Töpfe	18-24 cm, mit Deckel, Satz 5 Stück	7500.00

<tbl_r cells="3" ix="1" maxcspan="1" maxrspan="

Amtliche Bekanntmachungen.

Mehl- und Backwarenpreise
im Bezirk der Amtshauptmannschaft
Leipzig.

Beim Verkauf von Mehl und Backwaren an Verbraucher dürfen mit Beginn der Woche 7 der bis zum 20. Januar 1923 gültigen Brotsorte folgende Preise nicht übersteigen werden:

100 kg Roggennmehl	15.-	Mt.
100 " Weizenmehl	18.-	"
1 Bünd Schwarzbrot	215.-	"
100 gr Schwarzbrot	292.-	"
1 Semmel zu 80 gr	12.50	"
850 gr Weizenmehl	67.-	"
350 " Roggennmehl	65.-	"

Alle früheren Preisbestimmungen, so weit sie den jeweils entgegenstehen, werden aufgehoben. Preisüberschreitungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 500.000 Mk. oder mit einer dienter Strafen sowie außerdem mit Schließung der Geschäfte bestraft.

III.
Vom gleichen Zeitpunkt ab erhalten die über 6 Jahre alten Verlohnungsberndaten in einer Woche wieder 1800 gr Brot statt wie bisher 2000 gr. Es dürfen deshalb von der ab 19. Dezember 1922 gültigen Woche 7 an auf die alte Brotsorte in der Reihe, die den Aufdruck trägt: 500 gr Schwarzbrot oder 7 Semmeln oder 850 gr Mehl nur 400 gr Schwarzbrot oder 5 Semmeln abgegeben und entnommen werden.

IV.
Außerhalb des Kommunalverbandes Leipzig-Land wohnende Bäder haben alle beliebten Brotsorten die Woche 6 bis spätestens Mittwoch, den 20. Dezember 1922 der Bezirksstelle des Kommunalverbandes Leipzig-Land, Leipzig, Dittmarstr. 8, II., einzulenden andernfalls kann nur Mehl zum neuen Preis darauf geliefert werden.

Leipzig, den 15. Dezember 1922.
Der Kommunalverband Leipzig-Land.

Backwarenpreise
im Stadtgebiet Leipzig.

Beim Verkauf von Markenback an Verbraucher dürfen vom 18. Dezember 1922 an, beginnend mit Woche 6 der Brotsorte 47.6, folgende Preise nicht übersteigen werden:

Schwarzbrot 80.- Mt. für 1 Pfld.

304.- für 1900 gr.

Die Mehlpreise bleiben unverändert.

Preisüberschreitungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 500.000 Mk. oder mit einer dienter Strafen sowie außerdem mit Schließung der Geschäfte bestraft.

Die Bestimmung vom 30. Nov. 1922 wird inzwischen aufgehoben. Gel. u. VII.
Leipzig, am 15. Dezember 1922.
Der Rat der Stadt Leipzig.

In der Privatflägleihe
des Kaufmanns Wilhelm Schumann,
in Leipzig, Moabitirchhof 36,
vertreten durch:

Rechtsanwälte Dr. A. Hinkelstein und
Dr. Kurt Hammer, in Leipzig,
Privatfläglers.

Gegen
1. Ottiske perh. Groß, Leipzig, Kan-
näder Steinweg 10, I.;
2. Konditorei verein, Leipzig, Bött-
hergasse 7;
3. Fleischermeister Müller, Leipzig,
Große Fleischerstraße 16;

Angeklagten,
wegen Beleidigung,
erscheinen bei Aufruf der Sache.

1. der Privatfläger mit Rechtsanwalt
Dr. Hammer,
2. die Angeklagten.
Die Verhandlung beginnt mit dem Auf-
rufe der Zeugen. Es meiden sich:
1. Thekla perh. Müller;
2. Frau Bedige;
3. Else vereh Schumann;
4. vereh. Bartel;
die form und fristgerecht gesetzte Zeuglu-
dau ist nicht errichtet.
Es wird der Beschluß verhendet:
Das Verfahren gegen den Angeklagten
Müller wird abgetrennt und die Ver-
handlung inzwischen ausgelegt. Zum neuen
Termin ist Rechtsanwalt Dr. Hinkelstein,
Leipzig, als Zeuge zu laden.

Darauf wird das Urteil durch Ver-
leistung des Urteilsformulars und durch mündliche
Mitteilung des wesentlichen Inhalts
der Entscheidungsgründe dahin verkündet:

Im Namen des Volkes!
Die Angeklagten, vereh. Groß, und
vereh. Bedige wegen öffentlicher
Belästigung der Chefzau des Privat-
flägers zu 100000 Mark Geldstrafe,
auf deren Stelle im Falle der Un-
möglichkeit für jede Angeklagte je
sechs Tage Gefängnis zu treten haben,
verurteilt.

Die Angeklagten, vereh. Groß, und
vereh. Bedige wegen öffentlicher
Belästigung der Chefzau des Privat-
flägers zu 100000 Mark Geldstrafe,
auf deren Stelle im Falle der Un-
möglichkeit für jede Angeklagte je
sechs Tage Gefängnis zu treten haben,
verurteilt.

Dem Privatfläger wird die Befug-
nis eugezogen, die Verurteilung auf
Kosten der beiden genannten Ange-
klagten durch einmalige Einziehung in
eine Leipziger Haftanstalt innerhalb
eines Wochen nach Rechtsstrafe des Ur-
teils bekanntzumachen.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts
Leipzig.

Die Amtshauptmannschaft mit dem
Beauftragten hat die Verbandsabstimmung
der Verbandsparlasse Knauthain-Knau-
fleberg vom 20. November 1922 genehmigt.
Sie regelt die Anstellungen, Belauf-
nings- und Rechtsverhältnisse der Ge-
amten, Stellenanwärter und Anwärter
im Vorberichtsdienste und liegt im
Gemeindeamt Knauthain zur Einsicht
nahme aus.

Leipzig, am 11. Dezember 1922.
Die Amtshauptmannschaft.

Laufha. Für die hiesige Stadt werden
folgende Richtpreise für Butter
festgesetzt: Mehl und Raffinade das
Pfund 200 Mt. Butterzucker, Kompon
und Brote das Pfund 210 Mt. Würfel-
außer das Pfund 220 Mt.

Der Strompreis für Dezember wird
voraussichtlich gegen 150 Mt. und der
Wasserpreis für das 4. Quartal 1922
gegen 50 Mt. betragen. Laut Stadt-
gemeinderatsbeschluss vom 1. b. M. ist an
die Betriebsleitung ein Vorbehalt zur Be-
leistung von Betriebsmitteln zu leisten:

1. Von Gewerbetreibenden in Höhe
des Oktober-Verbrauches an Strom, Gas
und Wasser; 2. Von allen übrigen In-
nehmern, die mehr als für 8000 Mt.
Strom und Gas im Oktober verbraucht
haben in Höhe der Oktober-Rechnung.
Die Beträge sind bis spätestens den
30. Dezember 1922 an untere Betriebs-
leitung zur Vermeidung der Leitungssperre
einzuweilen (Oktokonto 747, Postcheck-
konto 27829).

Gebührenordnung für die Dienstver-
richtungen der Feuerwehr in der
Stadt Taucha. An Gebühren sind zu
entrichten für ein Kind unter 2 Jahren
150 Mt. von 2 bis 6 Jahren 200 Mt.
von 6 bis 14 Jahren 250 Mt. für Per-
sonen über 14 Jahren 300 Mt. Der Stadtrat

Der Rat der Stadt Leipzig beschließt,
in den Gaswerken in Leipzig-Lindenau
und Leipzig-Sellerhausen eine neue
Benzolgewinnungsanlage

zu errichten.
Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 15. Dezember 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung
wird dies mit der Auflösung befehl-
gemacht, etwaige Einwendungen hier-
gegen soweit sie nicht auf Privatrechte
14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gere



Wie gesagt:

Ich nehme nichts anderes mehr! Mit "Quieta" ist der Kaffee schnell und bequem zu bereiten, niemals zu schwach oder zu stark, sondern immer gleich gut.

Trinke Quieta!

Gardinen

Künstler-Garnituren, Spannkölle, Halbstores, Gardinen vom Stoff, Mätras-Garnituren
weil unter Tagespreis im Spezialgeschäft Ella Welke

Schönefeld, Pöhlstraße 4, I.

Praktische Weihnachtsgeschenke

Präsentkörbe
Arbeitskörbe
Einkaufskörbe
Waschkörbe
Korbmöbel
Coupékoffer

G. Weißbrog, Markt 3, Kochs Hof
Fernsprecher 17023.

W.-Pelekot
Wint.-Kopp.
Söldner
Mitter
Gummim.
Jedet.
Hindue
Gelt. Sol.
Mitt.bolen
Wrb.bolen
verkauf
billige
Barth

Schlüpfper
anzüge, Hosen
sowie sämtliche
Berufskleidung

kaufen Sie
am besten im
Textil-Haus

Tauchaer Str. 40,
Sonntags geöffnet!

Noch preiswert
kaufst man

Schlüpfper
Anzüge
Paletots

bei
Kapeller

Kochstr. 5
Räthe Südblock

Anzüge
Schlüpfper

Schuhe sehr
preisw.

Militär-
Engl. Leder-
Manchester-

Hosen
Gebr. Sprung

Windmühlenstraße 43
Görberstraße 18

Fernruf 18184.
Auch Engros-Verk.

Tafell. ihm. dfl. S.
Mant. 8000, gr. Gel.
B. eht. d. viel Gard.
2500, Elsterstr. 45, I.

Reformbetten

Kinderbetten
in KRUSE'S

Etagengeschäften
Wiesenstr. 28, pt.
Edeka Wism. Str.
u. Kreuzstr. 22, pt.

Reformbetten (Toll-
abzug) Neudorf

Rosellenstr. 9a, pt.

Reformbetten

Patent-Matten
Chasselongues

Polsterauflagen usw.
aus eig. Werkstätten

Dreiländestr. 13

Kein Laden!

Kinderbett m. Matr.
u. Dampfmatratze mit
Promenad. 15, IV, I.

Eif. Kinderbett o. dfl.
Mitt. Abteilung 1, I.

Eisenbahn

m. reich. Zubehör pf.
Steinberger Str. 7, I.

Chasselounges 1500,
Dienstohr u. Blau.
Merleb. Str. 23, I.

Gr. Kauib. u. Tüber.
Mand. Akord-Zithern.

Teilezahl. R. v. 5 Uhr
an. Höhe Str. 58, pt. I.

Chasselounges, Romm.
b. Pl. Schmidelst. 7, p.
Weiße Küche v. Weber
Weinest. 28, Hol. I.
Beitstellerei M. M. Söller
Annenstr. 8, III, links.
G. m. Kindergerberbett
u. Puppenbett, verf. b.
Dennertnait. 80, II, r.

Mandolinen

Gitarren, Lauten
Geigen - Gitarre
Kein Laden
5 bis 8 Uhr nachm.
Löser
Kendrich, Fröschel-
str. 2, I. (Glockstr.)

Achtung!

Preiswert
Lauten, Gitarren
Mandolinen Geigen
sowie sämtliche
Zubehörteile

Otto Roediger

Geigenbauer

Dufourstr. 28.

Spredapp. v. 8400,- g.
Schallpl. u. 420,- g. an

alte, a. zerbr. Blatt
kauft ab. Gott. Seher.

Kant. Steinweg 33.

Lauten, Violinen,

Mandol., Gitarre, St.

Trichter, Gramoph.

m. Bl. u. neue Man-

dola. g. pf. Connex

Bornaische Str. 41, I.

Nähmaschinen

in unübertr. Güte.

Zahl. Erleicht.

Erzähleile und

Reparaturen

P. Meth

Frankfurter Str. 22

Schube, Herm.

Ritterstr. 4, Tel. 35695

Nähm. Spezialnähjäh.

Wib. Böhne, Böltowia

Nähmaschinen verf.

Kapo, Rütnb. Str. 11

Ringnähmaschinen,

Ringnähm. v. bill.

Kreuzstr. 40, I.

Opel - Fahrräder

die führende Marke!

Winkelrad. 1.0. Egs.

Emaill. Vermindeln

u. Reparaturen. Vio-

wegener & Carl, Biebeck-

str. 1a, Spes. Gießhüt-

t. Faber. u. Röhm. I.

Mrn.-u. N. Rad bill. v.

Neustadt. Str. 26, III, I.

Noch billige Fahrräder

verkauf Beyer

Kant. Steinweg 33.

Erstklassig, preiswerle

Waschwannen

als Weihnachtsgesch.

R. Sauer, Körnerstr. 2.

17. u. 24. Dez. geöffnet

Praktische Geschenke

f. ieb. Hausfrau sind

Waschwannen

Badewan., Brühständer

von Herm. Bechler.

Alexanderstr. 34.

Vieles. überall. g. haus.

Alle alten u. defekten

Uhlen kauft

Bo., Elisabethstr. 22, v.

Gold- u. Silber.

Platt., Zahngebisse

Guise, Guise, Guise

Guise, Guise, Guise